COMPACT

Ausgabe 11/2017 | 4,95 EUR
www.compact-online.de

MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

Sprengsatz Jamaika

Die unmögliche Koalition

Kern-Schmelze

Sozis in Österreich

Katalonien

Pro und Contra Abspaltung

Putins Kanzler

Schröders Russen-Pipeline

Las Vegas

Mythos Einzeltäter

Dossier: Aufstand der Sachsen

Das Debakel der CDU im Freistaat

4 192153 204957 11

Kühle Fakten in heißen Zeiten

Fällt der Weltuntergang aus?

Seit Jahrzehnten treibt das Gespenst der Klimakatastrophe sein Unwesen. COMPACT lädt zur Debatte ein: unvoreingenommen, wissenschaftlich fundiert und garantiert politisch unkorrekt.

Jetzt am guten Kiosk!

Einzelheft oder SPEZIAL-Abo bestellen unter shop@compact-mail.de
Im Webshop: compact-shop.de · Im SPEZIAL-Abo unter: abo.compact-shop.de

Eene, meene, Miste...

«Opposition ist Mist», sagte Franz Müntefering, nachdem seine SPD die Bundestagswahl 2005 verloren hatte – und schickte sie mit diesen Worten als Juniorpartner von Angela Merkels Union erneut auf die Regierungsbank. Heute, zwei schwarz-rote Koalitionen später, haben die Sozis ihr Wahlergebnis von 1998 halbiert und sind auf 20 Prozent abgestürzt. Auch die FDP hat ähnliche Erfahrungen gemacht: Nach vier Jahren als Mehrheitsbeschafferin für die CDU/CSU ist sie 2013 aus dem Bundestag geflogen. Der außerparlamentarische Wartesaal hat ihr hingegen nicht geschadet – 2017 kehrte sie triumphal zurück.

Was lehrt uns das? Der Franz, der kann's – nicht. Nicht das Mitregieren, sondern das Dagegenhalten macht eine Partei stark. Man kann nur hoffen, dass diese Erfahrungen bei der AfD und ihrer österreichischen Schwester FPÖ zur Kenntnis genommen wurden – denn bei den Freiheitlichen in der Alpenrepublik spürt man nach den Nationalratswahlen Mitte Oktober ein gewisses Fiebern, noch einmal mit eigenen Ministern an der Spitze der Exekutive vertreten zu sein. Dabei war das letzte Mal auch für sie desaströs: Als Jörg Haider im Jahr 2000 einer schwarz-blauen Koalition den Segen gab, führte das zuerst zum Profilverlust, dann zum Wählerabsturz und schließlich zur Spaltung der FPÖ.

Die patriotischen Parteien in Europa müssen sich damit abfinden, dass sie auf absehbare Zeit in keinem Land stärkste Kraft werden können. Ausnahmen sind nur regional möglich, etwa in Kärnten oder in Sachsen. Als Leichtgewicht wird man in einem Kabinett aber nur am Katzentisch Platz nehmen dürfen – oder Opposition bleiben müssen. In diesem Fall kann man zwar, siehe oben, als Protestpartei die besseren Ergebnisse erzielen, aber gewinnt ebenso wenig Einfluss auf die Gesetze und deren Umsetzung wie als Bummerl einer Koalition.

Wie rauskommen aus dem Dilemma? Es gibt noch einen anderen Weg zur Macht als den parlamentarischen, nämlich den plebiszitären. Nicht nur die Volksvertreter können Gesetze machen, sondern auch das Volk selbst kann es: über den Weg von Volksbegehren und Volksentscheiden. Das beste Beispiel ist die Schweiz, wo an den Parteien vorbei per Referendum 2009 das Minarettverbot beschlossen wurde – und derzeit ein Burkaverbot vorbereitet wird. Hierzulande haben ein Plebiszit in Hamburg 2010, mit dem der Erhalt der Gymnasien gesichert wurde, und das Pro-Tegel-Votum in Berlin im September 2017 Furore gemacht. Es ist ein gutes Signal, dass FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache die Einführung von verbindlichen Referenden – bisher sind sie in Österreich nur mit empfehlendem Charakter möglich – zur Bedingung einer Regierungsbeteiligung gemacht hat. Damit ließen sich Gesetzesvorhaben von unten durchsetzen, auch wenn die Blauen in Kabinett und Parlament dafür keine Mehrheit hätten.

Chefredakteur Jürgen Elsässer. Foto: Jörg Gründler

In Deutschland ist die direkte Demokratie derzeit nur auf Länderebene erlaubt, obwohl das Grundgesetz in Artikel 20,2 eindeutig festlegt: «Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen (...) ausgeübt.» Die Durchführung von Wahlen ist geregelt – aber ein Volksabstimmungsgesetz fehlt seit 1949! Diese Lücke zu schließen müsste einer der ersten Anträge der AfD im Bundestag sein. Wenn die Altparteien, was wahrscheinlich ist, einen solchen Vorstoß ablehnen, steht der AfD beziehungsweise befreundeten Bürgergruppen immer noch der Weg über landesweite Volksbegehren offen. Asylpolitik fällt zwar in die Bundeskompetenz – aber die polizeiliche Durchführung ist Ländersache. Warum nicht in Sachsen und anderswo auf plebiszitärem Weg ein scharfes Abschiebegesetz an die Urnen bringen? Da würden sogar viele Wähler der Altparteien mitziehen. Die Volkseinheit wächst von unten. Eene, meene, Miste – dann rappelt's in der Kiste!

COMPACT Themen ©

05 Foto des Monats

06 COMPACT Intern

08 Zitate des Monats

09 Leserbriefe

11 Kultur des Monats

Titelthema

13 Sprengsatz Jamaika
Die unmögliche Koalition zerreißt die CSU

16 Die Äppelwoi-Rebellen
In Hessen begehren CDU-Prominente auf

18 Achtung, Sprengköpfe!
Querdenker im Bundestag

20 Mogelpackung Obergrenze
Faule Kompromisse beim Knackpunkt

23 Dokument: Seehofers Verrat
Das CDU/CSU-Asylpapier

Politik

25 Zwei Männer und ein Rohr
Putins Kanzler bleibt standhaft

28 Kapitalisten gegen Konservative
Gauland über eine historische Rochade

31 House of Chaos
Kern-Schmelze: Der SPÖ-Kanzler im Sumpf

34 *Völkerfrühling? Leider nicht!*
Ein Contra zur Abspaltung Kataloniens

37 So beginnt der Völkerfrühling in Europa
Ein Pro zur Abspaltung Kataloniens

38 Der einsame Wolf von Las Vegas
Indizien gegen die Einzeltäter-Theorie

40 «Sie haben an meiner Schulter geweint»
Interview mit einer Ordensschwester

Dossier

44 Schlot eines brodelnden Vulkans
Portrait eines rebellischen Volkes

47 Frust an der Wahlurne
Interview mit einem CDU-Abgeordneten

50 Sachsen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker
Sexy Säxit? Der Freistaat will frei sein

52 Der Sachsensumpf
Kinderprostitution: Täter und Komplizen

Leben

53 Jagd auf die Zukunft
Die Blockbuster dieses Kinoherbstes

57 Blitzkrieg-Pop unterm Hirschgeweih
In Bassgewittern: Laibach marschiert

60 Deutschland sucht das Superkopftuch
Akif Pirinçci hat eine TV-Show erfunden

Kolumnen

63 Sellners Revolution _ Der Strache-Effekt

65 Hartlages BRD-Sprech _ Wir

66 Bartels Schmäh _ Brezel im Pott

COMPACT Impressum ©

Herausgeber & Verlag
COMPACT-Magazin GmbH
Geschäftsführer Kai Homilius
Am Zernsee 9, 14542 Werder (Havel)
E-Mail verlag@compact-mail.de
Website www.compact-online.de

Vertrieb, Bestellungen, Abo-Betreuung
Fon 03327-5698611
Fax 03327-5698617
E-Mail vertrieb@compact-mail.de

Bankverbindung COMPACT-Magazin GmbH
Mittelbrandenburgische Sparkasse
BIC: WELADED1PMB
IBAN: DE74 1605 0000 1000 9090 49

COMPACT Redaktion
Französische Str. 12, 10117 Berlin
(Großbriefe und Päckchen an den Verlag)
Fon 030-20188322
Fax 03327-5698617
E-Mail redaktion@compact-mail.de

Chefredakteur Jürgen Elsässer (V.i.S.d.P.)
Chef vom Dienst Martin Müller-Mertens
Redakteure Marc Dassen (Politik),
Tino Perlick (Korrespondent)

Cover Iris Fischer
Fotoquelle Cover Montage COMPACT,
Bildmaterial von shutterstock.com
Layout/Bild Steffen Jordan

Anzeigenakquise
E-Mail anzeigen@compact-mail.de

Gedruckt in Deutschland

Redaktionsschluss
13.10.2017

Erscheinungsdatum der nächsten Ausgabe
Samstag, 25.11.2017

Koalition der Blondinen: *Am Abend der Österreich-Wahl albern die Frauen der Spitzenkandidaten von ÖVP und FPÖ ganz vertraut herum. Susanne Thier (31, links) ist seit 13 Jahren mit Sebastian Kurz zusammen – das Paar lebt bescheiden in einer 65-Quadratmeter-Wohnung in Meidling. Philippa Strache (29) hat ihren Heinz-Christian (48) vor einem Jahr geheiratet. Es sei «Liebe auf den ersten Blick» gewesen, so die bekannte TV-Moderatorin. Foto: picture alliance/AP Photo*

Zwei dieser Herren sprechen am 25.11. auf der COMPACT-Konferenz. Foto: COMPACT

Was heißt Opposition?

Dies dürfte die spannendste COMPACT-Konferenz werden, die wir je veranstaltet haben, denn sie findet an der Schnittstelle wichtiger Entscheidungen statt: Im Vorfeld des AfD-Bundesparteitages erläutert Björn Höcke, wie er seine Vorstellungen in der Gesellschaft und in der Partei mehrheitsfähig machen will. Der Frontmann der sachsen-anhaltinischen Bundestagsfraktion Martin Reichardt macht Vorschläge, wie eine enge Zusammenarbeit mit den außerparlamentarischen Bewegungen aussehen kann. Von diesen werden gleich drei hochkarätige Vertreter darauf antworten: Oliver Hilburger, oppositioneller Betriebsrat im Stammwerk von Daimler-Benz, will zu den bundesweiten Betriebsratswahlen im Frühjahr 2018 den Erfolg seiner Liste – sie wurde von rund zehn Prozent der Beschäftigten gewählt! – in anderen industriellen Zentren wiederholen. Man bedenke: Im Hightech-Land Baden-Württemberg haben 21 Prozent der Arbeiter AfD gewählt! Pegida-Gründer Lutz Bachmann wird den anwesenden Politikern auf den Zahn fühlen, damit sie endlich mehr für den Protest auf der Straße tun. Hochinteressantes wird Identitären-Chef Martin Sellner aus Österreich mitbringen, wo gleichzeitig die FPÖ in Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung stecken dürfte: Die IB, so Sellner in dieser Ausgabe auf Seite 63, will «Wächter der Wende» sein, damit die Blauen ihre Wähler nicht verraten. Was bedeutet das konkret? Jürgen Elsässer wird die Stränge zusammenführen. Die Richtung heißt: Stürzt Jamaika, alle Macht dem Volke!

Knapp die Hälfte der Karten ist jetzt schon verkauft. Also bitte schnell buchen: konferenz.compact-online.de ■

Jetzt am Kiosk oder unter compact-shop.de. Foto: COMPACT

Was heißt Klimawandel?

Kühle Fakten in heißen Zeiten: COMPACT-Spezial setzt Wissenschaft gegen Hysterie und Ideologie. Früher konnte man sich über das Wetter unterhalten, ohne erbitterte Streitereien zu provozieren. Das ist endgültig vorbei. Seitdem Klimaforscher und Öko-Dogmatiker in der Verbreitung von Weltuntergangsstimmung ihre heiligste Pflicht sehen, ist es aus mit eitel Sonnenschein.

Höchste Zeit für COMPACT, die Klimakontroverse in ihrer gesamten Komplexität auszuleuchten. In unserer nunmehr 15. Spezial-Ausgabe rüttelt die Redaktion an den zentralen Glaubenssätzen der neuen, grünen Religion: Gibt es einen unangefochtenen Konsens der Wissenschaft? Ist der Mensch ein Klimakiller? Welche Rolle spielt das CO2? Diese und viele andere Fragen werden von sachkundigen Experten mit nachvollziehbaren und vor allem nachprüfbaren Argumenten beantwortet. Außerdem lassen wir die Protagonisten beider Seiten im Originalton zu Wort kommen, etwa Al Gore contra Vaclav Klaus und Michail Gorbatschow gegen Wladimir Putin.

Doch nicht nur die Frage nach den wissenschaftlichen Grundlagen des Klima-Alarmismus haben wir uns gestellt. Wir wollten auch wissen: Wer profitiert von der Angst? Was bedeutet die Klimapolitik für unsere Freiheit? Wird die Energiewende zum Desaster – und gibt es Alternativen für Deutschland? Spannend und mit Tiefgang erzählt diese Spezial-Ausgabe die ganze Geschichte des wohl größten Betrugs des 21. Jahrhunderts. Interesse geweckt? Dann schauen Sie mal ins vollständige Inhaltsverzeichnis auf compact-shop.de. Erhältlich auch am Kiosk oder im Spezial-Abo. ■

Stolz auf unsere Geschichte ist dem Establishment gefährlich geworden. Foto: COMPACT

Was heißt Besinnlichkeit?

Weihnachten ist das Fest der Besinnlichkeit, auch für ansonsten gar nicht besonders religiöse Menschen. Und was gibt es Besinnlicheres, als sich seiner eigenen Geschichte und Kultur, also seiner Identität zu versichern? Dafür haben wir das ideale Geschenk – auch Ihre Großeltern und Urenkel werden sich darüber freuen: *Deutsche Helden – Unser Vermächtnis aus 2000 Jahren* bringt die Erinnerung an große Gestalten epochemachender Entscheidungskämpfe zurück.

Die Unvergessenen, die unser Autor Jan von Flocken mit leichter Hand aus dem Staub der Mythen wieder lebendig macht, reichen vom Germanenfürst Arminius und seinem legendären Sieg über die Römer im Teutoburger Wald bis zu Panzergeneral Erwin Rommel, dem Wüstenfuchs, dessen Mut, Genie und Fairness im Nordafrikafeldzug auch der britische Gegner anerkannte.

Deutsche Helden, die zweite Ausgabe von COMPACT-Geschichte, ist ab 17. November im Verkauf, kann aber jetzt schon vorbestellt werden. Die erste unter dem Titel *1000 Jahre Deutsches Reich – Unsere Geschichten, unsere Leistungen, unser Stolz* gehört zu den Bestsellern der COMPACT-Familie. Beide Ausgaben sind opulent illustriert – ein Augenschmaus für Ihre Hausbibliothek.

Wenn Sie weitere passende Präsente suchen: Stöbern Sie ein bisschen unter compact-shop.de. Und natürlich können Sie sich selbst oder anderen auch ein COMPACT-Abo schenken – dann gibt es gratis noch eine unserer Sonderausgaben obendrauf (compact-abo.de). ■

Nur Ihr Abo macht uns stark!

Mut zur Wahrheit

COMPACT

Ehrlicher Journalismus in Zeiten der Lüge.

Die schweigende Mehrheit kann die Verhältnisse zum Tanzen bringen, wenn sie ihre Stimme wiederfindet. COMPACT ist ihr Lautsprecher, weil wir drucken und verbreiten, was andere nicht zu schreiben wagen. Unterstützen Sie uns jetzt mit einem Abo! Als Dankeschön genießen Sie exklusive Vorteile:

COMPACT-Abonnenten

- bekommen das Magazin, bevor es am Kiosk erhältlich ist, jeden Monat in einer Versandtasche bequem nach Haus!
- zahlen kein Porto!
- erhalten eine Abo Prämie!
- sparen bei COMPACT-Konferenzen am Eintrittspreis!
- haben freien Eintritt zu der monatl. Veranstaltungsreihe COMPACT-Live!

www.mut-zum-abo.de

Jährlich nur € 59,40*

*gilt bei Versand innerhalb D., sonst 83,40 EUR

Angela Merkel als Kapitän Jack Sparrow. Ihre Kaperbriefe stellt sich die neue Bundesregierung vermutlich gleich selbst aus. Foto: Die Zeit

Sprengsatz Jamaika

«Ich kann nicht erkennen, was wir jetzt anders machen müssen.» *(Angela Merkels Wahlauswertung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.9.2017)*

«Konservativ ist wieder sexy.» *(Thesenpapier von Markus Blume, Chef der CSU-Grundsatzkommission, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.10.2017)*

«Wir sind zum Erfolg verdammt. Und wir werden alles dafür tun, dass das [Jamaika] auch möglich wird, unabhängig davon, wie die Befindlichkeiten der jeweils anderen sind.» *(Der FDP-Fraktionschef in Schleswig-Holstein, Wolfgang Kubicki, inforadio.de, 10.10.2017)*

«Eine Schnittmenge zwischen den Wahlprogrammen der Grünen und der Unionsparteien ist fast nicht vorhanden. (...) Wir werden keine linken Spinnereien dulden.» *(CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt über Jamaika, Frankfurter Allgemeine Zeitung Online, 11.10.2017)*

«Ich schaufle mir mein eigenes Grab (...), mein Grab ist schon ausgehoben.» *(Noch-Außenminister Sigmar Gabriel, Welt Online, 13.10.2017)*

Darth Vader

«In seiner ersten Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen (...) hat US-Präsident Donald Trump sich mit ungewöhnlich scharfen Worten (...) geäußert. Die USA stünden bereit, Nordkorea "vollständig zu zerstören", sagte er.» *(Süddeutsche Zeitung Online, 19.9.2017)*

Frei Schnauze

«(...) ab morgen kriegen sie in die Fresse.» *(Die amtierende Bundesarbeitsministerin und neu gewählte SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles droht der kommenden Regierung, 27.9.2017)*

Wir, die Beheimateten

«Im Modellprojekt Kitchen on the Run macht ein mobiler Küchencontainer Begegnung da möglich, wo sie dringend gebraucht wird: zwischen Geflüchteten und Beheimateten.» *(Webseite des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, 27.9.2017)*

Pöbel-Ralle in Action

«Zudem haben wir die staatspolitische Verantwortung gegen die rechten Drecksäcke anzugehen (...). Beim Auftritt von AfD-Führer Gauland am Wahlabend fehlten nur Ledermantel, Fackeln und Hunde...» *(SPD-Politiker Ralf Stegner nach der Wahl, Facebook, 30.9.2017)*

Til Eulenspiegel

«Ab heute, werde ich jeden Deppenkommentar veröffentlichen. (...) Helft mir, meine schwächelnde Seite mit Klicks nach vorne zu bringen... Hate-Posts very welcome!!! I need Klicks, um meine Werbung teurer zu verkaufen!!! Jeder Rechtsradikale bringt mir – ohne Scheiß – 600 Euro am Tag (...).» *(Til Schweiger, Facebook, 5.10.2017)*

Gender-Gaga brutal

«Wir werden unserem Sohn, 12, Geschlechtsumwandlungsmedikamente geben: Eltern wollen, dass das Gesundheitsamt ihrem Jungen Medikamente zum Aufhalten der Pubertät gibt, damit er ein Mädchen sein kann.» *(Daily Mail Online, 7.10.2017)*

Asyl-Fälscher

«Laut Polizei wurde am Montag in den frühen Morgenstunden in die Ausländerbehörde am Friedrich-Krause-Ufer in Moabit eingebrochen. (...) Gestohlen wurden neben Blankodokumenten auch Stempel und durchnummerierte Siegel. Damit lassen sich Duldungspapiere fälschen.» *(Morgenpost Online, 9.10.2017)*

Scharia-Feiertag

«Ich bin bereit, darüber zu reden, ob wir auch mal einen muslimischen Feiertag einführen. Kann man gerne vielleicht mal machen.» *(Innenminister Thomas de Maizière, 9.10.2017)*

Die Lawine rollt

«Bis zu 270.000 Syrer und Iraker könnten Angehörigen folgen (...) Derzeit haben rund 70.000 Familienmitglieder aus den Bürgerkriegsländern Terminanfragen für einen Nachzug gestellt. Das Auswärtige Amt rechnet mit vielen weiteren Anfragen.» *(Frankfurter Allgemeine Zeitung Online, 11.10.2017)*

Antifa-Kicker

«Aber warum setzen wir nicht die Technik ein, dass jeder rassistische Schreier identifiziert, rausgeschmissen wird und nie wieder zurück ins Stadion darf?» *(Bundesligaspieler Kevin-Prince Boateng, Focus, 42/2017)*

Teilzeitüberwacher

«Alle Observationen beschränken sich auf die Wochentage Montag bis Freitag, und zwar auch in den Wochen, in denen Amri auf Rang 1 der Berliner Gefährder steht. An Wochenenden und Feiertagen finden keine Observationen statt.» *(Spiegel Online über den Attentäter vom Breitscheidplatz Anis Amri, 12.10.2017)*

Hat nichts mit nichts zu tun

«Schweden veranstaltet im Sommer 2018 das erste Festival nur für Frauen (...). Das neu gegründete Statement-Festival reagiert damit auf die zahlreichen sexuellen Übergriffe auf Frauen in den vergangenen Festival-Jahren.» *(Welt Online, 12.10.2017)*

Joint Venture: Das erklärt so manche politische Entscheidung... Foto: Bild Online

Zu COMPACT allgemein

COMPACT ist ein guter Anfang. Nun müssten nur noch Weniger die Lückenpresse kaufen und vor allem diese Zeitung und ähnliche lesen, dann klappt das noch besser mit der Aufklärung.

Janne Fisch, per Youtube-Kommentar

Freunde und Patrioten, ich kann es jedem nur empfehlen, sich das COMPACT-Magazin zu holen. Kommt ein Mal im Monat. Ich bekomme es nach Hause geliefert, es lohnt sich. Lasst die anderen Lügenblätter wie *Bild* und so weiter weg. Vor allem, wenn man das COMPACT-Magazin in der S- oder U-Bahn rausholt – die Blicke einiger Leute – göttlich. Ein Erlebnis, das ich Euch nicht vorenthalten will: Ein junger Mann in der S-Bahn hatte sich neben mich gesetzt und gefragt, ob er mal mit reinschauen kann. Kurz bevor er ausstieg, sagte er mir, dass er sich das Magazin mal kaufen werde, er es ganz interessant fände.

Thomas Hasse, per Youtube-Kommentar

Zum Editorial

AfD = Arbeiter für Deutschland. Geniale Wortmagie von Jürgen Elsässer direkt auf Seite 3 im Editorial. Tolle Ausgabe! Gleich drei gekauft (zwei zum Weitergeben) plus NSU-Sonderheft.

Peter Cordes, per Youtube-Kommentar

Karl Marx hat folgende Losung ausgegeben: «Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!» Auch damals haben die Großkonzerne (Imperialisten) sich weltweit organisiert und die Arbeiter der einzelnen Länder gegeneinander ausgespielt. Heute nennen sie das Globalisierung. Die VW-Arbeiter in Deutschland sollten aber auch mit ihren Kollegen (Proletariern aller Länder) in Tschechien, die ebenfalls seit Jahrzehnten tolle Autobauer sind, solidarisch sein und mit ihnen gemeinsam für gleiche Löhne kämpfen (vereinigt Euch). Dies sollte heute auch für die patriotischen Parteien in Europa gelten: AfD, Le Pen & Co.

13.Februar, per Website-Kommentar

Zum Titelthema «Das blaue Wunder»

Meiner unbedeutenden Meinung nach sind die Wahlergebnisse massiv zurechtmanipuliert. Die «Meinungsforschungsinstitute» (Mainstream und gekauft) waren angewiesen worden, eine möglichst geringe Akzeptanz der AfD zu kommunizieren. Hat, wie bei Trump, leider nur nicht so wie erhofft funktioniert. Die AfD liegt in der Bevölkerung bei mindestens 30 Prozent.

Christoph Brand, per Youtube-Kommentar

Der dreiseitige Artikel über die Befindlichkeiten innerhalb der AfD ist bis auf den letzten Absatz eine präzise und prägnante Analyse von Jürgen Elsässer. Sehr lesenswert. Darin wurde die Abspaltung von Frau Petry korrekt vorhergesagt, was allerdings auch nicht sehr schwierig war. Das Interview mit Herrn Gauland finde ich etwas kurz.

HvH, per Website-Kommentar

Im Osten hat sich die Hälfte aller Wähler auf AfD und Linkspartei verteilt, und das zeigt, dass die Leute viel kritischer sind und die kapitalistische Einheitspartei loswerden wollen. Interessant wird das bei den nächsten Landtagswahlen.

Andy Poppenberg, per Youtube-Kommentar

Die AfD hat sechs Millionen Wähler mobilisiert. Das Ergebnis zeigt jenen denkenden Menschen, die in diesem Irrenhaus leben müssen, dass sie zumindest nicht ganz alleine sind. *psy lemur, per Youtube-Kommentar*

Man kann natürlich Essig in den Honigtopf gießen und darauf hinweisen, dass das antideutsche Kartell mehr als 85 Prozent der Stimmen erhalten hat. Trotzdem, angesichts der Pressehetze sind die 13 Prozent ein acht-

hier abtrennen

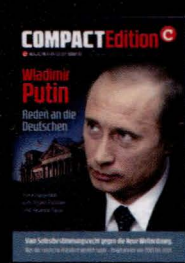
Jetzt COMPACT-Magazin abonnieren und Prämie sichern!

Abo-Prämie ankreuzen, Rückseite ausfüllen und abschicken!

COMPACT MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

Nie wieder Grüne!
Portrait einer gefährlichen Partei
COMPACT-Spezial 12
84 Seiten
Prämie Nr. 1 ☐

Schwarzbuch Lügenpresse
Wie uns Medien und Politiker für dumm verkaufen
COMPACT-Edition Nr. 2
124 Seiten
Prämie Nr. 2 ☐



Wladimir Putin
Reden an die Deutschen
COMPACT-Edition Nr. 1
124 Seiten
Prämie Nr. 3 ☐

Schwarzbuch Angela Merkel
Originalzitate der Rautenfrau von 1990 bis heute
COMPACT-Edition Nr. 3
124 Seiten
Prämie Nr. 4 ☐

COMPACT-Shirt zum Abo-Vorzugspreis von 10 EUR inkl. MwSt
«Freiheit für Deutschland»
Klassisches T-Shirt
für sie & ihn,
aus 100% Baumwolle.
Farbe: Schwarz;

Größe	M	L	XL	XXL
Anzahl				

Nur 10,00 € Jetzt mitbestellen!

bares Resultat. Allen, die dazu beigetragen haben, sei Dank, nicht zuletzt der COMPACT-Truppe. Nun wird sich die AfD bewähren müssen. Hoffen wir das Beste.

Jürgen G., per Website-Kommentar

Zum Höcke-Artikel

Zu Bewegungspartei ist folgendes zu sagen: Man muss dies natürlich sein, nur aus dem Parlament heraus kann man nichts verändern. Eine Veränderung im Denken kann nur in der Öffentlichkeit passieren. Die AfD muss diese Gedanken ins Parlament bringen. Das versteht man unter Bewegungspartei. COMPACT hat das sehr schön herausgearbeitet. Kompliment. *Der Cherusker, per Youtube-Kommentar*

Die AfD mag «Bewegungs»partei sein, bleiben oder nicht sein. Wichtig ist, dass konstruktive Vorschläge erarbeitet und in politische Maßnahmen umgesetzt werden, die die Menschen, die noch eine Liebe zu ihrem Land haben, auch wirklich überzeugt und die auch selbst im privaten oder beruflichen Umfeld mit Überzeugung vertreten können. Das ist entscheidend. Und so entsteht überhaupt erst wirkliche «Bewegung».

Klaus Bührer, per Facebook-Kommentar

Wir brauchen Höcke in der Partei nach wie vor dringend. Gut, dass Petry und Pretzell gegangen sind. Höcke warnte ja schon zu Jahresbeginn. Da passt es auch, dass beide zum Schaden der Demokratie ihre Mandate behalten. *Joe, per Website-Kommentar*

Ganz große Klasse! Einer der letzten guten Deutschen dort oben. Solche Sätze sind es, die ihn zum Hassobjekt der BRD-Meute machen. Gott möge ihn schützen! Ihn ebenso wie Elsässer und Kubitschek.

Aristoteles, per Website-Kommentar

Zu «Susanne ist beklopft geworden»

Wer ist Bürgermeisterin Susanne? Da kommt doch die Stimme von White-Trash-Pirinçci gerade recht. Was deutsche Sprache ist, erklären uns jetzt Herta Müller und die Kölner Oberbürgermeisterin. Deutsche Kultur erklärt uns ihr Genosse Richard Wagner. Muss wohl der übliche Namenklau der Hasser sein. Politische Leader sind jetzt solche verzweifelten Nerds wie der Berufsnihilist Steven Colbert. Von der Hetzpostille *Zeit* schöngeschrieben. Dabei saugt er nur Karl Kraus' Erbe trocken. Was für 'ne Herde Tartuffes. Pirinçci... großartig. *Hans Jürgen Ochsenfahrt, per Youtube-Kommentar*

Zum Dossier «Der bessere Trump?»

Steve Bannon hatte im Weißen Haus, in seiner Position und den ihn umgebenden Funktionären des Tiefen Staates, weitaus weniger Einfluss, als er es außerhalb des Weißen Hauses als Chef eines der wichtigsten national orientierten Nachrichtenhäuser nun wieder hat. Die einzigen Einflüsse, die Trump erhält, kommen über den Staatsapparat und die Medien. Die Taktik hier könnte folgende sein: *Breitbart News* ist de facto die zentrale Basis der Wählerschaft Trumps und wird über den Subreddit *r/the_donald* noch einmal viral verstärkt. Wenn nun Trump auf Empfehlung oder Druck des Staatsapparates irgendeine Neocon-Dummheit begeht oder zu Kernthemen seines Wahlerfolges Rückzieher macht oder gar einknickt, wird Bannon dafür sorgen, dass Trump über entsprechendes Feuer von Seiten *Breitbart News*, *Drudge Report* und weiteren die Unzufriedenheit der Basis zu spüren bekommt. Damit sind die Möglichkeiten der Einflussnahme auf Trumps Politik von außerhalb im Rahmen metapolitischer Maßnahmen vielfältiger als in der Schlangengrube in Nr. 1600 Pennsylvania Ave.

Mike Forester, per Youtube-Kommentar

Zu «Kampf um Tegel»

Tegel muss bleiben. Der Flughafen der Frontstadt, der Berlin mit der Freiheit verbunden hat. Einfach, zweckmäßig und leistungsfähig. Was will man da mit dem BER? TXL forever.

Daniel Hahn, per Facebook-Kommentar

Trotz klarem Volksentscheid geht die Hängepartie weiter! Das ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht der Berliner Wähler, sondern der Demokratie insgesamt. Kein Wunder, dass sich immer mehr Bürger von den Herrschenden abwenden. *Susanne, per E-Mail*

hier abtrennen

Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken. Prämie sichern!

☐ Ja, ich will COMPACT ab Nr...../20..... mit 59,40 EUR (inkl. Versandkosten*) **innerhalb Deutschlands** für 12 Ausgaben abonnieren und meine Wunschprämie kassieren!

☐ Ja, ich will COMPACT ab Nr...../20..... mit 83,40 EUR (inkl. Versandkosten*) **ins Ausland** für 12 Ausgaben abonnieren und meine Wunschprämie kassieren!

Ich wünsche die umseitig angekreuzte **Abo-Wunschprämie.**

☐ Ja, ich will das **COMPACT-Shirt** «Freiheit für Deutschland» zum Abo-Vorzugspreis von nur 10,00 EUR*(statt 19,95 EUR). Anzahl und Größe habe ich umseitig notiert. Dazu kommen Versandkosten von 1,90 EUR | Inland und 3,00 EUR | Ausland. Bitte senden an ☐ Rechnungsadresse oder ☐ Lieferadresse.

*Alle Preise verstehen sich inkl. MwSt.

Rechnungsadresse

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Email _____ Telefon _____

Unterschrift ✗ _____

Lieferadresse

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich COMPACT-Magazin GmbH widerruflich, den Betrag umgehend zu Lasten meines Kontos per Lastschrift einzuziehen.

Bankverbindung

Kontoinhaber _____

Bank _____

IBAN _____

BIC _____

Kündigung

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch um weitere 12 Ausgaben, wenn es nicht bis 14 Tage vor Erscheinen der jeweils letzten Ausgabe gekündigt wurde.

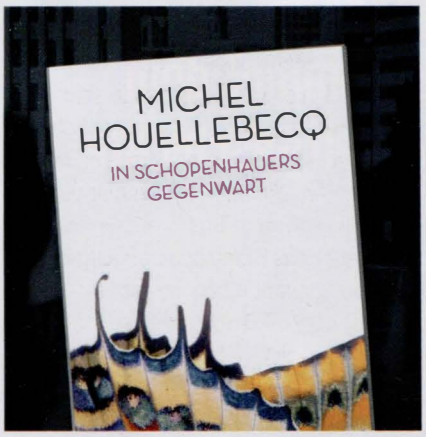
Unterschrift ✗ _____

Ausgefüllten Vordruck per Post an: COMPACT-Magazin GmbH, Am Zamoo 8, 14542 Werder (Havel)

Oder per Fax an: +49 (0)33 27 / 569 86 17

Abo online holen: www.compact-shop.de

COMPACT ©



Michel Houellebecq, In Schopenhauers Gegenwart. 80 Seiten. DuMont, 18 Euro. Foto: Arno Declair, 2017

Babylon Berlin läuft im Bezahlsender Sky. Foto: Sky

DAF: Das ist DAF, 5-CD-Box, 55 Tracks, Grönland (Rough Trade), 2017. Foto: COMPACT

Frustgenossen

Wie einst dem jungen Nietzsche wurde dem 26-jährigen Michel Houellebecq die Lektüre des Philosophen Arthur Schopenhauer zum Erweckungserlebnis. Und ebenso wie Nietzsche musste er dessen Hauptwerk, *Die Welt als Wille und Vorstellung*, antiquarisch kaufen, da es im Frankreich der 1980er nicht neu zu bekommen war. Jetzt, mit 61 Jahren, schrieb der französische Romancier sein Bekennerbuch zu dem buddhistischen Philosophen aus Frankfurt.

Es passt durchaus, nach Hegel, Marx, Nietzsche, Heidegger und Postmoderne ausgerechnet den alten Griesgram Schopenhauer wieder auszubuddeln. Dessen Zeit kommt stets, wenn alle Hoffnung verflogen ist. Zu Lebzeiten blieb sein Pessimismus ohne Publikum. Erst nach der missglückten Revolution von 1848 schlug die Stunde des Skeptikers, dessen Credo lautete: Alles Leben ist pure Vorstellung eines blinden Urwillens, ein Albtraum in Zeit und Raum. Geschichte ist sinnlos. Kurzfristige Erlösung gewährt die Kunst, aber wahre Befreiung spendet nur Askese, die totale Verneinung des Willens, wie bei den Erleuchteten im Buddhismus.

Passt das nicht wunderbar zur Resignation des französischen Autors, der dem Abendland und der Sexualität, dem «Brennpunkt des Willens» (Schopenhauer), in zahlreichen Romanen ein Requiem schrieb? Houellebecq stellt klar: Schopenhauers Werk ist die Bibel jener, die ruhig sitzend und schweigend ihre Kippe rauchen, während der Westen unter der Peitsche des Willens (endloses Wachstum, endlose Steigerung) seinem Ende entgegen hetzt. (jg) ■

Spreegangster

Was wären Amerikas 1920er ohne Gangster? – Richtig, fast nichts. Und die USA haben ihr mythologisches Kapital des Prohibitionsgangsters in Romanen, Filmen und TV-Serien auch kräftig ausgeschlachtet.

Aber das Berlin der Weimarer Republik braucht sich bezüglich charismatischer Gangstergrößen auch nicht zu verstecken: Alfred Döblins *Berlin Alexanderplatz* (1927), Fritz Langs *Mabuse*-Filme (1921–1933) oder *M – Eine Stadt sucht einen Mörder* (1931) zeigten schon damals die Hauptstadt als Asphaltdschungel, in dem elegante Raubtiere mit gefüllten Bleispritzen durch die Gassen hetzten.

38 Jahre nach Fassbinders 14-teiliger *Döblin*-Verfilmung (1979) gingen die Spreegangster der Roaring Twenties endlich wieder in Serie: *Babylon Berlin*, von Tom Tykwer für den Pay-TV-Sender *Sky* produziert, startete im Oktober. Der Titel zitiert einen traditionellen Vergleich: Schon damals identifizierte man Berlin mit antiken Lechz- und Lasterstädten.

In der TV-Serie nach dem Roman von Volker Kutscher schlägt sich ein junger Kriminalbeamter samt Hilfskraft und Stenotypistin durch die – digital restaurierte – Metropole. Im Jahr der Wirtschaftskrise 1929 mit der Aushebung eines Pornorings beauftragt, erwartet die Protagonisten ein Horrortrip durch die Welt des Drogen- und Waffenschmuggels. Scharf kontrastieren die Hinterzimmer dreckiger Mietskasernen mit den Stätten des Luxus, voll scharfer Miezen mit onduliertem Haar und Federboa. Ein Spannungsbogen zwischen Gier und Absturz. (jg) ■

Elektropioniere

Die Frühphase der Neuen Deutschen Welle ist untrennbar mit dem Namen DAF verbunden. Das Akronym steht für Deutsch-Amerikanische Freundschaft und war bei Gründung der Band im Jahr 1978 als ironisches Pendant zur Deutsch-Sowjetischen Freundschaft gedacht. DAF inspirierten nicht nur viele Techno-DJs, sondern standen auch Pate für einen vollkommen neuen Musikstil: die Electronic Body Musik (EBM). Robert Görl und Gabi Delgado präsentierten damit einen radikalen Gegenentwurf zum Schmalz der Siebziger: Aggressive Maschinen-Beats, die den Körper erzittern lassen, übersteuerte Synthesizer, die im Ohr klingeln – das ist kein Sound für Komfortzone, sondern lustvoller Schmerz.

Titel wie «Tanz den Mussolini», «Kebab-Träume» oder «Die lustigen Stiefel» (die in Polen einmarschieren) sorgten seinerzeit für Kontroversen – und auch heute noch nehmen DAF keine Rücksicht auf politisch korrekte Befindlichkeiten. In der Oktober-Ausgabe des Musikmagazins *Spex* wird Delgado mit den Worten zitiert: «So viele linksliberale Postulate haben sich durchgesetzt und werden auch von der CDU vertreten, dass das rebellische Potenzial eher auf der rechten Seite verortet wird, bei der Alt-Right oder den Identitären.»

Pünktlich zum 30-jährigen Bandjubiläum ist nun eine Werkschau erhältlich, die vier Original-Alben und ein weiteres mit neuen DAF-Remixen von Giorgio Moroder, West Bam, Boys Noize und anderen Künstlern enthält. Ein Poster komplettiert das grandiose Boxset. Für alte und neue Fans ein absolutes Muss! (dp) ■

Sie kämpften für Deutschland

Von Arminius, dem Römerschreck, bis zu Erwin Rommel, dem Wüstenfuchs – unser Vermächtnis aus 2000 Jahren Geschichte

Erhältlich ab 17.11.2017

Bestellung unter shop@compact-mail.de · FAX 03327-569 86 17 · compact-shop.de

Krisenstimmung: Angela Merkel und Horst Seehofer im Mai in München-Trudering. Damals hatte der Bayer auf einer Obergrenze für Asylanten bestanden, war dann jedoch eingeknickt. Foto: picture alliance / Sven Hoppe/dpa

Sprengsatz Jamaika

_ von Jürgen Elsässer

Die Union will mit der FDP und auch mit den Grünen weiterregieren, die für Teile ihrer Wählerbasis immer noch ein rotes Tuch sind. Vor allem für die CSU wird der Linkstrend der großen Schwesterpartei zur Zerreißprobe.

Der Löwe der Stammtische und Bierzelte grollt. «Horst, es ist Zeit», rief Peter Gauweiler Anfang Oktober dem CSU-Vorsitzenden zu. Lange hatte das konservative Gewissen der Christsozialen loyal geschwiegen und 2016 sogar sein Bundestagsmandat niedergelegt, anstatt den Aufstand zu proben. Doch mit der Aussicht auf Jamaika war ihm der Kragen geplatzt: Die CSU komme ihm derzeit vor wie «jemand, der vor einem Zug steht und warnt: "Der fährt in die falsche Richtung!" – und sich dann dort in den Speisewagen setzt».

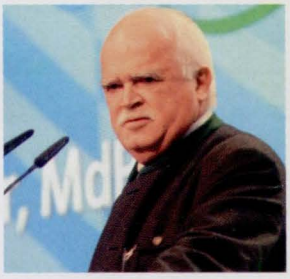
Der «schwarze Peter» mahnt in erster Linie eine Klärung der Führungsfrage vor dem Eintritt in Koalitionsgespräche an – doch seine eigenen Ausführungen legen nahe, dass das nicht reichen wird. «Man kann nicht zugleich Hü und Hott sagen. Ein CSU-Vorsitzender kann nicht die Merkelsche Politik verurteilen, wenn seine eigene CSU-Landesgruppe im Bundestag diese Politik faktisch in allem mitträgt.» Dieses Gegeneinander könnte sich aber nur auflösen lassen, wenn auch an der Spitze der Weiß-Blauen einer stünde, der selbst die wenigen Widerworte, die Seehofer der Kanzlerin gab, noch bleiben lassen würde. Doch der innerparteiliche Friede, der damit zumindest an der Oberfläche einkehrte, würde vom Wähler zweifellos bestraft werden – denn die zwangsharmonisierte CSU würde sich dann noch weniger von der linksdrehenden CDU abheben.

Szenen einer Selbstdemontage

Als Horst Seehofer 2016 noch gegen Angela Merkel aufgemuckt, eine Verfassungsklage gegen die offenen Grenzen oder wenigstens einen separaten CSU-Wahlkampf angekündigt hatte, standen die Bajuwaren noch hinter ihm. Doch schließlich gab er in allen Punkten klein bei: Am 3. Juni 2017 verkündeten er und Merkel, im strahlenden Lächeln vereint, das gemeinsame Wahlprogramm. Die Arbeit daran habe ihm «richtig Spaß gemacht», fügte er hinzu. Und dann auch noch: «Ich vertraue ihr blind.» Die zuvor immer wieder von ihm geforderte Obergrenze beim Zuzug kam nicht nur im gemeinsamen Dokument der Schwesterparteien nicht vor. Selbst im CSU-Bayernplan wurde er auf Seite 635 im Kleingedruckten oder besser Kleingedrucksten versteckt.

Der Kotau vor Big Sister sollte sich rächen. Das Debakel kündigte sich an, als Merkel am 22. Septem-

«Horst, es ist Zeit!»
Peter Gauweiler



Peter Gauweiler. Foto: Michael Lucan, CC-BY-SA 3.0, Wikimedia

Proteste beim Merkel-Auftritt in München, 22.9.2017. Foto: picture alliance / Sven Hoppe/dpa

COMPACT 2/2014. Foto: COMPACT

ber, zwei Tage vor der Schicksalswahl, zur Abschlusskundgebung vors Münchner Rathaus kam. Ihre Rede wurde von einem Pfeifkonzert begleitet, das selbst durch ein Hochdrehen der Lautsprecheranlage nicht übertönt werden konnte. Die Rautenfrau muss sich vorgekommen sein wie zuvor im tiefsten Osten, in Quedlinburg oder Torgau – in München jedenfalls war es seit Gründung der CSU noch nie zu einem derartigen Protest gegen die Schwarzen gekommen.

Das Wahlergebnis fiel entsprechend aus. Die CSU stürzte auf 38,8 Prozent ab, das war ein Verlust von über zehn Punkten und lag damit noch über dem Minus der Unionsschwester im übrigen Bundesgebiet. Umgekehrt erreichte die AfD mit 12,4 Prozent ihr bestes Ergebnis im Westen. Die Großplakate der Protestpartei «Franz Josef Strauß würde heute AfD wählen» oder «Wir halten, was die CSU verspricht!» hatten offensichtlich ihre Wirkung nicht verfehlt.

Nach dem 24. September begann das Leichenzählen: Joachim Herrmann, der CSU-Spitzenkandidat, hatte den Einzug in den Bundestag nicht geschafft; der bisherige Entwicklungshilfeminister Gerd Müller war bei den Erstimmen um 10,2 Punkte eingebrochen, der bisherige Verkehrsminister Alexander Dobrindt um 9,5 Prozent – und Generalsekretär Andreas Scheuer, der Alice Weidel im September aus einer Talkshow gebissen hatte, musste sogar 12,2 Prozent abgeben.

Der Geist von Kreuth

Da die Christsozialen so eindeutig an die rechte Konkurrenz verloren haben, könnten sie vor der Landtagswahl im Herbst 2018 nur dann wieder auf die Füße kommen, wenn sie wieder in der Tradition des großen Strauß – er erzielte in Bayern nie ein Ergebnis unter 50 Prozent – auf Rechtskurs gingen. Das aber ist vollkommen ausgeschlossen, wenn sie sich in die Babylonische Gefangenschaft einer Jamaika-Koalition begeben. Folglich muss die CSU schon aus existenziellem Eigeninteresse dafür sorgen, dass es nicht zu Schwarz-Gelb-Grün kommt. Fehlt ihr dazu die Traute, wird ihr Absturz im kommenden Herbst weitergehen – die AfD könnte dann mit 20 Prozent ins Maximilianeum einziehen. Dann jedoch stünde Seehofer – oder sein Nachfolger – vor derselben Frage wie aktuell, nur unter weitaus schlechteren Bedingungen: Soll die CSU weiter Bestandteil einer Bundesregierung sein, in der Merkel und die Grünen die konservative Kernklientel gerade in Bayern permanent vor den Kopf stoßen – oder lässt man das perverse Bündnis platzen, um wenigstens selbst den Kopf aus der Schlinge zu ziehen?

Bisweilen glaubt man noch ein bisschen Überlebenswillen bei der CSU zu spüren – etwa als am Tag nach der Bundestagswahl kolportiert wurde, Seehofer stelle, wie Strauß 1976 in Wildbad Kreuth, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU im Bundestag zur Disposition. Rasch wurde dieses Gerücht dementiert – aber dass es dazu eigens einen Beschluss des Landesvorstandes brauchte, wirkte eher wie eine Bestätigung.

Aber was wäre die Perspektive der Weiß-Blauen, wenn sie mit Jamaika und mit der Schwesterpartei – das eine bedingt das andere, egal in welcher Reihenfolge – bräche? Strauß' Kreuther Strategie sah die Ausdehnung der Christsozialen auf das gesamte Bundesgebiet vor, als rechte Konkurrenzpartei zur verweichlichten Christdemokratie. Eine andere Option wird Edmund Stoiber zugeschrieben und geht auf die Elefantenrunde am Abend der Bundestagswahl 2005 zurück: Gerhard Schröder, dessen SPD auf der Zielgeraden erheblich Boden gutgemacht hatte, aber schließlich doch knapp hinter der CDU/CSU gelandet war, begann vor laufenden Kameras, Merkel zu verspotten und die Kanzlerschaft erneut für sich zu reklamieren. Der CDU-Spitzenkandidatin, die für sich den Wahlsieg beanspruchte, rief er zu: «Sie wird keine Koalition mit meiner Partei zustande kriegen. Machen Sie sich da nichts vor.» Wie aber hätte der Niedersachse erneut Regierungschef werden können, wo es doch für eine Fortsetzung von Rot-Grün nicht reichte? Hatte sich der Macho vorher besoffen oder zumindest im Scheinwerferlicht besoffen geredet? Eine rationale Erklärung für seinen Siegesrausch konnte man in einer *Spiegel*-Geschichte lesen: Er habe mit Stoiber, der 2003 – ganz wie er, aber im Unterschied zu Merkel – den Irakkrieg abgelehnt hatte, eine Absprache getroffen, dass sich die CSU von der CDU trennt und dann in ein neues Schröder-Kabinett eintritt. Diese Option sei nur deswegen nicht zum Tragen gekommen, weil Schröder am nächsten Tag von Franz Müntefering und den Apparatschiks im Willy-Brandt-Haus ausgebremst worden sei.

Strauß' Strategie sah die bundesweite Ausdehnung der CSU vor.

Weiß-Blau und Blau

Jedenfalls: Würde eine CSU mit der Forderung nach Obergrenze und Zuzugsbeschränkung bundesweit antreten, würde sie der CDU überall einen größeren Teil ihrer Wählerschaft abnehmen. Auch die AfD müsste vermutlich Federn lassen, aber sie ist mittlerweile so stark, dass sie sich über der Fünf-Prozent-Hürde halten würde.

Besonders spannend ist die Lage im Osten, wo die CDU-Landesverbände genauso konservativ geprägt sind wie die CSU und von Merkel abfallen könnten. In Sachsen-Anhalt hat die AfD nach ihrem Sensationserfolg mit über 24 Prozent bei den Landtagswahlen 2016 bereits eine erhebliche Sogkraft auf die Schwarzen entwickelt: Einem Antrag der Blauen auf Einrichtung einer Enquete-Kommission zum Thema Linksextremismus stimmten im August alle CDU-Landtagsabgeordneten zu – außer Regierungschef Reiner Haseloff und seinen Ministern.

Merkel war empört, aber machtlos. In Sachsen dürfte die Abgrenzung der CDU zur AfD ebenso wackeln, nachdem die Alternative dort am 24. September stärkste Partei geworden ist. Auch in Thüringen lag die AfD an diesem Tag mit 22,7 Prozent nur noch sechs Punkte hinter der CDU. Würde die Union im Bund in eine Koalition mit den Grünen gehen, könnte sich Björn Höcke im Freistaat schnell an die Spitze der Wählergunst setzen.

Bei Strafe weiterer Verluste an die rechte Opposition ist also nicht nur die CSU, sondern auch die Ost-CDU gezwungen, das Jamaika-Bündnis abzulehnen und sich als eigenständige neue Partei von der Merkel-Union abzuspalten. Im Süden und Osten der Bundesrepublik, in einem breiten Gürtel von München über Erfurt und Magdeburg bis nach Dresden, könnte dann eine neue Konstellation mehrheitsfähig werden: AfD plus bundesweite CSU, Blau plus Weiß-Blau.

Das erscheint im Augenblick, angesichts der Feigheit des christdemokratischen Personals, utopisch, und deshalb wird sich Jamaika wohl fürs Erste zusammenraufen. Doch bei jeder Katastrophenentscheidung dieser unmöglichen Koalition und bei jeder Landtagswahl dürfte der Druck der Basis größer werden. Und am Ende spielen auch die Entwicklungen in den Nachbarländern eine Rolle: Wenn Sebastian Kurz die Blauen mit in sein Kabinett nimmt, warum – so wird mancher bei der ÖVP-Bruderpartei CDU/CSU fragen – sollte das nicht auch in Deutschland möglich sein? ■

Sebastian Kurz auf Französisch

Westlich des Rheins entwickelt sich die CDU-Bruderpartei ähnlich wie in Österreich: Aussichtsreichster Kandidat für den Vorsitz der Republikaner ist Laurent Wauquiez. Sein Motto: «Die Rechte muss wieder rechts werden.» Im Unterschied zum bisherigen Führungspersonal lehnte er es ab, beim Stichentscheid der Präsidentschaftswahlen eine Empfehlung zugunsten von Emmanuel Macron abzugeben und Marine Le Pen zu verdammen. An der Seine stehen die Konservativen unter demselben Druck wie die CDU zuletzt in Sachsen: Sie sind von der patriotischen Konkurrenz – hier die AfD, dort der Front National – überflügelt worden.

Anzeige

Investieren Sie in den Mut zur Wahrheit!

Werden Sie Gesellschafter bei COMPACT!

Gehen Sie mit uns auf Erfolgskurs. Profitieren Sie von der starken Marke COMPACT!

Schicken Sie uns jetzt eine formlose E-Mail an ***verlag@compact-mail.de.*** *Wir setzen uns dann mit Ihnen in Verbindung und senden Ihnen ausführliche Unterlagen zu.*

Wachstum mit erstem Gewinn

Während die etablierten Zeitschriften permanent an Leserschaft und Auflage verlieren, geht es mit COMPACT steil aufwärts! Mit «Mut zur Wahrheit» und ehrlichem Journalismus in Zeiten der Lüge konnten wir die verkaufte Auflage unserer monatlichen Printausgabe verdoppeln. Damit haben wir uns einen festen Platz in der Presselandschaft erkämpft. Bereits unser 4. Geschäftsjahr 2014 konnten wir mit Gewinn abschließen.

Investment mit ruhigem Gewissen

Sind Sie ein treuer Leser unseres Magazins für Souveränität? Suchen Sie nach Möglichkeiten eines Investments jenseits der gängigen oder risikobehafteten Anlagemodelle, die Ihnen Banken offerieren, und wollen Sie dabei anonym bleiben? Dann engagieren Sie sich jetzt bei COMPACT und profitieren Sie in mehrfacher Hinsicht: Als atypisch stiller Gesellschafter unserer GmbH erhalten Sie jährlich Gewinn- oder Verlustzuschreibungen. Gewinne können zur Auszahlung kommen – Verluste lassen sich von der Steuer absetzen. Jedes Investment ab 10.000,- Euro ist uns willkommen. Dabei bleibt Ihre Einlage risikofrei, denn als stiller Gesellschafter müssen Sie niemals Kapital nachschießen – selbst wenn COMPACT rote Zahlen schreiben sollte. Und wenn Sie Ihr Engagement beenden wollen, sind wir zur Auszahlung Ihres aktuellen Kapitalanteils verpflichtet.

Erfolg mit gutem Gefühl

Gehen Sie mit uns auf Erfolgskurs! Unterstützen Sie uns dabei, das Potenzial unserer prosperierenden Marke zu entfalten. Denn wir haben noch viel vor. Zu unserer weiteren Geschäftsentwicklung gehört der Ausbau des Marketing sowie Investitionen in unsere Produkte und neue Mitarbeiter. Kommen Sie jetzt in den inneren Kreis von COMPACT! Helfen Sie mit, der schweigenden Mehrheit im Land eine Stimme zu verleihen und kämpfen Sie mit uns gegen die Propaganda einer gleichgeschalteten Presse.

Neben Ihrem VIP-Status bei COMPACT genießen Sie auch das gute Gefühl, zu einer Zeitschrift zu gehören, die sich dem «Mut zur Wahrheit» verpflichtet hat.

Die Äppelwoi-Rebellen

_ von Daniell Pföhringer

Jamaika ist vor allem auf dem rechten Unionsflügel unbeliebt. Zwei Abgeordnete aus der alten Hessen-CDU von Alfred Dregger und Manfred Kanther könnten die karibischen Träume zum Platzen bringen – und eine Revolte gegen Merkel anzetteln.

Hans-Jürgen Irmer gehörte mit Unterbrechungen ab 1991 dem hessischen Landtag an. Foto: picture alliance / dpa

Erhältlich unter compact-shop.de. Foto: FBV

Familie, christliche Werte und nationale Identität – das sind die Leib- und Magenthemen von Hans-Jürgen Irmer. Der CDU-Politiker aus Wetzlar überholt manchen AfDler locker auf der rechten Spur. Von Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier schon aufs Abstellgleis geschoben, zog der 65-Jährige nun im Lahn-Dill-Kreis per Direktmandat in den Bundestag ein. Die *Frankfurter Rundschau* giftete: «Der Zündler darf weitermachen». Nicht nur für Rote und Grüne, auch für viele Parteifreunde ist der Konservative alter Schule eine Reizfigur. In seiner Heimat gibt er die Gratiszeitung *Wetzlar-Kurier* heraus (Auflage: 100.000) – zwischen Anzeigen von Handwerksbetrieben und Bäckerläden finden sich Artikel, wie man sie eher in der *National-Zeitung* vermuten würde: etwa Beiträge, in denen das Antidiskriminierungsgesetz als «Schwachsinn» bezeichnet und Homosexuellen eine Therapie empfohlen wurde.

Mit der Asylpolitik geht Irmer nicht erst seit der Flüchtlingskrise hart ins Gericht, Multikulti-Phantasten wird kräftig eingeschenkt, und auch die Islamisierung ist ein Dauerbrenner in der populären Regionalzeitung. Die Sozis attestierten ihm deswegen ein «rechtsextremes Weltbild», Hessens ehemaliger SPD-Innenminister Gerhard Bökel nannte Irmer einen «selten konsequenten Rechtsradikalen», die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft unterstellte dem früheren Englisch- und Erdkundelehrer einen «nationalsozialistischen Jargon».

Klare Kante

Den Gescholtenen ficht das nicht an. 2012 forderte er, Islamisten «unverzüglich in ihre angestammte Heimat» zu schicken, «statt sie teilweise noch über Sozialleistungen zu finanzieren». Nachdem er im Februar 2015 festgestellt hatte, «dass zur deutschen Identität der Islam nicht gehört», und in seiner Zeitung eine Anzeige des Vereins Die Deutschen Konservativen abgedruckt wurde, musste er sein Amt als bildungspolitischer Sprecher und CDU-Fraktionsvize niederlegen. Mundtot machen ließ er sich dennoch nicht: Wenige Monate vor der Bundestagswahl zitierte er im *Wetzlar-Kurier* andere Autoren zustimmend, es sei «der islamische Traum, Europa durch die Geburtenrate zu erobern».

> «Wer Asylrecht missbraucht, muss binnen 48 Stunden abgeschoben werden.» Hans-Jürgen Irmer

Für die hessische Linkspolitikerin Janine Wissler ist das «dumpfe rechte Stimmungsmache». Die Ex-Trotzkistin nannte Irmer einen «geistigen Brandstifter», nachdem er zu Beginn der Flüchtlingskrise 2015 einen «sofortigen Aufnahmestopp» gefordert hatte, «um alle Asylbewerber erst einmal erfassen zu können» und «die übergroße Zahl derjenigen, die kein Anrecht auf Anerkennung haben, zurückzuführen». Wenn «Deutschland sich nicht selbst abschaffen will, wie es Sarrazin formuliert hat», müsse die Politik schnell handeln. Ein Jahr später legte er nach: «Wer Asylrecht missbraucht, muss binnen 48 Stunden abgeschoben werden.»

In einem Gastbeitrag für den *Focus* vom Januar 2017 stieß sich der Hesse daran, «dass etwa zwei Drittel aller Asylsuchenden ohne Pass oder andere brauchbare Identitätspapiere ankommen, aber 95 Prozent mit Handys». Bei ungeklärter Nationalität

solle «grundsätzlich eine Handyauswertung erfolgen, denn die Wahrscheinlichkeit ist doch sehr hoch, dass entscheidende Verbindungsdaten zur eigentlichen Heimat gespeichert sind». Wer dabei nicht mitwirke, habe «null Anrecht darauf, nach Deutschland einreisen zu können und muss unverzüglich an der Grenze zurückgewiesen werden». Irmer engagiert sich auch für Lebensschutz und Familienwerte. Als Christ sei es ihm wichtig, dass die Politik Ehe und Familie absolute Priorität einräume, sagte er kürzlich der Agentur Idea. Dazu gehöre auch, «dem Gender-Unfug ein klares Stoppzeichen zu setzen».

Leitwolf der Euro-Rebellen

Auch Klaus-Peter Willsch aus Hohenstein im Taunus ist ein Mann der Dregger-Union. Schon zum sechsten Mal in Folge wurde der 56-jährige Diplom-Volkswirt im Wahlkreis Rheingau-Taunus-Limburg mit einem hohen Ergebnis direkt in den Bundestag gewählt. Einen Namen machte er sich vor allem als scharfer Kritiker von Merkels Euro-Rettungspolitik. Schon im Mai 2010 stimmte er als einer von fünf schwarz-gelben Koalitionären gegen das erste Griechenland-Paket und den temporären Euro-Rettungsschirm EFSF, 2012 schmiedete er mit neun weiteren Bundestagsabgeordneten – unter anderem Veronika Bellmann und Frank Schäffler (siehe Seite 18/19) – eine Allianz gegen den sogenannten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Die Union zog ihn daraufhin aus dem Haushaltsausschuss ab.

Mit Willsch zusammen stimmten über 60 Abgeordnete von CDU und CSU gegen die Merkel-Regierung.

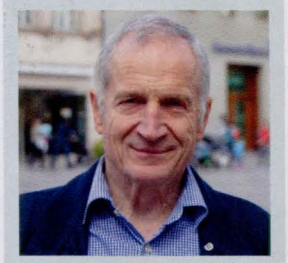
Der Hauptmann der Reserve und Vater von fünf Kindern bedankte sich Anfang 2015 mit dem Buch *Von Rettern und Rebellen: Ein Blick hinter die Kulissen unserer Demokratie*, in dem er die Rechtsbrüche von Merkels Euro-Politik dokumentierte und scharf mit der Unionsführung abrechnete. Willsch wurde zum Leitwolf der Rebellen gegen die Einheitswährung – und er stellte unter Beweis, dass er eine Koalition in die Bredouille bringen kann: Bei der Abstimmung über das dritte Griechenland-Hilfspaket im August 2015 votierten mit ihm zusammen über 60 Abgeordnete von CDU und CSU gegen die eigene Regierung. Die Ausplünderung des deutschen Steuerzahlers ging weiter, denn Merkel konnte sich damals nicht nur auf ihren damaligen Koalitionspartner SPD, sondern auch auf die «oppositionellen» Grünen verlassen.

Auch in der Flüchtlingspolitik stellte sich Willsch gegen die Kanzlerin. «Die Zeit der Jubel- und Klatschempfänge an deutschen Bahnhöfen ist vorbei», schrieb er im Oktober 2015 auf seiner Homepage. «Das Maß des Erträglichen und Stemmbaren ist erreicht.» Dem *Deutschlandfunk* antwortete er im Januar 2016 auf die Frage, warum er gegen den Familiennachzug sei: «Weil wir (...) nicht zulassen dürfen, dass ein ausgebauter Wohlfahrtsstaat wie der unsere sich sozusagen durch die Hintertür erobern lässt.» Nach der letzten Bundestagswahl sagte er dem Sender: «Wir müssen den rechten Flügel mit abdecken.» Dies gelte auch für die Flüchtlingspolitik. Es sei ein Fehler gewesen, «die Grenzen offen zu halten und alle reinlaufen zu lassen».

Schwarz-Blau?

Doch wie soll mit Jamaika eine andere Politik möglich sein? Willsch hat offenbar eine ganz andere Idee. «Wir müssen für künftige Koalitionen nüchtern darauf blicken, mit wem wir die größten Schnittmengen haben: mit der SPD, mit den Grünen oder mit der AfD? Da sehe ich die größten Schnittmengen mit der AfD», sagte er 2014. Und gegenüber dem *Hessischen Rundfunk* erklärte er, dass eine Zusammenarbeit mit den sogenannten Rechtspopulisten davon abhänge, «ob die Radikalen dort die Führung übernehmen oder gemäßigte Kräfte». Diese seien schließlich «keine Leprakranken». Von einer Koalition mit den Grünen im Bund hält Willsch hingegen wenig, da es dort einige «schwerverdauliche Mitspieler» gebe. Als Beispiele nannte er mit Renate Künast und Jürgen Trittin ausgerechnet jene, die künftig wieder eine größere bundespolitische Rolle spielen könnten. Statt Schwarz-Gelb-Grün also Schwarz-Blau? Diesen Tabubruch wird die Merkel-Union kaum wagen. ■

Der dritte Mann



Ins nationalkonservative Dreigestirn aus Hessen gehört eigentlich auch Martin Hohmann aus Neuhof, doch der wurde 2003 durch eine künstlich aufgebauschte Affäre um seine fälschlicherweise als antisemitisch diffamierte Rede zum 3. Oktober, dem Tag der Deutschen Einheit, auf Betreiben Merkels erst aus der Unionsfraktion im Bundestag und dann aus der CDU ausgeschlossen. Über die AfD-Landesliste kehrte Hohmann nun nach Berlin zurück. Mit 17,6 Prozent der Erststimmen im Wahlkreis Fulda lag er deutlich über dem lokalen und landesweiten AfD-Zweitstimmenergebnis (15,8 beziehungsweise 11,9 Prozent). Seinen Wahlkampf bestritt der 69-Jährige mit dem Slogan «Gott.Familie.Vaterland».

Martin Hohmann. Foto: Ein schöner Name, CC BY-SA 4.0, Wikimedia

Klaus-Peter Willsch. Foto: picture alliance / Sven Simon

Achtung, Sprengköpfe!

_ von Daniell Pfohringer

Kommt Jamaika zustande? Und selbst wenn: Wie groß ist die Gefahr, dass Abweichler von rechts und links das Kartenhaus anschließend zum Einsturz bringen? COMPACT stellt die potenziellen Sprengköpfe der «unmöglichen Koalition» vor.

Veronika Bellmann

Die 56-jährige CDU-Bundestagsabgeordnete aus Mittelsachsen ist die engste Verbündete von Klaus-Peter Willsch im Kampf gegen Merkels Euro-Politik (siehe Seite 17) – und sie flirtete mit der AfD: Der *Huffington Post* sagte sie im Dezember 2016, die CDU müsse «sich in Zukunft die Frage stellen, welche Machtoptionen sie hat» und dürfe «eine Koalition mit der AfD auf Landes- und Bundesebene nicht ausschließen». Gesellschaftspolitisch vertritt die frühere Sozialarbeiterin stramm konservative Ansichten. Als sie im März dieses Jahres zu einem Vortrag mit der Buchautorin und Gender-Kritikerin Birgit Kelle ins sächsische Freiberg einlud, drängte sie der Verband der Lesben und Schwulen in der Union (LSU), die Veranstaltung wieder abzusagen. Das Magazin *Queer* nannte sie eine «homophobe CDU-Politikerin», die «gegen LGBTI-Rechte hetzt». Doch die Christdemokratin blieb standhaft. An diesem Abend warnte Birgit Kelle: Ziel der Gender-Ideologen sei die Aufhebung der Normalität und die Verunsicherung der Menschen in ihrer Identität. Am Ende stehe «vermutlich ein totalitäres System». Bellmann nickte zustimmend.

Blondes Gift für Jamaika!

Arnold Vaatz

Der frühere DDR-Bürgerrechtler konnte den Wahlkreis Dresden-Bautzen erneut für die CDU verteidigen. Vaatz gehörte zu den Männern, die 1989 die Stasi-Zentrale in der Elbmetropole erstürmten. Von den SED-Machthabern wurde er einst zu Knast und Zwangsarbeit verdonnert. Unter Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf war Vaatz erst Chef der Staatskanzlei, dann Umweltminister. Unbequem ist er bis heute – und zählt zu den letzten offensiven Kernkraftbefürwortern. 2011 votierte er im Bundestag gegen den Atomausstieg, im *Deutschlandfunk* nannte er die Energiewende ein «sinnloses Experiment» und wurde dafür von Regierungssprecher Steffen Seibert gemaßregelt. Die *Sächsische Zeitung* schrieb über den 62-jährigen Rebellen im Dezember 2016: «Arnold Vaatz liegt meistens quer zur Politik der Bundeskanzlerin.» In einem Text für den Klimaskeptiker-Thinktank EIKE beklagte er, dass Deutschland durch einen «erbarmungslosen Konformitätsdruck» in eine «energiepolitische Sackgasse» getrieben werde. In Sachen Klimawandel herrsche «eine Gleichschaltung der Gesellschaft» vor, die zwar mit jener in früheren Diktaturen nicht identisch sei, «jedoch ganz ähnliche Züge aufweist».

Schlechtes Klima für Jamaika!

Hans-Peter Friedrich

Der frühere Bundesinnenminister zog über den Wahlkreis Hof wieder in den Bundestag ein. Im September 2015 nannte der 60-jährige Jurist Merkels Grenzöffnung in der *Passauer Neuen Presse* «eine beispiellose politische Fehlleistung», die «verheerende Spätfolgen» haben werde. Wenn sich Migranten «unkontrolliert und unregistriert durch Deutschland und Europa» bewegten, habe die Politik «die Kontrolle verloren». Friedrich mahnte: «Aus Sicherheitsgründen, aber auch zur Kontrolle der Einhaltung der Flüchtlingsquoten in Europa werden wir schon bald Grenzkontrollen wieder einführen müssen.» Außerdem warnte er vor dem Einsickern islamistischer Terroristen. Schon als Innenminister hatte der CSU-Politiker erklärt, dass sich die Behauptung, der Islam gehöre zu Deutschland, «aus der Historie nirgends belegen lässt». Gegen diese Äußerung muckte der Zentralrat der Muslime auf und wertete sie als integrationsfeindlich.

Law and Order statt Jamaika-Feeling!

Peter Ramsauer

Der ehemalige CSU-Bundesverkehrsminister stimmte im Juni gegen die sogenannte Ehe für alle. Zuvor hatte er öffentlich erklärt: «Ich will das Thema überhaupt nicht im Bundestag haben.» Deutschland habe ganz andere Probleme, die CDU-Führung solle «sich davor hüten, auch noch die letzten konservativen Werte zu zerstören», so der 63-jährige Politiker. In einer Rede, die er 2008 bei der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung hielt, sagte Ramsauer: «Wir Konservativen müssen die feste Wurzel sein, die CSU und CDU in den Stürmen des Zeitgeists Halt gibt.» Der «Zusammenhalt in der eigenen Nation» sei trotz EU-Integration «nicht überholt». Kernig fuhr er fort: «Patrioten wollen, dass unsere Kinder und Enkel sich in Deutschland eine sichere Zukunft schaffen können – und stellen heute die Weichen dafür. Die Identifikation mit dem eigenen Land stärkt Mut und Zuversicht.» Den von den Grünen forcierten Streit um Diesel-Fahrzeuge bezeichnete der Ökonom und Alte Herr der Münchner Burschenschaft Franco-Bavaria im August 2017 als «Generalangriff gegen die deutsche Autoindustrie». Die «von deutschen Ingenieuren gebauten Verbrennungsmotoren» dürfe man nicht verteufeln, denn sie seien «die besten der Welt».

Krachlederne zu Reggae-Rhythmen? Passt nicht!

Frank Schäffler

Neben Klaus-Peter Willsch zählt der FDP-Politiker aus Westfalen zu den bekanntesten Euro-Rebellen. In seiner Bundestagsrede vom 29. Juni 2012 argumentierte der 48-jährige Diplom-Betriebswirt souveränistisch: Der Euro-Rettungsschirm ESM bedeute eine «Aushebelung der Hoheit über den Haushalt» als Königsrecht des Parlaments, das damit zu einer «leeren Hülle» verkomme. Die Verlagerung «dieses Stücks Souveränität» sei eine «Verletzung des Demokratieprinzips». Ein von ihm initiierter FDP-Mitgliederentscheid gegen den ESM scheiterte Ende 2011, da das notwendige Quorum nicht erreicht wurde. Auch sonst weicht der libertäre Querdenker vom Mainstream ab. Der Blog *Goldreporter* zitiert ihn mit den Worten: «Das Geldsystem ist kaputt, weil die Notenbanken es unendlich manipulieren und damit das Preissystem verzerren und damit auch die Marktwirtschaft zerstören. Wir leben weltweit in einer Art Geldsozialismus». Teil der Strategie sei, das Bargeld zurückzudrängen, um über Negativzinsen Sparvermögen zu enteignen.

Zu viel Freiheit für Jamaika!

Canan Bayram

Die türkischstämmige Linksauslegerin der Grünen hat die Nachfolge von Alt-Star Hans-Christian Ströbele als Abgeordnete für den alternativen Berliner Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg angetreten. Für Realos wie Cem Özdemir und Katrin Göring-Eckardt ist die 51-jährige Rechtsanwältin ein rotes Tuch. Den grünen Oberbürgermeister von Tübingen, Boris Palmer, schnauzte sie wegen seines differenzierten Blicks auf die Flüchtlingsfrage an, er solle «einfach mal die Fresse halten». Die Linksgrüne kündigte bereits vor der Wahl an, dass sie einer Jamaika-Koalition nicht zustimmen werde. «Ich kann nicht sehen, welche Parallelen wir mit der CSU oder der FDP haben», so Bayram nach einem Bericht des *Tagesspiegels*. Bei Themen wie Umwelt, Flüchtlinge oder Bürgerrechte könne man keinen gemeinsamen Nenner finden, ohne das eigene Programm aufzugeben. «Wenn etwas nicht passt, muss man den Wählern gegenüber ehrlich sein, dass etwas nicht geht.» Mit ihren Bedenken steht die Berlinerin bei den Grünen nicht alleine da.

Kein Ticket nach Jamaika. Gras gibt's auch in Kreuzberg!

Fotos: Bellmann: DBT/ von Saldern, Berlin und Köhler, Photothek Berlin; Vaatz: CDU; Friedrich: Henning Schacht; Ramsauer: ww.berg12.de; Schäffler: Dilek Paul, Herford; Bayram: Anna Fiolka, CC BY-SA 4.0, Wikimedia Commons

Mogelpackung Obergrenze

_von Martin Müller-Mertens

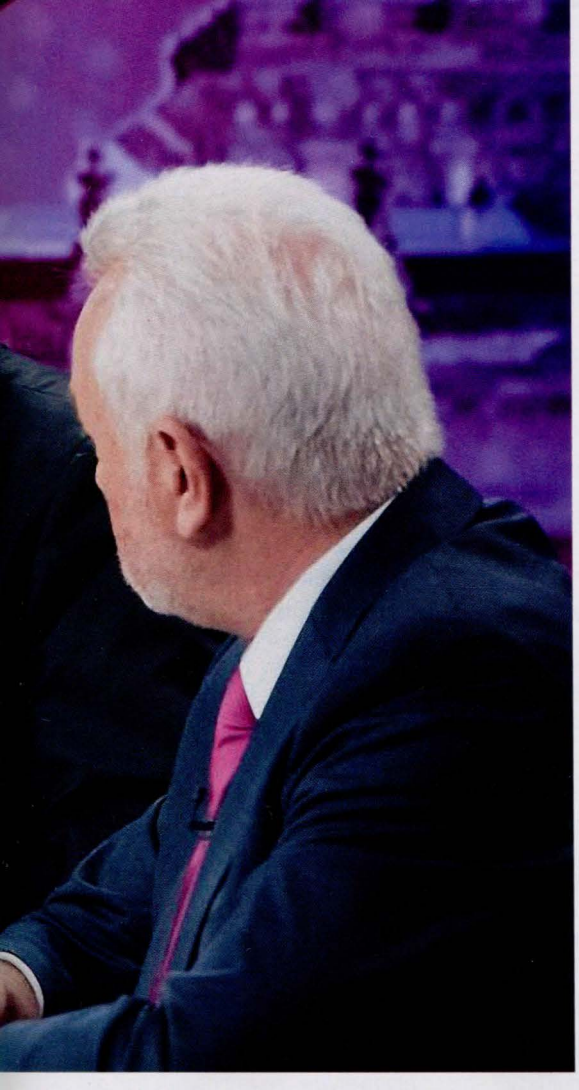
Dieses Mal betritt Merkel wirklich Neuland: Erstmals seit 60 Jahren könnte die Bundesregierung aus vier Parteien bestehen. Vor allem zwischen CSU einerseits sowie FDP und Grünen andererseits dürfte es jedoch vorher noch knallen – aber die Fleischtöpfe von Jamaika sind verlockend.

Gut zwei Wochen hatte sich Angela Merkel Zeit gelassen. Erst am 9. Oktober sprach die Kanzlerin aus, was in ihrem Duktus bereits zuvor praktisch alternativlos war: CDU und CSU würden FDP und Grüne zu Sondierungsgesprächen bitten. Am Ende könnte das erste schwarz-gelb-grüne Regierungsbündnis auf Bundesebene stehen. Wie lange das Quartett dafür benötigen wird, ist unklar. Bereits 2013 vergingen 86 Tage zwischen dem Urnengang und der Vereidigung des Kabinetts. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Alexander Krauß rechnet sogar erst für das Frühjahr 2018 mit einer Regierungsbildung (siehe Interview Seite 47).

Gewollt hatte die Politehe keiner der Beteiligten. «Für ein Jamaika-Bündnis fehlt mir inzwischen die Fantasie», verkündete FDP-Chef Christian Lindner vor der Wahl. Zwischen den Wahlprogrammen von CSU und Grünen gebe es «nur eine begrenzte Schnittmenge», grantelte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann sogar noch Anfang Oktober. Die Grünen hatten mit Katrin Göring-Eckardt und Cem Özdemir zwar zwei ausgewiesene Realos als Spitzenduo in den Wahlkampf geschickt. Doch die Partei liebäugelte lange eher mit einer Neuauflage des sogenannten rot-grünen Projektes, lediglich ergänzt durch die Linke. Doch dann ging alles ganz schnell. «Die Wählerinnen und Wähler haben einen Auftrag gegeben, und dem müssen wir auch entsprechen», schmiegte sich Göring-Eckardt bereits am Tag nach der Wahl im ZDF ihrer vielleicht künftig besten Freundin im Kanzleramt an.

> «Hat Merkel in ihrem Starrsinn die Signale nicht gehört?»
>
> Daniel Artmann

Dass Merkel für die neue Legislaturperiode substantielle Änderungen ihrer Politik plant, ist kaum zu erwarten. «Ich sehe nicht, was wir anders machen sollten», dozierte die Rautenfrau am Tag der Wahl der versammelten Hauptstadtpresse. Eine durchaus selbstbewusste Analyse angesichts eines Stimmenverlustes von 7,4 Prozent und dem mit 26,8 Prozent – ohne die CSU – schlechtesten Ergebnis seit 1949. Dennoch hat die Pfarrerstochter aus den eigenen Reihen kaum mit Gegenwind zu rechnen, innerparteiliche Rivalen sind nicht erkennbar. Die ewige Kanzlerin muss den Koalitionspartnern jedoch



Außenminister Özdemir, Innenminister Herrmann, Finanzminister Kubicki? Dieses Trio könnte schon bald Teil des neuen Kabinetts sein. Foto: dpa

zumindest in einigen Punkten etwas nachgeben, damit diese ihre Parteigremien von Jamaika überzeugen können – selbstverständlich ohne dabei die eigene führende Rolle zu verspielen. Vor allem die Frage der Flüchtlingspolitik dürfte sich dabei als die Quadratur des Kreises erweisen.

CSU: Nicht ohne Obergrenze

Für die Christsozialen sind die Koalitionsgespräche schon Teil ihres nächsten Wahlkampfes: Im Herbst kommenden Jahres bestimmen die Bayern nämlich einen neuen Landtag. Verliert die CSU – wie schon 2008 – ihre absolute Mehrheit, würde dies nicht nur zum Aus für Ministerpräsident Horst Seehofer führen. Der Alleinvertretungsanspruch der CSU für Bayern stünde auf dem Spiel – und nicht zuletzt gut dotierte Mandate im Münchner Maximilianeum. Seit dem Desaster bei der Bundestagswahl – 38,8 Prozent markieren das schlechteste Abschneiden seit 1953 – schwelt es an der Basis.

«Merkel sagt jetzt, sie habe keine Fehler im Wahlkampf gemacht. Hat sie in ihrem Starrsinn die Signale nicht gehört?», fragte etwa der Chef der Jungen Union Oberbayern, Daniel Artmann, gegenüber *Rosenheim24*. In diesem Regierungsbezirk war die Partei um zwölf Prozent nach unten gerutscht. Besonders in Franken – der Heimat des innerparteilichen Seehofer-Konkurrenten und Finanzministers Markus Söder – mehrten sich nach dem Debakel Rücktrittsforderungen gegen den für inhaltliche Pirouetten bekannten Landesvater. «Horst Seehofer hat als Parteivorsitzender das historisch katastrophale Abschneiden der CSU bei der Bundestagswahl persönlich zu verantworten», hieß es etwa Ende September vom mittelfränkischen Ortsverband Großhabersdorf. Ähnlich tönt es aus dem Bezirksverband Oberpfalz. »Wir brauchen einen anderen Spitzenkandidaten für die Landtagswahl», so der Abgeordnete Alexander König. Söder sei der «geeignete Kandidat».

> «Für ein Jamaika-Bündnis fehlt mir inzwischen die Fantasie.»
> Christian Lindner vor der Wahl

Entscheidend für die CSU ist die wenigstens formale Festlegung einer Flüchtlings-Obergrenze von 200.000, die sie in dem als «Bayernplan» bezeichneten Wahlprogramm zur zentralen Forderung erhoben hatte. Merkel mochte diese Zahl Anfang Oktober zwar widerwillig zugestehen, jedoch bietet das gemeinsame Papier der Schwesterparteien zahlreiche Schlupflöcher (siehe Dokument Seite 23). Immerhin heißt es in der Einigung in Bezug auf die meisten Syrer und Iraker: «Der Familiennachzug zu subsidiär Geschützten bleibt ausgesetzt.» Bislang soll er ab März 2018 ungebremst beginnen. Doch die CSU bleibt skeptisch. Diese Einigung müsse sich «auch in einem Koalitionsvertrag wiederfinden», mahnte umgehend Landesgruppenchef Alexander Dobrindt. Das aber sehen die anderen prospektiven Koalitionspartner überhaupt nicht so.

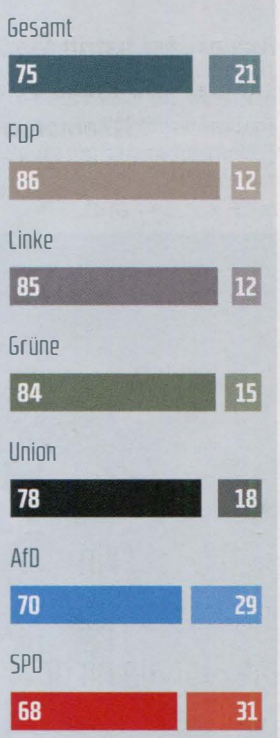
Die Grünen: Nur ohne Obergrenze

Egal, ob 200.000 oder eine andere Zahl – allein die Tatsache einer Obergrenze ist für die Grünen eine rote Linie. Der frühere Bundesumweltminister Jürgen Trittin – der als Zampano für die Zustimmung des linken Parteiflügels gilt – sprach von einer «absoluten Schlüsselfrage». So sieht es auch Göring-Eckardt. «Abstriche beim Familiennachzug sind Abstriche bei der Integration», sagte sie der *Welt*. Politische Ausweichfelder haben die Grünen praktisch nicht. Atomausstieg und Energiewende sind bereits beschlossen. Die Schwulenehe gestand Merkel in Erwartung einer neuen Großen Koalition schon vor der Bundestagswahl zu und verspielte sie damit als Verhandlungsmasse.

Alles zum finsteren Spiel der Altparteien finden Sie in COMPACT Spezial Nr. 14, erhältlich unter compact-shop.de. Foto: COMPACT

Jamaikaner

Die meisten Deutschen glauben an ein Zustandekommen der schwarzen Ampel.
Stand: 12.10.2017, in Prozent



Quelle: Infratest dimap
Grafik: COMPACT

Jamaika im Norden

Seit Juni 2017 regieren CDU, Grüne und FDP in Schleswig-Holstein in der gegenwärtig einzigen Jamaika-Koalition auf Landesebene, nachdem ein solches Bündnis 2012 im Saarland zerbrochen war. Dabei wäre die Neuauflage im nördlichsten Bundesland um ein Haar gar nicht zustande gekommen. Am letzten Tag der Verhandlungen zauberten die Grünen ein Wirtschaftspapier aus der Tasche, über das sich die drei Parteien fast zerstritten hätten. Doch inzwischen regiert Jamaika in Kiel praktisch geräuschlos. «Wir haben darauf geachtet, dass jede Partei sich in bestimmten Themenbereichen richtig durchsetzen konnte. Um bei den Themen, für die sie gewählt worden sind, sagen zu können: Wir haben das eingebracht. Das hat sehr geholfen», meinte Ministerpräsident Daniel Günther (CDU). Die großen Streitfragen mit bundespolitischer Relevanz wie etwa die Asylpolitik wurden elegant umschifft: Man vereinbarte, dass die Landesregierung sich im Bundesrat der Stimme enthält.

Die Härte der Grünen in der Umvolkungsfrage ist auch, aber nicht ausschließlich, ideologisch begründet. Wie keine andere politische Formation in Deutschland sind sie der Prototyp einer Milieupartei mit extrem homogenem Anhang. Den Kern bilden Teile der Exekutive, vor allem Lehrer, der kosmopolitische akademische Nachwuchs sowie die Sozial- und Asylindustrie. Die Partei hat den mit Abstand höchsten Anteil von Mitgliedern mit Hochschulabschluss (68 Prozent) und Angehörigen des Öffentlichen Dienstes (45 Prozent) sowie den geringsten Anteil von Arbeitern (vier Prozent). Dies erfordert von den Grünen eine viel rabiatere und ungeschminktere Klientelpolitik als von ihren Konkurrenten – Kompromisse in einer Kernfrage wie der Flüchtlingspolitik würden innerparteilich und an den Wahlurnen härter abgestraft. Um sich nicht die Finger beim Asyl schmutzig zu machen, soll sich die Partei in Geheimgesprächen mit der FDP die eigentlich unbedeutenden Gutmenschen-Ressorts Entwicklung und Umwelt ausgebeten haben – was beide Parteien jedoch dementieren.

> «Der Wähler hat uns diesen Auftrag gegeben.» Anton Hofreiter

Kulturelle Berührungsängste mit den Schwarzen hat zumindest das grüne Führungspersonal kaum. «Als ich 1984 das erste Mal zu den Grünen gegangen bin, hätte ich mir nicht vorstellen können, dass ich irgendwann mal für diese Grünen mit dieser CSU Sondierungsgespräche führen muss. Aber der Wähler hat uns diesen Auftrag gegeben», fabulierte der geschäftsführende Fraktionsvorsitzende Anton Hofreiter auf dem Kleinen Parteitag am 30. September. Auch Trittin wollte am 7. Oktober in der *Berliner Morgenpost* von Neuwahlen – und damit einem Scheitern der Verhandlungen – nichts wissen: «In den seltensten Fällen knallt es wirklich.»

FDP: Mit den Grünen gegen Mutti

Als Herausforderung für Merkel dürfte sich die neu auferstandene FDP erweisen – auch, weil die Partei zwar ein Potpourri aus Wünschen, jedoch keine wirkliche Hauptforderung hat. Die Partei um den Shootingstar Christian Lindner weiß zudem genau, wie man sich in einer Koalition mit Merkel selbst pulverisieren kann: 2013 flog die FDP nach vier Jahren Schwarz-Gelb mit 4,8 Prozent aus dem Bundestag.

In der Flüchtlingsfrage werden die Liberalen die Grünen unterstützen. «Die Union sollte aufhören, am Völkerrecht, unseren humanitären und rechtlichen Verpflichtungen aus unserer Verfassung und der Garantie der Menschenrechte herumzufummeln», kanzelte selbst der als konservativ gehandelte FDP-Vize Wolfgang Kubicki die Einigung von CDU und CSU ab. Im Wahlkampf hatte das noch ganz anders geklungen: «Aus dem Flüchtlingsstatus kann nicht automatisch ein dauerhafter Aufenthaltsstatus werden. Die Menschen müssen in die alte Heimat zurückkehren, sobald die Lage es dort zulässt», hatte Lindner nach AfD-Art noch am 6. September in der *Bild*-Zeitung getönt. Ein anderes Mal stellte er das 1999 von der damaligen rot-grünen Bundesregierung eingeführte Geburtsortsprinzip bei der Staatsbürgerschaft in Frage. Welche Gegenleistung Lindner für seinen Refugees-welcome-Kurswechsel von Cem Özdemir und Co. erwartet, ist bislang unklar – denkbar wäre die Abschaffung des Solidaritätszuschlages.

Jedenfalls ist die Union bereits in Vorleistung gegangen und hat Wolfgang Schäuble auf den Posten des Bundestagspräsidenten abgeschoben, ein allerdings gut gepolstertes Altenteil. Die Personalie war ein Wink mit dem Zaunpfahl, der FDP den Posten des Finanzministers abzutreten, was Kubicki im August indirekt gefordert hatte. Das Ressort hatten die Liberalen zuletzt von 1962 bis 1966 mit Rolf Dahlgrün besetzt. Ein möglicher Hintergedanke der Rautenfrau: Als Finanzminister könnte sich der rhetorisch begabte Lindner weit weniger profilieren denn als Fraktionsvorsitzender. Doch Lindner weiß auch um die Gefahren des Amtes: unbedingte Kabinettsdisziplin und praktisch keine Entscheidungsbefugnis in Fragen von Steuersenkungen. Lindners flapsige Antwort auf die Offerte: «Es wäre in Ordnung, wenn ein grüner Finanzminister die Mittelschicht entlastet und den Soli abschafft, während ein liberaler Umweltminister eine vernünftige Energiepolitik ohne die ökologisch unwirksamen und unsozialen Subventionen macht.» ■

Auch unter Jamaika bekommt Deutschland «Menschen geschenkt», wie es die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt einst ausdrückte. Foto: picture alliance / Pacific Press

Seehofers Verrat: Wir dokumentieren die Einigung von CDU und CSU vom 8. Oktober («Regelwerk zur Migration»), mit dem die Schwesterparteien in die Jamaika-Verhandlungen gehen, in vollständigem Wortlaut.

Dokument

Unsere Position ergibt sich aus dem Regierungsprogramm sowie aus den gemeinsamen Beschlüssen von CDU und CSU. Wir bekennen uns zum Recht auf Asyl im Grundgesetz sowie zur Genfer Flüchtlingskonvention und zu unseren aus dem Recht der EU resultierenden Verpflichtungen zur Bearbeitung jedes Asylantrags.

Wir setzen unsere Anstrengungen fort, die Zahl der nach Deutschland und Europa flüchtenden Menschen nachhaltig und auf Dauer zu reduzieren, damit sich eine Situation wie die des Jahres 2015 nicht wiederholen wird und kann: Durch Bekämpfung von Fluchtursachen, durch entschlossenes Vorgehen gegen Schlepper und Schleuser und durch Zusammenarbeit mit UNHCR, IOM und Herkunfts- und Transitstaaten sowie durch legale Aufnahmeinstrumente. Das garantieren wir.

Kalter Kaffee! Schon 100x versprochen.

«Garantiert» werden nur «unsere Anstrengungen».

Wir wollen erreichen, dass die Gesamtzahl der Aufnahmen aus humanitären Gründen (Flüchtlinge und Asylbewerber, subsidiär Geschützte, Familiennachzug, Relocation und Resettlement, abzüglich Rückführungen ?? und freiwillige Ausreisen künftiger Flüchtlinge) die Zahl von 200 000 Menschen im Jahr nicht übersteigt.

Klingt nach Obergrenze, kann aber durch diesen Absatz jederzeit ausgehebelt werden.

Dazu legen wir konkrete Maßnahmen fest, die die Einhaltung dieses Rahmens sichern:

Fluchtursachenbekämpfung, Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens ??, Schutz der EU-Außengrenzen, EU-weite gemeinsame Durchführung von Asylverfahren an den Außengrenzen sowie gemeinsame Rückführungen von dort, Reform des GEAS (Gemeinsamen Europäischen Asylsystems) und des Dublin-Systems.

Erdogan-Deal als Vorbild?

In Deutschland werden Asylverfahren für alle neu Ankommenden in Entscheidungs- und Rückführungszentren nach dem Vorbild von Manching, Bamberg und Heidelberg gebündelt. Die Asylbewerber verbleiben dort bis zur schnellstmöglichen Entscheidung ihres Antrages. Die erforderlichen ausländerrechtlichen Entscheidungen werden dort getroffen. Im Falle der Ablehnung ihres Antrages werden sie aus diesen Einrichtungen zurückgeführt.

Das wäre tatsächlich etwas Neues!

Die Liste der sicheren Herkunftsländer muss erweitert werden. Dies gilt jedenfalls für Marokko, Algerien und Tunesien.

Löchrig wie ein Schweizer Käse

Die Grenzkontrollen werden aufrechterhalten, bis der EU-Außengrenzschutz gewährleistet ist.

Der Familiennachzug zu subsidiär Geschützten bleibt ausgesetzt.

Aber Asylanten dürfen nachholen!

Sollte das oben genannte Ziel wider Erwarten durch internationale oder nationale Entwicklungen nicht eingehalten werden können, werden die Bundesregierung und der Bundestag geeignete Anpassungen des Ziels nach unten oder oben beschließen.

Das entscheidende Schlupfloch!

Im Übrigen werden wir unsere Anstrengungen verstärken, vollziehbar Ausreisepflichtige schnellstmöglich zurückzuführen.

2017 gab es weniger Abschiebungen als 2016...

Migration in den Arbeitsmarkt:

Wir haben eine klare gemeinsame Position zur Steuerung von Einwanderung in den Arbeitsmarkt, die sich am Bedarf unserer Volkswirtschaft orientieren muss: Kein Arbeitsplatz soll unbesetzt bleiben, weil es an Fachkräften fehlt. Deshalb sind wir zur Erarbeitung eines Fachkräfte-Zuwanderungsgesetzes bereit.

Hilfe, die Fachkräfte kommen!

Quelle: cdu.de

Das Ende des Schau-Prozesses

Die Fakten zum Skandal. Jetzt lesen!

Bestellung unter shop@compact-mail.de oder 03327-5698611, per FAX 03327-5698617

Im Webshop: compact-shop.de

Zwei Männer und ein Rohr

_ von Sven Reuth

Altkanzler Gerhard Schröder wird an den Pranger gestellt, weil er mit dem Segen Wladimir Putins den Aufsichtsratsvorsitz des Ölriesen Rosneft übernommen hat. Zugleich torpediert eine transatlantische Allianz das wichtigste deutsch-russische Gasprojekt der letzten Jahrzehnte.

Schröder war gut drauf an jenem 8. September 2005, obwohl die Umfragen für die zehn Tage später stattfindende Bundestagswahl eher mau waren. «Hier sitzt ja meine Wählerinitiative», feixte er beim Mittagessen mit den Chefs des russischen Megakonzerns Gazprom sowie der deutschen Unternehmen Eon und BASF im Berliner Interconti-Hotel. Dann wurde es feierlich. Im Beisein des russischen Präsidenten Wladimir Putin unterzeichneten die Firmenvertreter die Vereinbarung zum Bau der Erdgas-Pipeline Nord Stream. Der Kanzler sprach von einer «wahrhaft historischen Qualität», denn die Leitung sichere Deutschland «in direkter Partnerschaft mit Russland große Teile seiner Energieversorgung auf Jahrzehnte».

Nord Stream war ein Meilenstein: Die 1.224 Kilometer lange Pipeline transportiert seit 2011 pro Jahr 55 Milliarden Kubikmeter Gas von Wyborg in Karelien durch die Ostsee bis nach Lubmin bei Greifswald – und umgeht damit Transitländer wie Polen und die Ukraine. Eigentümer der Leitung ist die Nord Stream AG, an der Gazprom mit 51 Prozent, die BASF-Tochter Wintershall und Eon-Ruhrgas mit jeweils 15,5 Prozent sowie die niederländische Gasunie und die französische GDF Suez mit jeweils neun Prozent beteiligt sind.

Um noch mehr Erdgas aus Russland nach Deutschland pumpen zu können, wurde 2015 mit der New European Pipeline AG eine weitere Projektgesellschaft gegründet, die Nord Stream 2 realisieren soll. An dem Joint Venture waren neben Gazprom mit 50 Prozent ursprünglich auch die westeuropäischen Energieunternehmen Eon, BASF/Wintershall, Royal Dutch Shell, OMV und Engie mit jeweils zehn Prozent beteiligt. Doch nachdem die polnische Wettbewerbsbehörde in einem Kartellverfahren Einspruch gegen diesen Zusammenschluss erhoben hatte, zogen sich die fünf westlichen Partner zurück, so dass Gazprom inzwischen alleiniger Gesellschafter ist. Nord Stream 2 soll mit zwei wei-

Schon in den 1950er Jahren hatte Krupp-Manager Beitz Fühler nach Moskau ausgestreckt.

Bier kommt zwar nicht durch die Pipeline. Doch Alt-Kanzler Gerhard Schröder und Russlands Präsident Wladimir Putin stießen 2009 in Wyborg auf die Gastrasse an. Foto: picture alliance / TASS

Bild
FRANKFURT
Altkanzler kassiert jetzt Putins blutiges Geld
Schämen Sie sich, Herr Schröder!
Tuchel schon in München
Zum Abschluss 800 000 Euro
Alles so geh hier

So titelte Bild am 29. September 2017. Foto: Bild

«Wir mögen Nord Stream 2 politisch nicht.»
EU-Energiesprecherin

ROSNEFT

Rosneft fördert pro Tag etwa 3,7 Millionen Barrel Rohöl. Foto: rosneft.com

Bild unten rechts: Willy Brandt und Leonid Breschnew 1971 während einer Bootsfahrt entlang der Krimküste. Der KPdSU-Chef empfing Gäste gerne in seinem Feriendomizil in Oreanda bei Jalta. Foto: picture alliance / Alfred Hennig

teren Röhren parallel zu der bestehenden Ostsee-Pipeline verlaufen. Aufsichtsratsvorsitzender der New European Pipeline AG ist Altkanzler Schröder, der auch als Vorsitzender des Aktionärsausschusses der Nord Stream AG amtiert.

Erdgas für den Klassenfeind

Auch wenn ihn sein Vorvorgänger Helmut Schmidt für den Erdgas-Deal 2005 kritisierte – Schröder hatte genau den richtigen Riecher. Unter der Ägide Putins wurde Russland zu einem Tiger, der bis zum Ausbruch der Finanzkrise 2009 jedes Jahr um mehr als sieben Prozent wuchs und in den Kreis der großen Weltwirtschaftsmächte zurückfand. Das Potenzial hätte eigentlich auch Schmidt richtig einschätzen müssen, denn schon zu den Zeiten seiner Kanzlerschaft war die alte Bundesrepublik energiepolitisch aufs Engste mit der Sowjetunion verbunden. Noch in den 1950er Jahren hatte der legendäre Krupp-Manager Berthold Beitz erste Fühler nach Moskau ausgestreckt und ein Tauschgeschäft «Rohre gegen Erdgas» angebahnt. Der geplante Osthandel konnte nur mit Mühe von den USA ausgebremst werden, die im Jahr 1963 über den NATO-Rat ein gegen die Sowjets gerichtetes Embargo für Großröhren initiierten. Am Ende baute der Ostblock mit Unterstützung der DDR die Pipeline Druschba (Freundschaft) – und noch heute transportiert diese Öl bis nach Schwedt an der Oder.

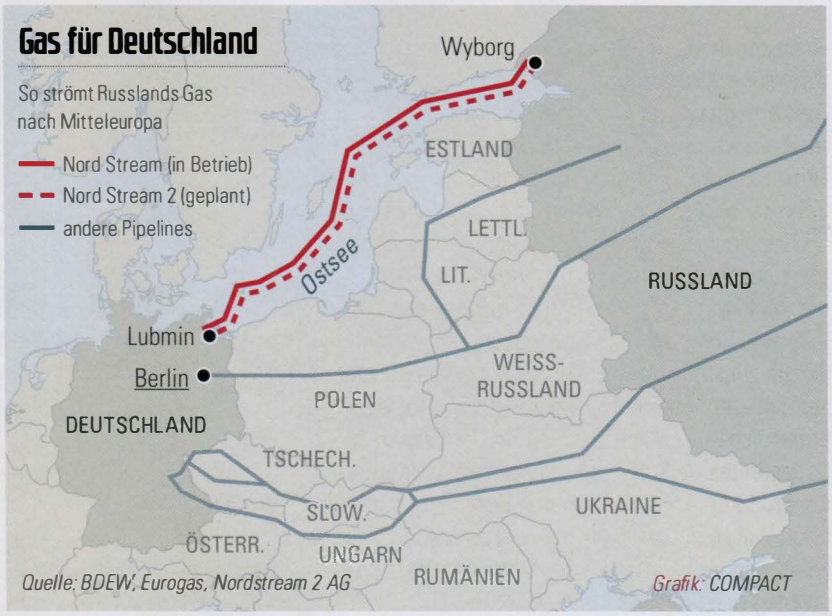
In Zeiten der Entspannungspolitik waren wieder Kooperationen Moskaus mit Westdeutschland möglich. Auf der Hannover-Messe im Mai 1969 plauderten SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller und der sowjetische Außenhandelsminister Nikolai Patolitschew über gigantische Gasfunde in Westsibirien und dachten nochmal über die sechs Jahre zuvor auf Eis gelegten Tauschgeschäfte nach. Schon neun Monate später übernahm ein deutsches Bankenkonsortium die Vorfinanzierung von 1,2 Millionen Tonnen Großröhren, die der Mannesmann-Konzern in die Sowjetunion liefern sollte. Im Oktober 1973 wurde dann das erste Gas geliefert. Die Russen erfüllten ihre Verpflichtungen gegenüber der Bundesrepublik eisern – wenn es Engpässe gab, hatten zuerst die sozialistischen Bruderländer das Nachsehen: Während der Ölkrise 1979 ließ ein erboster Erich Honecker dem sowjetischen Machthaber Leonid Breschnew angeblich die Frage übermitteln, warum er «wegen zwei Millionen Tonnen Erdöl die Existenz der DDR aufs Spiel setzen» wolle.

Westdeutschland war hingegen in den 1970er Jahren bestrebt, das Geschäft mit den sowjetischen Partnern auszubauen, und verhandelte schon über den Bau einer weiteren Pipeline, die Gas von der arktischen Halbinsel Jamal ins bayerische Waidhaus an der Grenze zur damaligen Tschechoslowakei transportieren sollte. US-Präsident Ronald Reagan versuchte, das Projekt über ein neues Embargo zu verhindern – doch dann brach der Ostblock zusammen und die Knöpfe wurden auf Reset gestellt.

Störfeuer aus Washington

Die deutsch-russischen Erdgas-Pipelines sollten stets, auch im Dienste der Friedenspolitik, das europäische Haus gen Osten erweitern – und werden deshalb von Transatlantikern jedweder Couleur nach wie vor erbittert bekämpft. Auch Nord Stream 2 soll Teil eines zukunftsorientierten eurasischen Energienetzes werden. Und einmal mehr funken Moskaus Rivalen dazwischen.

Vor allem auf Druck Polens und der baltischen Länder versuchte die EU lange Zeit, die Erweiterung der Energietrasse durch die Ostsee zu verhindern. Angeblich sei Nord Stream 2 nicht mit den



Zielen der Energieunion vereinbar. Nachdem die rechtlichen Bedenken beiseitegeschoben werden konnten und dann doch grünes Licht aus Brüssel kam, versuchen nun Schweden und Dänemark im Alleingang, das Projekt zu torpedieren. Unterstützung für die skandinavischen Quertreiber kommt aus Washington, wo man gerade erst gegen den erklärten Willen von Präsident Donald Trump die Sanktionen gegen Moskau verschärft hat.

Das betrifft auch die Erweiterung der Ostsee-Pipeline. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vermeldete dazu: «Die amerikanische Außenpolitik hat schon lange schwere Bedenken gegen die Pipeline und warb bereits unter Präsident Barack Obama dafür, sie nicht zu genehmigen. Aus amerikanischer Sicht verstärkt sie die Abhängigkeit der EU von Russland und schwächt ihre wichtigen Partner Polen und Ukraine, die in Washington eine starke Lobby haben.» Hinzu komme «das wirtschaftliche Bestreben der Vereinigten Staaten, Exporteur von Energierohstoffen einschließlich Flüssiggas zu werden». Selten hätten «amerikanische Gesetzgeber so deutlich formuliert, dass ihnen nationale kommerzielle Interessen wichtiger sind als eine fruchtbare Zusammenarbeit mit der Europäischen Union», so die FAZ.

Grünes Großmaul

Da dürfen natürlich die notorischen Russlandfeinde aus der Bunten Republik nicht fehlen. So erklärte der grüne EU-Parlamentarier Reinhard Bütikofer, Kuratoriumsmitglied beim Berliner Ableger der US-Denkfabrik Aspen Institute, kürzlich bei einem Landesparteitag in Greifswald, dass es auf europäischer Ebene angeblich keine Mehrheit für Nord Stream 2 gebe. Um das Energieprojekt zu verhindern, arbeite man schon daran, Deutschland das Verhandlungsmandat zu entziehen und stattdessen Brüssel alle Vollmachten zu erteilen. Im völligen Gegensatz zu dieser mit großmäuliger Verve vorgetragenen Behauptung steht allerdings ein Gutachten des juristischen Dienstes des Europäischen Rates, in dem festgestellt wird, dass die Union keine Kompetenz hat, anstelle ihrer Mitgliedstaaten über das Projekt mit Moskau zu konferieren. Schon die energiepolitische Sprecherin der EU-Kommission, Anna-Kaisa Itkonen, hatte der dänischen Tageszeitung *Politiken* unumwunden gesagt: «Wir mögen Nord Stream 2 politisch nicht.» Es gebe nur keine rechtliche Handhabe dagegen.

Die USA würden lieber eigenes Flüssiggas in die EU exportieren.

In der momentan aufgeheizten antirussischen Stimmung wirkte die Wahl Schröders zum neuen Aufsichtsratsvorsitzenden von Rosneft Ende September wie ein Stich ins Wespennest. Die *Bild*-Zeitung titelte reißerisch: «Schämen Sie sich, Herr Schröder!» – und beschuldigte den Altkanzler «Putins blutiges Geld» zu kassieren. Spätestens hier dürfte jedem kritischen Leser auffallen, wie verdreht die Maßstäbe in Deutschland mittlerweile sind. Während Schröder die Partnerschaft mit Russland ein Herzensanliegen ist, das er schon als Kanzler verfolgte, erwägt die Front der Putin-Hasser jeden erdenklichen Rechtsbruch, um ein fast schon fertiggestelltes und mit Milliardensummen finanziertes Großprojekt der eurasischen Energie-Infrastruktur zu Fall zu bringen. Der Sozi wird ein dickes Fell benötigen, um in diesem erbittert geführten Energiekrieg zu bestehen. ■

Gashunger

Wie wichtig die Erweiterung der Ostsee-Pipeline für Deutschland und Europa ist, verdeutlicht ein Gutachten des Wirtschaftsberatungsunternehmens Prognos, das die Energiebilanz der 28 EU-Staaten und der Schweiz untersucht hat. Demnach wird der Erdgas-Importbedarf dieser Länder von 349 Milliarden Kubikmeter im Jahr 2015 bis auf 427 Milliarden Kubikmeter im Jahr 2040 steigen, während sich die Gasproduktion in der EU im gleichen Zeitraum mehr als halbieren wird. In Dänemark, Deutschland und Großbritannien wird sie fast vollständig zum Erliegen kommen, in den Niederlanden drastisch sinken. Prognos erwartet zudem deutlich sinkende Importe aus Nordafrika sowie einen leichten Rückgang der Importe aus Norwegen. Der Gashunger Europas könne, so die Studie, entweder durch zusätzliche Importe an Flüssiggas, etwa aus den USA, gedeckt werden, wofür eine teure Infrastruktur errichtet werden müsste, oder eben durch zusätzliche Mengen russischen Erdgases über Pipelines. Zwar sprechen sich die Berater in ihrem Gutachten nicht für bestimmte Transportwege aus, weisen jedoch auf mittlere bis hohe Risiken für den Transit durch die Ukraine hin.

Gas-und-Dampfkraftwerk im nordrhein-westfälischen Hamm-Uentrop. Foto: Dirk Vorderstraße, CC BY 2.0, Wikimedia Commons

Bild oben links: Die Rohre der Ostseepipeline haben einen Durchmesser von 1,15 Metern. Foto: Nord Stream 2

_ Sven Reuth ist Diplom-Ökonom. In COMPACT 10/2017 schrieb er über den libyschen General Chalifa Haftar.

Kapitalisten gegen Konservative

_ von Alexander Gauland

Der Zusammenbruch des Sozialismus hat zu einem Seitenwechsel der Wirtschaftseliten geführt: Gegen die Kommunisten suchten sie Rückendeckung durch die historischen Mächte Glaube, Nation und Sprache – jetzt treiben sie mit der neuen Linken Globalisierung und Multikulti voran.

Die Wirtschaft ist seit der Wende von 1989 keine konservative Macht mehr.

Schulterklopfen klappt schon ganz gut: Daimler-Chef Dieter Zetsche und Cem Özdemir im November 2016 auf dem Grünen-Parteitag in Münster. Foto: picture alliance / dpa

An die Stelle der das gesellschaftliche Leben dominierenden Staatlichkeit sind die Marketingstrategien internationaler Konzerne getreten, die die Bewusstseinsindustrie beherrschen und das Lebensgefühl der nachwachsenden Generation auf den ungehinderten Konsum ausrichten. An die Stelle einer Gesellschaft der Lebenden, der Toten und der noch nicht Geborenen, also des Staatsvolks, ist die Gemeinschaft der glücklichen Verbraucher getreten, für die moralische Hemmnisse, kulturelles Herkommen und nationale Traditionen unökonomische Belastungen darstellen, die im Interesse wirtschaftlicher Performance ausgeschaltet, zumindest aber minimiert werden müssen.

Der Triumph des Konsumismus

Die traditionelle Staatenkonkurrenz seit dem Ausgang des Dreißigjährigen Krieges wurde in gleicher Weise von materiellen wie ideellen Faktoren bestimmt. Die Kräfte der Wirtschaft waren eingehegt von den traditionellen historischen Mächten des Glaubens, der Sprache und des nationalen Stolzes, und die Wirtschaft benötigte diese Verbündeten zur Durchsetzung ihrer Ansprüche im Rahmen des Staatsverbandes. Für englisches und französisches Kapital hätte niemand gekämpft, für die eigene Sprache, Kultur und Religion starben viele. Die Wirtschaft brauchte den Schutz des Staates und der Staat die Rückbindung an die historischen Mächte: Glauben, Nation und Sprache.

Es waren diese «Zwischengewalten», die die ökonomische Rationalität einschränkten und zugleich die Emanzipation des Einzelnen im Interesse des Staates und der ihn tragenden Gesellschaft begrenzten. So war die Politik des 19. Jahrhunderts von einem permanenten Kompromiss zwischen zwei Welten geprägt, der jene Erschütterung vermeiden sollte, die dem Zusammenbruch des Ancien Régime in der Französischen Revolution vorausgegangen war. Kommunismus und westliche Wertegemeinschaft waren ein letzter Triumph dieses Prinzips. Denn die kommunistische Idee von der Herrschaft der Arbeiterklasse war das Gegenteil von ökonomischer Rationalität und die westliche Wertegemeinschaft der Rückgriff auf das christlich-antike Erbe zum Schutz einer liberalen Ordnung, die wirtschaftlich Besseres leistete als das sozialistische Planungssystem. Zur Abwehr einer revolutionären Kopfgeburt brauchte die Wirtschaft des Westens noch einmal ihre traditionellen Verbündeten.

Mit dem Sieg des Kapitalismus ist dieses Bündnis zerbrochen. Da sich die privatwirtschaftlich organisierte Freiheit von niemandem mehr bedroht fühlt, werden die konservativen Mächte nicht mehr gebraucht. Sie werden zum Hemmnis auf dem Wege zu ungehindertem Konsum und ökonomischem Erfolg, und während bis in das 20. Jahrhundert hinein Weltanschauungen der politischen Entscheidung vorgeordnet waren, sind sie heute nur noch Versatzstücke zur Rechtfertigung und Erklärung dessen, was sowieso geschieht und angeblich unvermeidbar ist.

Konzerne wollen Zuwanderung

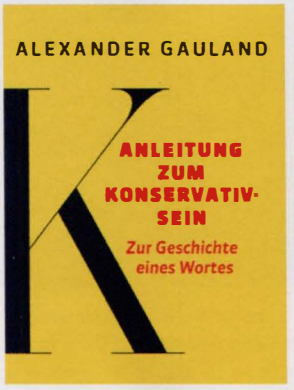
Die modischen Leerbegriffe Modernisierung, Flexibilisierung, Innovation und Deregulierung haben einen gemeinsamen Inhalt: die Zerstörung von allem, was an Überkommenem die Effizienz des Wirtschaftssubjekts hindert – Glaubensüberzeugungen, ethische Bedenklichkeiten, Tabus und kulturelle Traditionen. Die Wirtschaft ist seit der Wende von 1989 keine konservative Macht mehr, sondern eine egalisierende, aufklärerische linke. Sie wendet sich gegen nationale Vorurteile und ethnische Begrenzungen, gegen traditionale Lebenswelten und religiöse Tabus. Was früher zur Abstützung des Staates gebraucht wurde, ist nun bestenfalls überflüssig, schlimmstenfalls hinderlich für den Triumph des Marktes.

Der Liberalismus ist zur Weltanschauung geworden, der freie Markt zur Erlösungsformel, von dessen weltweiter Durchsetzung die Heilung aller Weltübel erwartet wird. Was früher einmal dem Sozialismus vorbehalten war – aller Diskriminierung ein Ende zu bereiten –, wird nun vom globalisierten Kapitalismus erhofft, der alle Menschen als potenzielle Kunden benötigt und folglich religiöse oder rassische Benachteiligungen nicht dulden kann.

Dass die Wirtschaft heute keine konservative Kraft mehr ist, wird nirgendwo deutlicher als in ihrer Stellung zur Einwanderung. «Leitkultur überlistet», freute sich einst die FAZ über die Abschaffung des Begriffs Ausländer durch die Süssmuth-Kommission (siehe Infobox Seite 30). Denn das war in der Tat das Neue, Umwälzende dieser Empfehlungen. Sie verlieren kein Wort über die kulturelle Resorptionsfähigkeit der Gesellschaft, über kulturellen Wandel, den Nationenbegriff und die von Umfragen bestätigte Zuwanderungsskepsis der deutschen Bevölkerung im Westen wie im Osten. Die Empfehlungen sind ein durchweg von ökonomischen Kategorien bestimmtes Manifest: Arbeitsmarkt und soziale Sicherungssysteme brauchen Zuwanderung, also ist sie gut, ganz gleich, was der Souverän davon hält und welche Probleme später einmal daraus entstehen können. Wir sind kein Einwanderungsland, hieß es früher, wir sind kein klassisches Einwanderungsland, lautet heute die konservative Rückzugsposition der Unionsparteien.

Nun ist es bestimmt richtig, wenn die Befürworter einer multikulturellen Auflösung der nationalen Identität das Problem der Integration nicht nur bei den Ausländern, sondern stärker noch bei den Inländern orten, die aus der Unterscheidung von «eingeboren» und «fremd» eine entscheidende Kategorie machen und damit das Thema Zuwanderung mit einer Fallhöhe versehen, die ihr nach Ansicht der

Alexander Gauland. Foto: afd.de



Erhältlich unter compact-shop.de. Foto: Manuscriptum Verlagsbuchhandlung Thomas Hoof KG

_ Alexander Gauland (*1941) ist Co-Vorsitzender der AfD-Fraktion im Bundestag. Von 1987 bis 1991 leitete er die Hessische Staatskanzlei unter Ministerpräsident Walter Wallmann (CDU), nach der Wende war er zeitweise Herausgeber der in Potsdam erscheinenden Märkischen Allgemeinen. 2013 trat er nach 40 Jahren Mitgliedschaft aus der CDU aus und war einer der Mitgründer der AfD. Der Text ist mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlags der kürzlich erschienenen erweiterten Auflage seines Buches Anleitung zum Konservativsein entnommen. Er wurde von COMPACT leicht gekürzt, angepasst und mit Überschriften und Vorspann versehen.

Als die Marktwirtschaft noch sozial sein sollte: Der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer (r.) und sein Nachfolger Ludwig Erhard auf dem CDU-Parteitag 1964. Links im Bild ist Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier. Foto: picture alliance / dpa

Süssmuth: Ausländer rein

Im September 2000 berief der damalige Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) eine Kommission ein, die unter der Leitung der Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU) ein Konzept entwickelte, das zusätzliche Zuwanderungswege und eine nach ökonomischen Kriterien gesteuerte Zuwanderung vorschlug. «Wir hatten empfohlen, das komplizierte Aufenthaltsrecht zu vereinfachen, befristete und unbefristete Zuwanderung zu ermöglichen, Engpässe am Arbeitsmarkt schneller zu reduzieren und Fachkräfte und Hochqualifizierte ins Land zu holen. Dies sollte anhand eines Konzepts geschehen, das sich am kanadischen Punktesystem orientiert. Zu unseren Vorschlägen gehörte auch, ein einheitliches Asylrecht und -verfahren in der EU einzuführen, wie es aktuell wieder diskutiert wird», schrieb Süssmuth dazu 2015 in einem Gastkommentar für den *Mediendienst Integration*. Ihre Pläne sahen eine Zuwanderung von rund 50.000 Menschen pro Jahr vor.

Multikulturalisten nicht zukommt. Doch darin liegt eben der Unterschied zwischen den klassischen Einwanderungsländern Amerika, Kanada, Australien und den europäischen Nationalstaaten: dass sich hier in einer tausendjährigen Entwicklung eine nationale, sprachliche und kulturelle Identität herausgebildet hat, die der Aufnahme von Fremdem wie Fremden abwehrend gegenübersteht.

Gebrechlicher Nationalstolz

Dass es dennoch immer wieder Einwanderungswellen gegeben hat, widerspricht dem nicht. Hugenotten und Polen sind auch nicht ohne Auseinandersetzung mit den Einheimischen aufgenommen und eingegliedert worden. Die nationale Identität war in Deutschland vor 1870 schwächer ausgebildet als in Frankreich und England und der preußische Staat eben kein deutscher, sondern – wie das alte Österreich – eine gemischtnationale Siedlungs- und Kulturgemeinschaft. Wenn wir die Integrationskraft der Habsburger Monarchie wie die Preußens im 18. Jahrhundert bewundern, dürfen wir nicht blind sein für die stärkere nationale Identität im 20. Jahrhundert und die geringere Gelassenheit im Umgang mit Fremden nach der Reichsgründung. Der nationale Stolz, die Selbstgewissheit waren und sind in Deutschland gebrechlicher als in England oder Frankreich. Und seine Gesellschaft ist auch heute noch eine Gesellschaft ohne Selbstbewusstsein. Was die Bundesrepublik im Kern zusammenhält, so ein kluger Beobachter, «ist eben nicht so sehr das Bekenntnis zu irgendwelchen Wertegemeinschaften als ihre ökonomische Leistungsfähigkeit». Was aber bleibt, wenn diese bröckelt, wenn die Arbeitslosigkeit und die Zahl der Firmenpleiten steigen?

Für die Zukurzgekommenen sind dann oft die anderen, die Fremden schuld. Man mag diese Haltung verdammen, bekämpfen, immer von neuem Erziehung und Aufklärung bemühen – wir müssen sie berücksichtigen, wenn wir über Zuwanderung entscheiden. Denn die Wirtschaft gibt die nützlichen neuen Arbeitnehmer beim Staat ab, wenn die Kugel nicht mehr rollt und der Absatz nicht mehr steigt. Die sozialen Probleme sind auch dann echte und nicht nur virtuelle, wenn ihre Reduktion auf Ausländer und Zuwanderung objektiv falsch ist und «die Desintegration im Auge des unaufgeklärten Betrachters liegt» (Mark Siemons).

Grenzen der Integrationskraft

Als 1968 einer der klügsten Köpfe der englischen Tories, Enoch Powell, seine politische Karriere mit der Warnung vor «Strömen von Blut» ruinierte, die die Einwanderung Schwarzer zur Folge haben werde, lagen die Bilder von Bradford [Rassenkrawalle in Großbritannien, siehe Foto] noch in weiter Ferne. Hier kann man sehen, wohin ökonomisch bedingte Einwanderung führt, wenn sich die wirtschaftlichen Rahmendaten ändern. Wer Zuwanderung nicht auch der kulturellen Verdauungsfähigkeit einer Gesellschaft anpasst, darf sich nicht wundern, wenn in Krisenzeiten der Rechtsradikalismus sein Haupt erhebt. Auch wenn es der christlichen Botschaft widerspricht, die Abgrenzung von Fremden ist so unauflösbar mit der Nationenwerdung in Europa verbunden, dass selbst die gelassenen Briten damit noch immer ein Problem haben. Die modische Verkleisterung durch Chicken tikka masala und Sushi-Bars vermag daran noch nichts zu ändern.

Zuwanderung muss sich auch der kulturellen Verdauungsfähigkeit einer Gesellschaft anpassen.

Dass Briten, Franzosen, Schweden, Italiener, ja überhaupt alle Europäer heute nicht mehr als Fremde empfunden werden, gehört zu den großen Kulturleistungen der alten Bundesrepublik und war ein Wachsen unter Schmerzen. Diese Entwicklung überstürzt für Angehörige nichteuropäischer Völker und ferner Kulturen in Anspruch zu nehmen, könnte der Integration mehr schaden als nützen. Was man früher einer idealistischen Linken ins Stammbuch schreiben musste, sollte jetzt die Wirtschaft beherzigen. Denn die Grenzen der Integrationskraft sind kein Drohgespenst, sondern eine strukturelle Realität. ■

Die Folgen der Globalisierung 2001 im englischen Bradford. Asiatische und britische Jugendliche liefern sich Straßenschlachten. Allein 80 Polizisten werden verletzt. Foto: picture-alliance / dpa

House of Chaos

_von Bernhard Tomaschitz

Kern-Schmelze in Österreich: Im aktuellen Wahlkampf haben sich die Sozialdemokraten mit ihrem Politberater Tal Silberstein kräftig blamiert. In der Partei gibt es ein Hauen und Stechen, die Lage ist unübersichtlich – aber Kollateralschäden sind gewiss.

Unter Christian Kern, der seit rund anderthalb Jahren Bundeskanzler Österreichs und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei (SPÖ) ist, setzt eine regelrechte Kern-Schmelze ein. Zentrale Figur dabei ist Tal Silberstein, ein Israeli, der seit 2001 als Wahlkampfberater für die Genossen erfolgreich tätig war – etwa für den Wiener Bürgermeister Michael Häupl und den früheren Bundeskanzler und SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer – und in diesem Jahr das Unmögliche möglich machen sollte: Der SPÖ bei der Nationalratswahl am 15. Oktober zu Platz 1 zu verhelfen. Das war ein Himmelfahrtskommando, denn seit Mitte Mai lag in Umfragen der Koalitionspartner, die christdemokratische Volkspartei (ÖVP) unangefochten auf Platz 1, nachdem der erst 31-jährige Außenminister Sebastian Kurz das Ruder übernommen hatte.

Schmutzprofile auf Facebook

Silberstein, der als Meister des sogenannten Dirty Campaignings gilt, brachte den Roten kein Glück. Am 14. August löste die SPÖ seinen Beratervertrag auf, weil er in seiner Heimat plötzlich wegen Verdachts der Geldwäsche und des Betrugs verhaftet worden war. Am 30. September, also 15 Tage vor der Nationalratswahl, machten das linke Wochenmagazin *Profil* und die bürgerlich-konservative Tageszeitung *Die Presse* publik, dass Silberstein trotz seines Rauswurfs weiterhin für die Genossen tätig und dabei für zwei Fake-*Facebook*-Seiten verantwortlich war, mit denen ÖVP-Chef Kurz sowie die FPÖ angepatzt werden sollten.

Die erste der beiden nach Auffliegen der Affäre vom Netz genommenen Seiten – *Wir für Sebastian Kurz* – wirkte auf den ersten Blick wie eine Kurz-Bejubelungsseite aus dem ÖVP-Umfeld. Bei näherem Hinsehen fiel jedoch rasch der Tenor zu Themen wie der illegalen Masseneinwanderung auf: «Zigtausende Migranten warten in Italien darauf, nach Mitteleuropa weiterzukommen, NGOs drohen, die Menschen nach Österreich zu bringen. Soll Österreich sich das gefallen lassen?» Damit sollten liberale Kurz-Sympathisanten davon abgebracht werden, für die ÖVP zu stimmen.

Die zweite Seite – *Die Wahrheit über Sebastian Kurz* – erweckte den Eindruck, dass die FPÖ dahintersteckte. Mit den teils antisemitischen Postings

Christian Kern in der Rolle von Frank Underwood in der Serie House of Cards. Foto: Montage COMPACT

Der Israeli bekam von den Sozis ein Honorar in Höhe von 536.000 Euro.

Der frühere SPÖ-Berater Tal Silberstein im August vor Gericht im israelischen Rishon Lezion. In dem Verfahren geht es jedoch nicht um den SPÖ-Skandal, sondern unter anderem um Geldwäsche in Milliardenhöhe. Foto: picture alliance / Gideon Markowicz/dpa

Wahlkampfspenden

Eigenangaben der Parteien nach APA-Anfrage in Euro

ÖVP

1.198.000

813.000

NEOs

755.000

130.000

SPÖ

65.000

91.000

1.200.000

FPÖ

0 will Spendenangebote im Einzelfall prüfen, hat bislang angeblich aber keine erhalten

- Großspenden (>3.500 Euro)
- Kleinspenden (<3.500 Euro)
- Mitgliederfonds 7 Euro/Mitglied

Grafik: COMPACT

sollten die Freiheitlichen in die rechtsextreme Ecke gestellt werden, um sie auf diese Weise für eine mögliche Regierungsbeteiligung zu diskreditieren.

Nach Bekanntwerden der Silberstein-Affäre trat der rote Wahlkampfmanager Georg Niedermühlbichler am 30. September zurück und erklärte – wie tags darauf SPÖ-Chef Kern – von der ganzen Sache «nichts gewusst» zu haben. Kurz darauf stellte sich allerdings heraus, das der SPÖ-Mitarbeiter Paul Pöchhacker Silberstein zugearbeitet hatte. Und Pöchhacker, der nach Silbersteins Verhaftung dessen offizielle Aufgaben übernommen hatte, war *Profil* zufolge «bis zuletzt über die Aktivitäten der verbliebenen Mitglieder der Silberstein-Spezialeinheit informiert».

Der Schatz vom Silberstein

Auch seien nach SPÖ-Lesart keine Gelder der Partei geflossen, die zwei *Facebook*-Seiten habe der Israeli von seinem Honorar in Höhe von 536.000 Euro, das ihm die Genossen im Vorhinein überwiesen hatten, finanziert. Diese Behauptung wurde anscheinend auch von Silberstein selbst bestätigt, als er am 3. Oktober dem Magazin *News* sagte: «Der Kanzler hatte nicht einmal das entfernteste Wissen oder die entfernteste Information darüber.» Auffällig ist jedenfalls, dass das Umfeld des Kanzlers versuchte, auch in anderen Medien Silberstein-Interviews zu platzieren, in denen Kern reingewaschen werden sollte. Denn am 4. Oktober berichtete die *Kronenzeitung*, das auflagenstärkste Blatt Österreichs, von einem entsprechenden Angebot und schrieb von einem «dummdreisten Versuch der SPÖ-Spitze, die Medien für ihre Sache zu instrumentalisieren».

Silberstein war auch der Verfasser einer den Medien zugespielten parteiinternen E-Mail vom 9. Februar, in der über den SPÖ-Chef wenig Schmeichelhaftes zu lesen ist. Der Israeli schrieb unter anderem, Kern habe «ein äußerst schwaches Nervenkostüm und ein Glaskinn», zudem sei er «eine Prinzessin und ungemein eitel». Dass Silberstein den Genossen «Mangel an politstrategischem Know-how» sowie eine «nicht vorhandene Führung» attestierte, rundete das Bild ab.

Tatsächlich geht es in der SPÖ-Parteizentrale in der Wiener Löwelstraße trotz des roten Grußes «Freundschaft!» alles andere als freundschaftlich zu. Im Juni erfuhr die Öffentlichkeit, dass es zwischen Mitarbeitern Schreiduelle und sogar eine Rempelei gab. Grund sei die Frage gewesen, wie die Roten mit der FPÖ umgehen sollten. Hinzu kommen Streitereien zwischen der Bundes-SPÖ und der mächtigen Wiener Landesgruppe. Während Kern und die Bundespartei in Sachen Sicherheit und Einwanderung einen härteren Kurs fahren wollen, lehnen die Wiener dies ab.

Zeichneten sich früher die Sozialdemokraten im Vergleich zur Volkspartei durch Geschlossenheit aus, so haben sie nun die Rollen getauscht. Mehr noch: Wie das Zuspielen der E-Mail Silbersteins an die Medien zeigt, gibt es in der roten Parteizentrale mindestens einen Maulwurf – den vielleicht die Schwarzen dort platziert haben, um in dem alpenländischen Polit-Thriller einen Vernichtungsfeldzug gegen den ungeliebten Koalitionspartner zu führen. So berichtete *Die Presse*, wie der politische Gegner vom «House of Chaos» in der Löwelstraße, wo «Frust» und «gegenseitiges Misstrauen» vorherrschen, profitiert: «Ein ÖVP-Mitarbeiter erzählt, dass in der SPÖ derzeit kaum etwas passiere, von dem man nicht binnen kürzester Zeit erfahre».

In der SPÖ-Parteizentrale gab es Schreiduelle und sogar eine Rempelei.

Weiterhin schrieb das Blatt, dass Kern Silberstein gar nicht als SPÖ-Berater wollte, sich aber nicht gegen Parteimanager Niedermühlbichler und die Wiener Landesgruppe durchsetzen konnte. Außerdem bestehen enge Kontakte zwischen dem Israeli und Alfred Gusenbauer, der von 2000 bis 2008 SPÖ-Vorsitzender und von Januar 2007 bis Dezember 2008 Bundeskanzler war. «Ich kenne Tal Silberstein und arbeite geschäftlich mit ihm zusammen», bestätigte er der *Wiener Zeitung*. Aber das habe angeblich «mit der SPÖ gar nichts zu tun». Gusenbauer

ist heute nicht nur Präsident der SPÖ-Parteiakademie, sondern auch einer der sogenannten Corporate Directors von Gabriel Resources. Dieses kanadische Bergbauunternehmen befindet sich wiederum im Mehrheitsbesitz des israelischen Geschäftsmannes Beny Steinmetz, der im August zusammen mit Silberstein verhaftet worden war. Korruptionsermittlungen gegen die Geschäftspartner Steinmetz und Silberstein laufen auch in Rumänien.

Soros hier, Soros da

Und nun kommt auch noch George Soros ins Spiel: Steinmetz behauptete, der US-Spekulant habe eine Kampagne gegen ihn finanziert. Am 14. April schrieb die Nachrichtenagentur *Bloomberg:* «Unternehmen, die vom israelischen Bergbaumagnaten Beny Steinmetz kontrolliert werden, verklagten den Milliardär George Soros. Sie fordern die Kosten von zumindest zehn Milliarden US-Dollar zurück, die durch eine Diffamierungskampagne entstanden sind, in deren Folge ihnen die Rechte an Eisenerzlagern in Guinea und andere Geschäftsmöglichkeiten rund um die Welt entzogen wurden.»

Auf der *Facebook*-Seite «Die Wahrheit über Sebastian Kurz» wurde der ÖVP-Chef unter anderem als Handpuppe von Soros dargestellt. Und tatsächlich besteht eine indirekte Verbindung zwischen Soros und Kurz. Denn der Österreicher ist Mitglied der von Soros und seinen Open-Society-Stiftungen maßgeblich finanzierten Denkfabrik European Council on Foreign Relations, die eine weitere Zentralisierung der Europäischen Union und einen EU-Beitritt der Türkei propagiert. Allerdings ist auch der SPÖ-Kanzler für den Spekulanten kein Unbekannter. Auf einer Pressekonferenz erklärte Kern, er habe «ein enges persönliches Verhältnis mit Herrn Soros, ihn mehrfach getroffen».

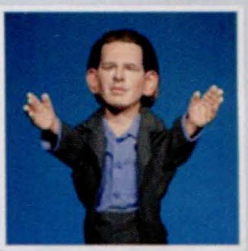
Peter Puller ist ein weiterer Name, der im Zusammenhang mit der aktuellen Affäre wiederholt auftaucht. Er arbeitete zuerst für die ÖVP-Steiermark und später für die frühere ÖVP-Ministerin Beatrix Karl. In diesem Jahr betrieb er zusammen mit Silberstein und dem SPÖ-Mitarbeiter Pöchhacker die Anti-Kurz-Facebookseiten. Für Aufsehen sorgte Puller auch mit der Behauptung, ein ÖVP-Mitarbeiter habe ihm 100.000 Euro geboten, wenn er die Seiten wechsle – was die Schwarzen vehement bestreiten.

Sebastian Kurz wurde als Marionette von Soros dargestellt.

Silberstein hatte er, wie der linke *Standard* berichtet, «offenbar über die Neos» kennengelernt. Diese aufstrebende liberale Partei hatte der Israeli im Wien-Wahlkampf 2015 erfolgreich beraten – angeblich völlig kostenlos.

Die Neos haben mit Hans Peter Haselsteiner einen großzügigen Spender. 2015 überwies der Industrielle, den manche als «Austro-Oligarchen» und andere als «Mini-Soros» bezeichnen, dieser Partei 200.000 Euro. Und hier fällt sofort auf: Die Absicht, mit der teils antisemitischen Facebook-Seite «Die Wahrheit über Sebastian Kurz» die FPÖ zu diskreditieren, stimmt auch mit den Zielen Haselsteiners überein. Schließlich kennzeichnet den bekennenden Freimaurer eine geradezu pathologische Abneigung gegenüber den Freiheitlichen. ■

General Silberstein



Die Wahrheit über Sebastian Kurz

@DieWahrheitueberSebastianKurz

«Jeden Wahlkampf führt er mit einem militärischen Ansatz. Der Offizier der israelischen Armee wiederholte gerne einen Glaubenssatz: "Jeder Tag muss gewonnen werden. Wer am Ende die meisten Tage gewonnen hat, hat auch den Krieg gewonnen." Er bestand auf klare, eindeutige Befehlsstrukturen. Legendär ist auch seine Botschaft: "There is no democracy in campaigns". Silberstein-Kenner beschreiben das Szenario so: "Am Anfang ist man von seinem Militärschmäh tief beeindruckt. Man hat das Gefühl, General Silberstein ruft den Jom-Kippur-Krieg aus." (...) Der Politik-Guru war für Israels ehemaligen Ministerpräsidenten Ehud Barak tätig. Außerdem beriet er in der Ukraine die Ex-Ministerpräsidentin Julia Timoschenko. Ebenso war er in Albanien, Rumänien, Bolivien und Russland im Wahlkampfeinsatz. Auch Serbiens Präsident Aleksandar Vucic soll auf Vermittlung von Gusenbauer Silberstein engagiert haben.» (*kurier.at*, 7.10.2017)

Diese Montage schmückte die Facebook-Seite Die Wahrheit über Sebastian Kurz. Foto: Screenshot Facebook

Nach ihrem Vorsitzenden firmiert die Österreichische Volkspartei derzeit als Liste Kurz. Foto: picture alliance/KEYSTONE

_ Dr. Bernhard Tomaschitz ist Redakteur der österreichischen Wochenzeitschrift Zur Zeit. Zuletzt schrieb er in COMPACT 7/2017 über die Eskalation in Venezuela.

Völkerfrühling? Leider nicht!

_ von Benedikt Kaiser

Gegen die Abspaltung Kataloniens: Im patriotischen Lager herrscht Begeisterung über die separatistische Bewegung – weil wichtige Gesichtspunkte ausgeblendet werden.

Zunächst ein paar Fakten: Katalonien ist eine der 17 autonomen Gemeinschaften Spaniens. Sie ist die wirtschaftlich stärkste und die allgemein wohl bekannteste bis beliebteste – die Metropole Barcelona gilt als Sehnsuchtsort der europäischen Jugend, der FC Barcelona scheint für viele im In- und Ausland «mehr als nur ein Club» zu sein.

Cataluña (katalanisch: Catalunya) ist aber für einige mehr als die Regionalhauptstadt und ihre wirtschaftlich starke Umgebung. Es umfasst im Selbstverständnis mancher Unabhängigkeitsbefürworter auch Gebiete außerhalb der Region wie Valencia oder die Balearen mit Mallorca, wo Katalanisch gesprochen wird. Dabei handelt es sich nicht um einen Dialekt des Spanischen, sondern eine eigenständige romanische Sprache mit eigenen grammatikalischen Regeln. Der Unterschied zwischen den standardisierten Sprachen Català und Español (bzw. Castellano) ist größer als der zwischen Hochdeutsch und Schweizerdeutsch.

> Die Sezessionisten fordern eigene Grenzen nur, um sie dann wieder zu öffnen – für Migranten.

Hier beginnen die Probleme. Im Ballungsraum Barcelona leben mehr als drei Millionen Menschen. Mindestens ein Viertel sind Nicht-Katalanen aus anderen Regionen Spaniens, weitere starke Gruppen kommen aus dem spanischsprachigen Ausland (vor allem Südamerika), bis zu einem Fünftel der drei Millionen gar aus anderen Weltgegenden, insbesondere Moslems aus Pakistan und Nordafrika. Bei vielen Katalanen herrscht aber mehr Skepsis gegenüber hispanischer als außereuropäischer Zuwanderung: Zahlreiche Massendemonstrationen für offene Grenzen sprechen Bände.

Die historisch-politische Entwicklung in Katalonien ist seit über 300 Jahren von extremen Pendelschlägen gezeichnet. Im zurückliegenden Jahrhundert gab es zwei markante Stränge: Zunächst war unter dem Franco-Regime Katalanisch verboten, die regionale Kultur wurde massiv in ihrer Entfaltung gehindert. Der im Stile eines autoritären Feudalherrschers auftretende Generalísimo verzieh der Region nicht, dass sie im Bürgerkrieg (1936 – 1939) Kopf und Herz des «roten Spaniens» verkörpert hatte.

Nach der Diktatur schlug das Pendel um. Die «Katalanisierung Kataloniens» hat sich nicht mit Autonomierechten begnügt, nicht damit, dass beide

Sie wollen Spanier bleiben: Am 8. Oktober demonstrierten in Barcelona bis zu 500.000 Abspaltungsgegner. Foto: picture alliance / abaca

Sprachen gleiche Rechte erhielten und alle Einschränkungen aufgehoben wurden. Vielmehr setzte eine offensive «Enthispanisierung» ein, die speziell in Barcelona bizarre Blüten treibt, etwa Straßenumbenennungen, Diskriminierung nur spanischsprechender Bürger wie auch die Degradierung des Spanischen/Kastilischen zur «Fremdsprache».

Neben diesen gesellschaftlich-kulturellen Entwicklungen ist es die wirtschaftliche Potenz Kataloniens, speziell in den industriellen und konsumgüterproduzierenden Sektoren, die den Abspaltungsdiskurs antreibt: Die Rede ist nicht selten von der Melkkuh, die das ferne, arme, unproduktive Spanien am Leben erhalten muss.

Es sind also zwei Haupttendenzen, die die Unabhängigkeitsbefürworter dazu treiben, das Risiko eines Bürgerkrieges einzugehen: die national-kulturelle und die materielle. Derzeit überlappen sich beide Tendenzen, deswegen ist der Eigenständigkeitsgedanke auf dem Höhepunkt. Beim Referendum vom 1. Oktober beteiligten sich 2,26 Millionen Katalanen an der Abstimmung – das waren 42,3 Prozent aller Wahlberechtigten. 90 Prozent derer, die an die Urnen gingen, votierten für die Abspaltung.

Identitäre Politik? Fehlanzeige!

Aufgrund der national-kulturellen Tendenz üben sich auch in Deutschland freiheitliche Akteure in Solidarität: Da sei ein Aufflackern identitärer Politik zu konstatieren, der Wille, als Katalane in einem eigenen Staat zu leben. Seltsam an der geforderten Selbstbestimmung ist jedoch, dass die Sezessionisten eigene Grenzen gewissermaßen nur fordern, um sie dann wieder zu öffnen – für Migranten, die am besten aber nicht aus Restspanien stammen sollen, sondern von außerhalb.

Auch den katalanischen Furor als Bollwerk gegen Vereinheitlichungstendenzen aus Madrid und Brüssel zu bejubeln, wäre ein Missverständnis. Denn der Nationalismus, wie er von der linksradikalen Candidatura d'Unitat Popular (CUP) bis zu rechtsliberalen Demokraten vertreten wird, basiert auf dem Prinzip des Civic Nationalism, wie wir ihn auch aus Schottland kennen. Vorherrschend ist ein rein staatsbürgerliches (und erklärtermaßen nicht-identitäres) Verständnis von einer multikulturellen «Nation» – hierzulande würde man schlicht von Verfassungspatriotismus sprechen. In Katalonien vermengt sich dieser mit sozialen Anliegen, einer Refugees-Welcome-Mentalität sowie dem antispanischen Ressentiment, das sich aus historisch-antifaschistischen und aktuell-realpolitischen Motiven speist.

Auch die EU-Kritik der Sezessionisten wird überschätzt. Sie fordern von extrem links bis bürgerlich rechts vielmehr den Verbleib eines eigenständigen Kataloniens innerhalb der Union. Ihr Separatismus ist im Kern überwiegend linksliberal. Er will ein Katalonien in der EU – aber ohne den lästigen Mittler aus Madrid. Für Brüssel hingegen ist ein Zentralstaat Spanien, bei dem Katalonien als integraler Teil erhalten bleibt, von Vorteil. Nur mit polizeistaatlichen Maßnahmen gegen die Sezessionisten

Barcelonas Bürgermeisterin Ada Colau stammt aus dem linken Anti-Kriegs- und Hausbesetzermilieu. Foto: Barcelona En Comú, CC BY-SA 2.0, Wikimedia Commons

Die Solidarität linker Katalanen mit dem «Refugee» ist größer als mit dem arbeitslosen Spanier.

_ Benedikt Kaiser ist Politikwissenschaftler, Publizist und Lektor beim Verlag Antaios, wo in diesem Jahr auch sein Buch Querfront erschienen ist.

Refugees welcome: 160.000 Katalanen gingen im Februar in Barcelona für die Aufnahme von weiteren Asylanten auf die Straße. Foto: picture alliance / CITYPRESS 24

Parteien in Katalonien

Bei den letzten Regionalwahlen im September 2015 ergab sich eine knappe Mehrheit für die Parteien, die eine Abspaltung befürworten. Hauptkraft ist die Allianz Junts pel Sí (JxSi, Allianz für das Ja), die 39,6 Prozent der Stimmen und 62 der 135 Mandate im Regionalparlament erhielt. Das waren allerdings neun weniger als die JxSi-Vorgängerparteien im Jahr 2012 erzielt hatten. Die linksradikale CUP (Candidatura de Unidad Popular) kam auf zehn Mandate und 8,2 Prozent der Stimmen – drei Jahre zuvor waren es nur drei Mandate und 3,5 Prozent gewesen.

Im Lager der Anhänger der spanischen Einheit dominierten bis vor wenigen Jahren die alteingesessenen Volksparteien, die auch im Madrider Nationalparlament den Ton angeben. 2015 wurden sie aber gerupft: Die Sozialisten (PSC) errangen 16 Mandate und damit vier weniger als 2012. Die Volkspartei (PP) von Ministerpräsident Mariano Rajoy, vergleichbar mit der CDU, kam sogar nur noch auf elf Sitze, ein Minus von acht. Die Führung im gesamtspanischen Lager übernahm eine neue liberale Kraft, die Partei Ciutadans (Bürger), mit 25 Stimmen (2012: neun).

Auf den ersten Blick mag es scheinen, als ob es in beiden Blöcken sowohl linke wie rechte Parteien gäbe. Bei genauerer Analyse ergibt sich aber, dass bei den Sezessionisten die Roten den Takt bestimmen: Zum einen hätte die JxSi ohne die schwer berechenbare Revoluzzertruppe von CUP keine Mehrheit im Parlament und büßte zu deren Gunsten sogar beträchtlich Stimmen bei der Wahl von 2015 ein. Zum anderen ist die JxSi selbst ein Bündnis, das neben Bürgerlichen Linke einschließt, etwa die republikanische ERC mit einem Stimmenanteil von 13,7 Prozent (bei ihrem letzten eigenständigen Wahlantritt 2012).

ist man in Brüssel nicht einverstanden, weil diese europaweit Reaktionen provozieren könnten. Dementsprechend heißt es seitens der EU-Nomenklatura, man sei besorgt, aber doch nicht in Panik – man setze auf demokratische Entscheidungsprozesse. Am Ende ist für die EU wichtig, den Standort Katalonien für gesamteuropäische wirtschaftliche Interessensgruppen (Pharma und Chemie, Metall- und Maschinenbau) am Leben zu halten. Das geht am besten mit Spanien, aber notfalls auch ohne.

Für die EU ist die katalanische Frage also keine Frage auf Leben und Tod – für Madrid schon. Ironischerweise gilt das auch für Barcelona: Denn wenn Rest-Spanien keine Güter mehr aus Katalonien bezöge, wäre der frischgebackene Staat gezwungen, noch stärker und preisgünstiger in die EU zu exportieren. Damit wäre der relative Wohlstand potentiell bedroht – und damit ausgerechnet jener Aspekt, der die Überheblichkeit vieler Katalanen gegenüber dem übrigen Land begründet. Ironisch scheint, dass die überwiegend links ausgerichtete Unabhängigkeitsbewegung auf dieses wohlstandschauvinistische Argument bauen kann. Zu recht hieß es dazu in der *Zeit:* «Die Separatisten sind eine Koalition von rechten und linken Kräften, mit gegenläufigen Motiven – eine merkwürdige Querfront aus Wohlstandsbürgern und Linksextremen.»

Die Solidarität linker Katalanen mit dem idealtypischen «Refugee» ist jedenfalls größer als jene mit dem arbeitslosen Spanier in Andalusien und Galicien. Das «lebendige Bewusstsein der Solidarität», das, wie José Ortega y Gasset einst ausführte, «unumgänglich ist für die Gesundheit der Nation», hat das Land verlassen.

Aufschwung der Antiseparatisten

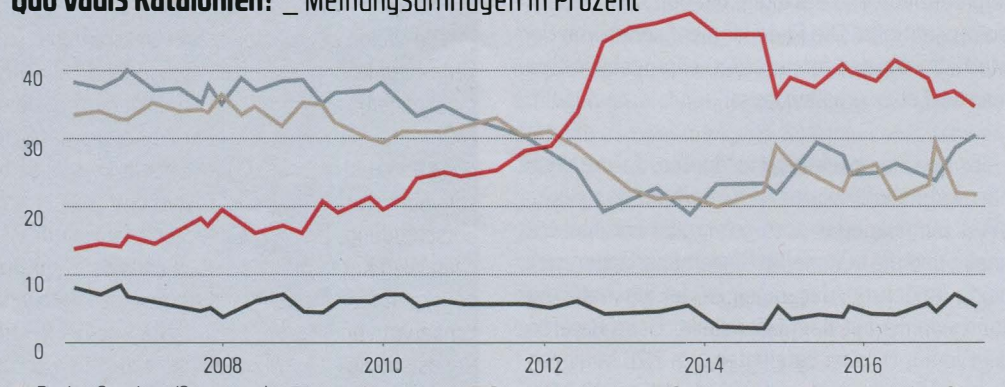
Überall stehen die Zeichen auf Zuspitzung. Anfang Oktober gab es sogar große Anti-Madrid-Demos im Baskenland – hier droht ein weiterer Krisenherd. Das neoliberale Establishment in Madrid um Volkspartei (PP) und Sozialdemokraten (PSOE) kennt als Antwort auf die separatistische Herausforderung nur Repressalien. Sie haben abgewirtschaftet. Die Linkspartei Podemos schwankt zwischen Protest dagegen und einer gesamtspanischen sozialen Ausrichtung. Sie verzettelt sich.

Am 8. Oktober demonstrierten in Barcelona 500.000 für die Einheit Spaniens.

Die kämpferische Rechte ist noch schwach. Sie versucht, den antinationalen Spaltungstendenzen im Zeichen des «Respekts» (#Respeto) entgegenzuwirken. Federführend in dieser Allianz sind die identitäre Plattform für Katalonien (PxC) und der Front-National-Gesprächspartner Spanien 2000 (E-2000). Sie stehen am Beginn ihrer Arbeit, die schwer werden dürfte: Die PxC, ursprünglich eine reine Anti-Islamisierungs-Partei, kommt bei Wahlen immerhin auf bis zu zehn Prozent in ihren Hochburgen, in ganz Katalonien aber nur auf 2,5 Prozent. E-2000 stagniert im Promillebereich. Die zuwanderungskritische und sozialpatriotische Formation konnte bisher nur in ihrer katalanischsprachigen Stammregion Valencia Erfolge verzeichnen.

Doch die Wahrheit liegt oftmals auch auf der Straße: Gemeinsam mit anderen Gruppen konnten beide Gruppierungen am 3. Oktober spontan über 10.000 Menschen im Herzen von Barcelona gegen den Separatismus mobilisieren. Am 8. Oktober zogen dann bereits an die 500.000 durch die Straßen der Seefahrermetropole – ein unglaubliches Comeback der nationalen Einheit, das die eigentlich für den 10. Oktober geplante Ausrufung der Unabhängigkeit zunächst verzögerte. ■

Quo vadis Katalonien? _ Meinungsumfragen in Prozent



Quelle: Generalitat de Catalunya *Grafik: COMPACT*

So beginnt der Völkerfrühling in Europa

_ von Martin Müller-Mertens

Für die Abspaltung Kataloniens: Konservative hadern mit der Unabhängigkeitsbewegung. Sie fürchten einen Multikulti-Staat am Mittelmeer. Doch es ist Sache der Entkolonisierten, über ihre Zukunft zu entscheiden.

Der Ruf der Hunderttausenden brandete durch die Straßen Barcelonas: «Independència», Unabhängigkeit. Ein historischer Traum soll in Erfüllung gehen. 1640 scheiterte der erste Versuch einer katalanischen Staatsgründung. 1714 geriet das Land unter den Stiefel der Bourbonen, was fast alle Sezessionisten bis heute als den Ursprung der Besatzung ansehen. Nach dem Referendum am 1. Oktober schien die Freiheit zum Greifen nahe. Bei Redaktionsschluss war die Entwicklung offen, ein Verrat der Volksabstimmung durch die Regionalregierung nicht unwahrscheinlich. Dennoch: Der lange nur auf Autonomieforderungen und einen gewissen Wirtschaftschauvinismus beschränkte katalanische Nationalismus hat den Charakter einer antikolonialen Volksbewegung angenommen.

Am 11. September 1714 unterlagen die Katalanen den spanischen und französischen Truppen Felipes V. Bis heute gilt dieses Datum als Beginn der spanischen Fremdherrschaft. Die Fans des FC Barcelona rufen in Gedenken bei jeder Partie in der Spielminute 17:14 «Independencia, Independencia». Foto: Museo de Historia de Catalunya (MHC)

Die Unabhängigkeitsbewegung der Katalanen spaltet die Deutschen. Dabei erscheint die Diskussion wie ein Spiel mit verkehrten Rollen. Während die marxistische und gewerkschaftliche Linke den Separatismus Barcelonas unterstützt, runzeln rechte und konservative Milieus pikiert die Stirn. Diese Haltung führt bis hin zu regelrechten antinationalen Verbalausfällen wie der Beschimpfung der katalanischen Sprache als «abgehackter Pyrenäen-Dialekt», gegen deren Sprecher die spanische «Polizei nicht so zärtlich wie die deutsche» vorgehe. (*PI-News*, 1. Oktober) Der Schritt von solchen Beschimpfungen zur Hoffnung auf einen katalanischen Volkstod wäre übrigens sehr klein.

Ganz überraschend kommt diese Verirrung nicht. Die katalanische Unabhängigkeitsbewegung – wie im Übrigen viele der regionalistischen Strömungen Westeuropas – durchkreuzt ein gern gepflegtes Dogma. Demnach sind souveränistische und nationale Ideen per se ein Privileg der Rechten, wohingegen die politische Linke nur antinational und internationalistisch denkbar ist.

Links und national

Der katalanische Nationalismus ist von seinem Selbstverständnis her jedoch links – und war dies auch immer. Die Partei CUP, die derzeit am konsequentesten für die Loslösung von Madrid eintritt, strebt einen «sozialistischen, ökologisch nachhaltigen, territorial ausgeglichenen und von jeder Art patriarchaler Dominanz freien Staat» an. Andere sind zurückhaltender. Ada Colau, die Refugee-welcome-Bürgermeisterin von Barcelona, ist gegen die Loslösung der Region. Dass der spanische Kolonialismus von vielen Katalanen derzeit als gefährlicher angesehen wird als die Nafri-Invasion, ist zweifellos naiv. Diese Sicht entspricht jedoch – noch – den realen Machtverhältnissen. Die Knüppelorgien der kastilischen Besatzungspolizei mögen viele Katalanen in diesem Eindruck bestärkt haben. Doch dies kann sich ändern. Die Korsische Befreiungsfront des 22. Oktober forderte 2016 alle Muslime zur Stellungnahme gegen den radikalen Islam auf und drohte dem IS für den Fall von Anschlägen mit gnadenloser Rache.

Die Vision der katalanischen Linksnationalisten kann man kritisieren, dies wäre jedoch kein Argument gegen die katalanische Unabhängigkeit. Deren Legitimität – wie die jeglicher Nationalstaatsgründung – beruht auf dem unverhandelbaren Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dieses umfasst auch die Entscheidung über ein Gesellschaftssystem. Welchen Weg Katalonien nach dem Ende seines Befreiungskampfes einschlägt, ist heute offen. Von einer konservativen Wende mit Identitätspolitik bis hin zu basisdemokratischen und feministischen Experimenten wie derzeit in Teilen von Syrisch-Kurdistan ist alles möglich. Doch das ist, mit Verlaub, Angelegenheit der Katalanen. ■

> Der katalanische Nationalismus hat den Charakter einer Volksbewegung angenommen.

Der einsame Wolf von Las Vegas

_ von Marc Dassen

Der Massenmord in der Stadt der Sünde hat die USA traumatisiert. Freunde und Familienangehörige des mutmaßlichen Täters glauben nicht an seine Schuld – und tatsächlich gibt es Hinweise auf andere oder zumindest weitere Schützen.

Der Strip ist die bekannteste Straße des Spielerparadieses Las Vegas. Das im Hintergrund erkennbare Flamingo-Hotel errichtete der Gangster Bugsy Siegel 1946 mit dem Geld der Cosa Nostra. Vermutlich weil das Haus anfangs floppte, wurde Siegel ein Jahr später erschossen. Foto: young soo Park, pixabay

Seine Freundin bezeichnete den Verdächtigen als «freundlichen, liebevollen, stillen Mann».

Steht Jason Aldean auf der Bühne, lässt er die Erinnerung an die goldenen Zeiten des echten Amerika wieder aufleben – einem Amerika der harten Arbeit, der heißen Öfen, der Streifen und Sterne, abseits der Finanzplätze und Wolkenkratzer – wo man noch Bourbon trinkt und keine Martinis. Der 40-Jährige singt mit rauer Stimme von Liebe, Schmerz, Sehnsucht und den endlosen, staubigen Straßen der Heimat.

22.000 Country-Fans strömen am 1. Oktober zum Route 91 Harvest Musikfestival nach Las Vegas, um ihm und anderen Größen zuzujubeln. Es ist kurz nach 22 Uhr, Aldean steht im Rampenlicht, spielt das Intro-Gitarrenriff zu «Any Ol' Barstool», einer seiner beliebtesten Hits. Die Fans sind begeistert, alles scheint friedlich. Dann fallen plötzlich Schüsse.

Das Rätsel von Appartement 32135

58 Menschen finden in dieser Nacht den Tod, knapp 500 werden verwundet. Die Kugeln, abgefeuert in schnell aufeinanderfolgenden Salven, kamen aus dem 32. Stock des Mandalay Bay, einem der luxuriösesten Hotels am sogenannten Strip – so jedenfalls berichten es die Ermittler nach der Erstürmung des Appartements mit der Nummer 32135. Es dauerte geschlagene 72 Minuten, bis die Polizei vor dieser Tür Stellung bezog. Warum? Die Frage wird umso drängender, wenn man weiß, dass mehrere Hotelgäste die Beamten bereits früh auf die Schussgeräusche im benachbarten Hotelzimmer hingewiesen hatten. Einer von ihnen war der Texaner Chris Bethel, ein Irak-Veteran, dessen Zimmer sich nur zwei Stockwerke unter dem des Schützen befand und der die Cops sofort alarmierte. «Ich hatte das Gefühl, dass es zu lange dauerte, bis sie herkamen und ihn ausschalteten», so Bethel.

Als Jesus Campos, ein Wachmann des Hotels, vor der Zimmertür aufkreuzt, wird er aus dem Innern mit Schüssen niedergestreckt. Dies ereignete sich nicht nach dem Dauerfeuer auf die Konzertbesucher, wie zuerst angenommen, sondern sechs Minuten zuvor. Stephen Schuck, ein Gebäudetechniker, hörte den Lärm, fand Campos, informierte die Hotelleitung und gab damit bereits die genaue Position des Schützen preis, noch bevor das Massaker begann. Als das herbeibeorderte SWAT-Team über eine Stunde später, um 23:20 Uhr, endlich eintrifft, die Zimmertür aufsprengt und in den Raum eindringt, bietet sich den Einsatzkräften ein erschütternder Anblick: «Wie in einem Waffenlager» habe es ausgesehen, Maschinengewehre lagen kreuz und quer im Zimmer verstreut, und mittendrin lag der mutmaßliche Täter in seinem eigenen Blut – tot.

Die Ermittler gehen von Selbstmord aus. Das passt jedoch nicht zu den Bemerkungen des Bezirks-Sheriffs Joe Lombardo, der glaubt, dass der Schütze geplant habe, sich nach dem Massaker aus dem Staub zu machen: Sein in der Tiefgarage des Hotels geparkter Wagen ist mit erheblichen Mengen Sprengstoff und Munition beladen. Ob ihm ein bislang Unbekannter die Kugel gab?

Hinweise auf eine große Operation

Sage und schreibe 22 halbautomatische Gewehre und eine Handfeuerwaffe stellt die Polizei in der Suite sicher – etwa 20 weitere will man in den Privathäusern des Beschuldigten entdeckt haben. Ein solches Arsenal spricht für eine weit größere Operation mit vielen Beteiligten. Unbemerkt soll der Verdächtige die Waffensammlung in sein Appartement geschmuggelt haben, verstaut in insgesamt zehn Koffern, die er womöglich mit dem Lastenaufzug auf die 32. Etage beförderte. Wo sind die Aufnahmen der Überwachungskameras, die diese logistische Leistung nachweisen? Lombardo nimmt an, was naheliegt, nämlich, «dass er an irgendeinem Punkt Hilfe gehabt hat».

Der Täter soll laut den Ermittlern der 69-jährige Stephen Paddock gewesen sein. Am 28. September habe er sein Zimmer im Mandalay Bay bezogen, heißt es lange. Eine Falschinformation. Tatsächlich reiste er schon am 25. September an, wie Sheriff Lombardo erst auf Nachfrage einräumte. Der Beleg des Zimmerservice verrät: Am 27. September bestellte Paddock Abendessen für zwei Personen. Wer war der unbekannte Gast?

Ebenfalls dubios: In der Nacht vor dem Massaker beschwert sich der mutmaßliche Massenmörder gleich mehrfach über Hotelgäste ein Stockwerk unter ihm – wegen zu lauter Musik. Würden Sie das tun, wenn Sie mitten in der Planung eines Anschlags stecken und Besuch vom Sicherheitsdienst befürchten müssten? Trotz solcher offenen Fragen wird die Einzeltäterthese rigoros zementiert: «Er war der einzige Schütze. Da bin ich sehr sicher», so Sheriff Kevin McMahill. Seine Beamten meldeten allerdings während des Blutbads über Polizeifunk «mindestens zwei Schützen mit vollautomatischen Waffen» – Schüsse nicht alleine aus dem 32. Stock, sondern auch aus tiefer gelegenen Etagen und von den großen Toren. Auch vor einem anderen Hotel, dem zwei Kilometer entfernten Bellagio, soll es 45 Minuten später eine Schießerei gegeben haben, behauptet eine Zeugin namens Rene Downs.

Dass die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) den Anschlag für sich reklamierte und über ihr Publikationsorgan *Amak* verlauten ließ, der Killer sei vor wenigen Monaten zum Islam konvertiert, wird von den US-Ermittlern als nicht glaubhaft eingestuft. Dass sich Paddock selbst in einem Video zum IS bekannte, wird von James Brower, einem ehemaligen Wahlkampfberater Donald Trumps behauptet – jedoch nicht belegt. Wacklig ist jedenfalls die Theorie, nach der Paddock ein radikalisierter Linksextremer gewesen sei, der möglichst viele Trump-Anhänger umnieten wollte.

Welches Motiv soll der angebliche Einzeltäter überhaupt gehabt haben? Der pensionierte Buchhalter genoss seine Rente, war weder religiös noch politisch ambitioniert. Sein ältester Bruder Benjamin beschreibt ihn als den «langweiligsten Sohn der Familie», und seine langjährige Freundin Marilou Danley (62) hat ihn als «freundlichen, liebevollen, stillen Mann» in Erinnerung. Ihr sei «nie in den Sinn gekommen, dass er in irgendeiner Weise Gewalt gegen irgendjemanden plante». Seit ein paar Wochen habe er allerdings unruhig geschlafen, sei oft schreiend aus Albträumen aufgewacht. Sein Arzt habe ihm daher Valium verschrieben. Was quälte Paddock?

Geldsorgen können es nicht gewesen sein. Rund zwei Millionen Dollar hatte er als Immobilieninvestor verdient. Hochintelligent sei er laut Aussage seines jüngeren Bruders Erick gewesen, er betrieb die Zockerei mit mathematischer Logik. Wie passt das zusammen mit den Äußerungen des US-Präsidenten, der den Toten als «psychisch krank» und «dement» bezeichnete? Das Einzige, was in Paddocks Biographie hervorsticht: Sein letzter Arbeitgeber war einer der größten Rüstungskonzerne der Welt, Lockheed Martin. Dort arbeitete er als interner Buchprüfer – kein Job wie jeder andere.

Die Theorie vom einsamen Wolf hat sich durchgesetzt, trotz gegenteiliger Hinweise. Was in Vegas passiert, bleibt in Vegas – so lautet ein Sprichwort. ■

«Sie sind überall»

Noch in der Tatnacht richten sich die Kameras unzähliger TV-Sender auf Augenzeugen, die von ihren Erlebnissen berichten. Darunter ist auch ein junges Mädchen namens Brianna Hendricks (21). Einer Reporterin von NBC *News* berichtet sie Unglaubliches: Eine Frau – dem Aussehen nach zu urteilen eine Lateinamerikanerin – habe sich etwa 45 Minuten bevor der Kugelhagel auf die Konzertbesucher niederging, nach vorne zur Bühne gedrängelt und wie wild herumgebrüllt: «Sie sind überall – Ihr werdet heute Nacht alle sterben!». Der Sicherheitsdienst nahm sich ihrer an, die Unbekannte und ihr männlicher Begleiter wurden vor die Tür gesetzt. Damon Zumwalt, der Chef der Sicherheitsfirma, die das Konzertgelände bewachte, widersprach Hendricks Darstellung später heftig. Die Berichte seien «falsch» gewesen – was genau daran nicht stimme, wollte er nicht ausführen.

Der Polizeifunk meldete Schüsse aus verschiedenen Stockwerken.

Dieses geleakte Polizeifoto zeigt angeblich den toten Stephen Paddock mit einem Teil seines Waffenarsenals. Foto: fsbuq

«Sie haben an meiner Schulter geweint»

_ Hatune Dogan im Gespräch mit Tino Perlick

Die syrisch-orthodoxe Ordensschwester Hatune Dogan bereist mit ihrer Stiftung von islamischem Terrorismus gebeutelte Regionen in der ganzen Welt. Für Europa hat sie eine eindringliche Warnung.

Wollt Ihr das auch erleben, was wir erlebt haben?

Sie wurden 1970 im Osten der Türkei geboren. Wie würden Sie Ihre Kindheit als aramäische Christin unter dem Islam beschreiben?
Der Ort, in dem ich lebte, war das Paradies. Als Christen lebten wir jedoch unter den härtesten Umständen. Ständig hatten wir Angst, in jedem Moment angegriffen, beraubt oder getötet zu werden. Es herrschte Unterdrückung. Wir wurden nicht einmal als Menschen bezeichnet.

Das klingt eher nach Terror, wie heute unter dem IS.
Das ist dasselbe. Die glauben ja alle an denselben Koran. Es gibt keine liberalen Muslime, die dieses Buch ernst nehmen. Den IS gibt es schon so lange wie Mohammed. Er ist ja dessen Vorbild. Was Mohammed schrieb und tat, das tun auch die IS-Leute – einhundertprozentig.

Sie haben in einem Vortrag gesagt: «Kein Mensch hat in einem Leben so viele Gräueltaten gesehen wie ich.»
Über 3.000 missbrauchte Mädchen und Frauen haben an meiner Schulter geweint. Ich habe zweigeteilte Kinderleichen gesehen. Ich sah einen syrisch-orthodoxen Priester, der in sieben Stücke geteilt wurde. Eure Medien zeigen das nicht. Diese Realität ist schwer zu verkraften. Wenn ich vor dem Islam warne, heißt es, ich sei ja eine «Betroffene». Liebe Europäer, wollt Ihr das auch erleben, was wir erlebt haben?

Wie erkennt man einen Wolf?

Sie unterscheiden nicht zwischen Islam und Islamismus?
Diese Gräueltaten sind alle im Namen des Islam passiert. Für mich kann jeder Muslim, der nach dem Koran lebt, gar nicht anders handeln. Die Muslime sind in ihren Schriften gefangen. Deshalb sage ich: Es wird keinen Frieden auf der Welt geben, bis der Koran reformiert ist. Das kann ich garantieren. Irgendein Dummer wird ihn immer lesen und erfüllen wollen, so wie ich mich Matthäus, Kapitel 25, Vers 40, gewidmet habe. Da sagt Jesus: «Was Du für den geringsten Mitmenschen tust, das hast Du für mich getan.» Ohne Unterschiede. Religion, Konfession, Hautfarbe sind mir egal. Die Muslime haben ein Recht, sich auch einer Schrift zu widmen. Der Unterschied ist: Von ihnen werden Gräueltaten gefordert.

Seit 2007 ist die Hatune-Stiftung in Flüchtlingslagern des Nahen Ostens aktiv. Foto: hatunefoundation.com

Sie sagen, Deutschland habe die «Wölfe hereingeholt und die Schafe draußen gelassen».
2016 war ich elf Mal im Nahen Osten. Ich sehe, wer dort geblieben ist. Junge Männer sind in Euer Land gekommen. Die sollten eigentlich Syrien wiederaufbauen. Die haben die missbrauchten Mädchen und Frauen, Kinder und Witwen dagelassen. Wofür? Entweder, die wollen Familiennachzug haben, oder hier heiraten. Das gibt ihnen das Recht, sich hier niederzulassen. Das ist verkehrt. Deshalb habe ich das so gesagt. Ich weiß, wovon ich spreche. Aber die deutsche Regierung wollte unsere Hilfe nicht.

Wie meinen Sie das?
Unser Bischof hat einem Politiker unsere Hilfe angeboten. Er hat erklärt, dass ein Schaf den Wolf unter Hunden stets erkennen wird. Wir haben ja diese Erfahrung der Schafe. Wir wissen, wer der Wolf ist. Aber bis jetzt gab es keine Reaktion.

Wer war dieser Politiker?
Das möchte ich nicht sagen. Aber er hätte die Macht gehabt.

Wie erkennt man Wölfe?
Ein IS-Mitglied oder einen fanatischen Salafisten erkennt man an seinem Bart: Unter der Lippe bleibt er rasiert, trägt aber drum herum einen Kinnbart. Das ist typisch mohammedanische Stilvorschrift und zeigt klipp und klar, dass sie nicht mal vom Aussehen hierher passen wollen. Wenn Sie an denen vorbeigehen, werden diese Typen mindestens zur Seite gucken. Vor Kirchen spucken sie wahrscheinlich auf den Boden.

Es ist für mich das Allerschlimmste, dass jetzt Muslime als politische Kandidaten aufgestellt werden.

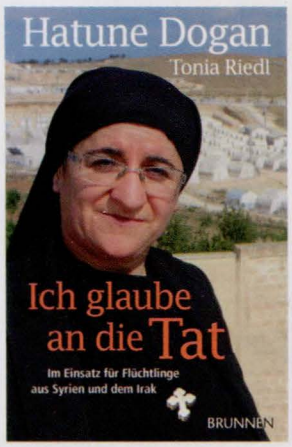
Wie sieht es mit weniger auffälligen Muslimen aus?
Es gibt vier verschiedene Gruppen des Islams. Die erste Gruppe besteht aus hochgebildeten Menschen. Eine leider sehr kleine Gruppe. Die sagen: Das, was da steht, hat doch nichts mit Religion zu tun! Die trauen sich aber nicht, etwas zu sagen, aus Angst, getötet zu werden. Die zweite Gruppe sind Muslime, die nicht arabisch sprechen und lesen können. Gott sei Dank verhalten sich Inder oder auch viele Türken zum Koran, der ja die wörtliche Offenbarung Allahs beinhalten soll, wie Analphabeten. Würden die alle den Koran lesen können und ihm folgen, stünde die Welt in Flammen! Die dritte Gruppe sind Alawiten und die Gruppe der Schiiten, die Ayatollah Khomeini nicht folgt. Die, würde ich sagen, sind liberal. Dann kommt die vierte Gruppe. Das sind die Salafisten. Der IS, Al-Qaida, Boko Haram, die Muslimbruderschaft und Graue Wölfe zähle ich alle hierzu. Also, man sollte nicht alle Muslime in einen Topf werfen. Das tue auch ich nicht. Ich spreche in meinen Vorträgen immer von der vierten Gruppe.

Hunderte Pakistaner blockierten am 22.11.2015 Gleise an der griechisch-mazedonischen Grenze. Zuvor hatten die mazedonischen Behörden den Männern die Einreise verweigert. Foto: picture alliance / PIXSELL

Tarnen und täuschen

Was raten Sie Europa?
Es muss aufhören, so blauäugig zu sein. Ich erzähle Ihnen die wahre Geschichte von zwei Nachbarsjungen, die in derselben Woche geboren wurden, Tobias und Mohammed. Sie spielten miteinander, bis Mohammed im Alter von vier Jahren in die Koranschule kam. Der Junge lernte, dass es verboten sei, sich mit Ungläubigen anzufreunden. Allah erlaube es nicht. Das sagte das Kind den Eltern frei heraus! Auch der Vater kennt diese Verse. Doch er sagt: «Hallo Nachbar, wie geht es Dir?»

Er spielt die Freundlichkeit nur vor?
Ja. Weil die Muslime noch in der Minderheit sind, übt der Vater Taqiyya aus. Das bedeutet: «Verschiedene Gesichter haben.» Um ans Ziel zu kommen, dürfen sie Schweinefleisch essen, Alkohol trinken und



Dogans Buch erschien 2015. Foto: Brunnen Verlag

Nonne im Glaubenskrieg

Die Stiftung Hatune – Helfende Hände für die Armen hat ihren Sitz in Warburg (Nordrhein-Westfalen). 5.000 Helfer sind im Vorderen Orient, in Nordafrika sowie in asiatischen und südamerikanischen Ländern aktiv, darunter in vielen Krisengebieten. Hatune Dogan schreckte nicht davor zurück, IS-Gebiete in Syrien und dem Irak zu bereisen. Gegenüber *Spiegel Online* erklärte sie Ende 2014: «Wir müssen sehr aufpassen.» Angst vor dem Tod habe sie aber nicht. «Das einzige, was ich fürchte, ist, misshandelt und gequält zu werden.»

Weitere Informationen und Kontodaten für Spenden finden Sie auf der Webseite *deutsch.hatunefoundation.com*.

Logo der Schwester-Hatune-Stiftung. Foto: hatunefoundation.com

Hatune Dogan und COMPACT-Redakteur Tino Perlick. Foto: privat

_ Hatune Dogan wurde 1970 in der Osttürkei geboren. Als Kind floh sie mit ihrer Familie aus der Türkei nach Deutschland, da ihr Vater wegen seines christlichen Glaubens Todesdrohungen erhielt. Die ausgebildete Krankenschwester und Psychotherapeutin hilft mit ihrer 2003 gegründeten Stiftung Menschen, die wegen ihres Glaubens oder ihrer politischen Gesinnung verfolgt werden. 2010 erhielt sie das Bundesverdienstkreuz.

sogar ihrem Glauben entsagen. Sobald sie dann aber genug Kraft und Macht haben, müssen sie echte Moslems sein.

Was ist das Ziel?
Die ganze Welt zu islamisieren. Das ist das Ziel des Islam von Anfang an – bis heute.

Möchten Europäer unter der Scharia leben?

Also steht Europäern im schlimmsten Falle das bevor, was sie in Ihrer Kindheit durchlitten haben?
Mit Sicherheit! Schauen Sie, im 8. Jahrhundert hatten wir Christen im Nahen Osten die Muslime genauso empfangen wie Ihr heute. Die gab es in den meisten Gebieten dort vorher nicht. Wir sagten, wir müssen diesen armen Menschen aus christlicher Sicht helfen und haben ihnen alles beigebracht: Geografie, Astronomie, Kunst. 96 Prozent der Bewohner des Orients waren Christen, heute sind es noch zwei Prozent. Und die werden auch nicht in Ruhe gelassen. Wo sind sie geblieben? Sie wurden getötet oder sind konvertiert.

Ich habe gelesen, dass im Islam auch Bestechung zum Erreichen der Ziele erlaubt ist.
Als Vertreter einer muslimischen Gemeinde würden Sie versuchen, sagen wir, den Landrat zu sich zu holen. Sie würden ihn mit ihrer Gastfreundschaft blenden. Das ist die Methode. Wenn diese Gemeinschaft dann den Wunsch hat, zum Beispiel eine Moschee zu bauen, wird der Landrat nicht nein sagen. Unsere Politiker und viele Kirchenvertreter wurden so verblendet.

Was sagt es über Deutschland aus, dass Merkels Integrationsministerin Aydan Özoguz aus der Türkei kommt?
Das ist für mich das Allerschlimmste, dass jetzt Muslime als politische Kandidaten aufgestellt werden. Hey, Leute, Politiker, Volk, wo geht Ihr hin? Islam im Parlament? Wenn die die Mehrheit im Parlament haben, was werden die über Euch entscheiden? Ihr seid blind! Dumm, in dieser Hinsicht!

Allahs Krieger

Wie passt es zusammen, dass ausgerechnet Verfechter des Liberalismus den Islam verteidigen?
Europa ist so gut wie entchristianisiert. Die Europäer müssen zurück zum Christentum kommen. Nicht, weil sie sich verteidigen müssen. Nein, sie sollen zu ihrem Christentum stehen! Sonst haben sie keinen Halt und sind verloren. Heiden werden sowieso als erstes geschlachtet. Die naiven Leitmedien und Politiker haben Schuld an allen Gräueltaten, die es schon gab und noch geben wird. Wenn sie nicht bald aufwachen, ist es zu spät. Der Islam hat Zeit. Der Orient ist auch nicht an einem Tag erobert worden. Möchten Europäer unter der Scharia leben? Hier passieren schon Steinigungen. In Deutschland gibt es über 40.000 beschnittene Mädchen. Die Frau ist es nicht wert, Lust am Sex zu haben. Wo gehen wir hin? Warum erwacht Europa nicht?

Dieses Jahr gründete sich eine muslimische Bürgerwehr, die sogenannten Germany's Muslims. Was braut sich hier bei uns zusammen?
Die bereiten sich vor! Der Gründer ist ein deutscher Konvertit. Er sagt, Muslime müssen sich Respekt erkämpfen, man solle aber keine Angst vor ihnen haben. Sie seien keine Sekte, sondern erfüllten nur, was Mohammed gewollt hat. Das sagt er offen. Wenn die erfüllen, was im Koran steht – oh, mein Gott! Schon jetzt haben wir Berichte von Waffenarsenalen in Moscheen. Die waren von Anfang an strategische Treffpunkte für Vorbereitungen auf den nächsten Angriff auf Ungläubige. Bis heute ist die Aufgabe dieselbe.

Ist Merkels Flüchtlingspolitik christlich?
Merkel hat total falsch gehandelt. Wenn jetzt nichts passiert, ist in 50 Jahren die muslimische Mehrheit da. Wer das gut findet, will seine Kinder vor seinen Augen geschlachtet sehen. ■

Dossier

_ Seite 44–52

Aufstand der Sachsen

Die Bundestagswahl hat vor allem im Freistaat tiefe Spuren hinterlassen: Erdrutschartige Verluste für die CDU – und die AfD als stärkste Partei. Damit haben die Menschen an eine jahrhundertelange rebellische Tradition angeknüpft: Wer die Sachsen reizt, muss das Echo vertragen.

Foto: picture alliance / dpa

Schlot eines brodelnden Vulkans

_ von Sven Reuth

Hinterwäldlerisch, rechtsradikal, typisch sächsisch – so die Reaktionen auf die Spitzenposition der AfD bei der Bundestagswahl im Freistaat. Von wegen! Das Ergebnis war vielmehr Ausdruck einer besonderen geistigen Eigenständigkeit, die auf einem jahrhundertealten Sonderweg des Landes beruht. Eine Spurensuche.

Die Dresdner halten durch. Seit drei Jahren demonstriert Pegida jeden Montag gegen die Islamisierung Deutschlands: Hier am 22.12.2014 vor der Semperoper. Foto: picture alliance / dpa

August der Starke machte Sachsen zum Zentrum eines mitteleuropäischen Imperiums.

Dresden am 12. Januar 2015: Die schweigende Menge, die um den Altstadtring zieht, ist unübersehbar. Viele Menschen tragen schwarz-rot-goldene Fahnen, doch fast ebenso häufig sieht man das sächsische Grün-Weiß, daneben auch die Flaggen Brandenburgs und Thüringens, Frankreichs und Russlands. Die Republik ist in ihren Grundfesten erschüttert: Wie kann es sein, dass eine Gruppierung mit dem sperrigen Namen Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes – kurz Pegida – es schon bei dem zwölften ihrer montäglichen Abendspaziergänge geschafft hat, 40.000 Bürger auf die Straße zu bringen?

Es war die größte patriotische Demonstration in der Geschichte der Bundesrepublik – die Bewegung hatte sich blitzschnell aus einem kleinen Kern von 350 Protestlern entwickelt, die am 20. Oktober 2014 zu einer ersten Kundgebung zusammengekommen waren. Der Westen war empört – politische Opposition hatte doch gefälligst von links zu kommen! Die Entrüstung über die rebellischen Sachsen sollte auch in den kommenden drei Jahren anhalten und am 24. September 2017 einen neuen Höhepunkt erreichen: Fassungslos mussten die Vertreter der etablierten Parteien am Abend der Bundestagswahl zur Kenntnis nehmen, wie sich der Südosten der Republik blau einfärbte. In einem Gebiet, das sich vom Weißeritztal im Osterzgebirge bis zur Neiße erstreckt und das in der West-Ost-Richtung etwa 120 Kilometer misst, konnte die AfD drei Wahlkreise gewinnen. Wieder einmal durften zahlreiche Experten darüber rätseln, warum die Stunde der Patrioten immer wieder hier schlägt.

Wettiner Asyl für Luther

Wer den sächsischen Heimatstolz verstehen will, muss etwas tiefer schürfen, als es die meisten Leitartikler und Talkshow-Analytiker tun. Kaum bekannt ist nämlich, dass erste Anfänge landesstaatlicher Verwaltung in Sachsen schon fast eintausend Jahre zurückliegen. Im Jahr 1089 wurde die Mark Meißen dem Grafen Heinrich von Eilenburg als Lehen vergeben. Damit wurde eine Dynastie begründet, die

im Jahr 1423 die Kurfürstenwürde erlangte und bis zum Jahr 1918 herrschte. Das Kursachsen der Wettiner stieg in der Frühen Neuzeit für 200 Jahre zum bedeutendsten Herrschaftsverband im Deutschen Reich neben den Habsburgern auf – und man nutzte diese Macht zum eigenständigen Handeln.

Kurfürst Friedrich III., der als «der Weise» in die Geschichtsbücher eingegangen ist, verweigerte im Jahr 1518 standhaft die Auslieferung seines widerspenstigen Landeskindes Martin Luther nach Rom, obwohl dies für ihn damals die einfachste Lösung gewesen wäre. Drei Jahre später brachte der sächsische Regent den wegen «ketzerischer Umtriebe» verfolgten Augustinermönch auf der Eisenacher Wartburg vor dem kaiserlichen Bannspruch in Sicherheit, wo Luther seine epochale Bibelübersetzung ins Deutsche schuf.

In der Hochphase des Augusteischen Zeitalters war Sachsen sogar das Zentrum eines mitteleuropäischen Imperiums. August dem Starken gelang es nämlich, sich im Jahr 1697 in Krakau zum polnischen König krönen zu lassen und damit eine Union der beiden Staaten zu stiften, die immerhin für 66 Jahre Bestand haben sollte. In dieser Zeit entwickelte sich Dresden zu einem Athen der Neuzeit und einem barocken Architekturjuwel. Es entstanden Bauten wie der Zwinger oder die schon zu Lebzeiten Augusts projektierte Frauenkirche, die bis heute als Inbegriff sächsischer Identität gelten. Die Konversion des lutherischen Monarchen führte zur Etablierung einer katholischen Dynastie in einem ansonsten tiefprotestantischen Land. All dies hat bis heute tiefe Spuren hinterlassen – und begründete ein spezifisch landestypisches Selbstbewusstsein, wie man es deutschlandweit heute nur noch in Bayern findet.

Pioniere der Industrialisierung

Außenpolitisch zeigte man im 19. Jahrhundert allerdings ein ausgesprochenes Talent, ständig auf der Verliererseite zu stehen – 1806 bei Jena und Auerstedt an der Seite Preußens, 1813, gegen große Teile der gesamtdeutsch eingestellten eigenen Armee, die während der Völkerschlacht bei Leipzig mehrheitlich zum Gegner überlief, als unglücklicher Juniorpartner Napoleons, und 1866 bei Königgrätz als Verbündeter Österreichs.

Gleichzeitig blühten jedoch Künste und Wissenschaften. Sachsen entwickelte sich zum Geniewinkel, wie es ihn in Deutschland sonst wohl nur in Württemberg gegeben hat – und brachte Persönlichkeiten wie Richard Wagner, Friedrich Nietzsche oder Karl May hervor. Auf wirtschaftlicher Ebene war das Land die deutsche Pionierregion der Industrialisierung, deren erste Keime schon in den um das Jahr 1500 gegründeten Bergstädten im Erzgebirge mit ihrem durchorganisierten Silberabbau zu erahnen waren. Einen ersten Höhepunkt erreichte diese Entwicklung im Zeitalter der Manufakturen mit der Entdeckung eines Verfahrens zur Herstellung von Hartporzellan durch den Alchemisten Johann Friedrich Böttger im Jahr 1710 in Meißen. Der Aufstieg kulminierte schließlich in der Transformation von Chemnitz, dem «sächsischen Manchester», zur ersten echten deutschen Industriestadt in den Jahren nach 1800.

Das Bewusstsein, im technischen Bereich und den Ingenieurswissenschaften immer eine Spitzenposition eingenommen zu haben, prägte die landestypische Sonderform des Patriotismus. Bis heute glänzt man beim Schulleistungsvergleich PISA – und zwar nicht nur als nationaler, sondern weltweiter Spitzenreiter im Bereich der Naturwissenschaften. Das Gold in den Köpfen machte die Region schon immer zu einer wirtschaftlichen Korsettstange Deutschlands. Das war auch in der DDR der Fall, wo die drei Bezirke Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt, die das im April 1952 aufgelöste Land Sachsen ersetzt hatten, bis in die späten Jahre ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes erwirtschafteten.

Deutsche Revolutionäre

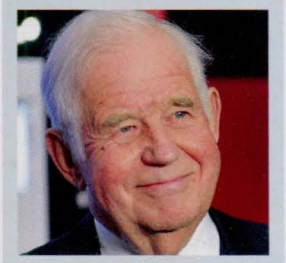
Im Herbst 1989 war es dann die revolutionäre Wucht im Südosten des Arbeiter- und Bauernstaates, die entscheidend zum Sturz der SED-Herrschaft im ganzen Land beitrug. Im vogtländischen Plauen fand am 7. Oktober 1989 mit 20.000 Teilnehmern die erste Großdemonstration dieses Wendeherbstes statt – und auf dem Leipziger Ring ließen bis zu einer halben Million Demonstranten keinen ernsthaften Zweifel mehr an der baldigen Überwindung der kommunistischen Herrschaft.

Betrogene Hoffnungen: Am 19.12.1989 begrüßten die Dresdner den damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl. Foto: picture-alliance/ ZB

Sachsen glänzt als weltweiter PISA-Spitzenreiter im Bereich der Naturwissenschaften.

Im Dresdner Maiaufstand vom 3. bis 9. Mai 1849 versuchten die Sachsen vergeblich, eine Republik zu errichten. Dieses Gemälde zeigt den Angriff sächsischer und preußischer Truppen auf die Barrikaden am Neumarkt. Foto: Kolossos, CC-BY-SA-2.5, Wikimedia Commons

König Kurt



Für zwölf Jahre – von der Neugründung des Landes 1990 bis zum Jahr 2002 – wurden die sächsischen Regierungsgeschäfte von Ministerpräsident Kurt Biedenkopf geführt, der so erfolgreich war, dass die Landes-CDU unter seiner Ägide in den Rang einer «Staatspartei» aufstieg. Helmut Kohl hatte dem Querdenker in Westdeutschland den Aufstieg in höchste Ämter verwehrt, aber als Visionär und Intellektueller konnte er in Sachsen reüssieren. Im September 1999 erreichte die CDU mit Biedenkopf als Spitzenkandidat bei den Landtagswahlen ein Zweitstimmenergebnis von 56,9 Prozent – dennoch wurde er in der darauffolgenden Legislaturperiode von der eigenen Partei gestürzt. Den heutigen CDU-Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich kritisierte Biedenkopf nach der letzten Bundestagswahl in einem Interview mit der *Zeit* scharf und stellte mit Blick auf die Sachsen fest: «Sie können es nicht vertragen, wenn sie das Gefühl haben, nicht gut regiert zu werden». Schon Biedenkopfs Nachfolger Georg Milbradt musste bei den Landtagswahlen im September 2004 hohe Verluste hinnehmen. Die NPD zog damals mit sensationellen 9,2 Prozent erstmals seit den 1960er Jahren wieder in einen deutschen Landtag ein und machte deutlich, welches Potenzial in Sachsen für Parteien rechts der Union besteht.

Kurt Biedenkopf. Foto: Thomas Kretschel/COU

Heute ist die Landeshauptstadt der «regelmäßig aktive Vulkanschlot eines brodelnden Untergrunds», so der Politologe Werner Patzelt in seiner Studie *Pegida – Warnsignale aus Dresden*. Viele Abendspaziergänger reisen aber montags auch von außerhalb an, aus jenem blauen Herzland, das am 24. September mehrheitlich AfD gewählt hat: Da ist die Sächsische Schweiz mit dem Elbsandsteingebirge, das schon für Caspar David Friedrich in Gemälden wie dem «Wanderer über dem Nebelmeer» zum landschaftlichen Sinnbild deutscher Romantik wurde. Da gibt es die Oberlausitz mit dem Zentrum Bautzen, der «Stadt der Türme»: Die slawische Minderheit der Sorben bildete hier schon immer eine katholische und konservative Insel, pflegte ihre Sprache, ihre Trachten und Bräuche wie das Osterreiten. Der entsprechende Wahlkreis schien so sicher ein Erbbesitz der CDU zu sein wie sonst nur manche CSU-Hochburgen in Oberbayern – doch auch hier setzte sich bei der Bundestagswahl mit Karsten Hilse ein AfD-Direktkandidat durch.

Dann gibt es im Osten an der Neiße noch einen kleinen Teil der bis 1945 existierenden preußischen Provinz Niederschlesien um die Städte Görlitz, Weißwasser und Hoyerswerda, der seit der Neugründung des Freistaates am 3. Oktober 1990 zum Territorialbestand Sachsens zählt. Der Traum von der Gründung eines eigenen «Bundeslandes Schlesien» oder von der Wiedervereinigung der Stadt Görlitz mit ihrem heute in Polen liegenden Ostteil über die Schaffung eines gemeinsamen kommunalen Dachparlaments, der in der Wendezeit durchaus Anklang fand, konnte am Ende nicht realisiert werden. Heimatbewusstsein und Interesse für die Regionalgeschichte haben aber auch hier tiefe Wurzeln geschlagen, und der Sieg des AfD-Direktkandidaten Tino Chrupalla im Wahlkreis Görlitz über Michael Kretschmer – zuletzt als stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Generalsekretär der sächsischen Union ein politisches Schwergewicht der Christdemokraten – sorgte bundesweit für Aufsehen.

> «Tschechien, wie wär's: Wir nehmen Euren Atommüll, Ihr nehmt Sachsen?»
>
> Springer-Absolvent Ansgar Mayer

Im Westen begegnet man dem eigenwilligen Freistaat bisweilen mit blankem Hass. «Tschechien, wie wär's: Wir nehmen Euren Atommüll, Ihr nehmt Sachsen?», twitterte Springer-Akademie-Absolvent Ansgar Mayer, heute Direktor für Medien und Kommunikation beim Erzbistum Köln, nach der Bundestagswahl. Die Sachsen werden solche Anfeindungen mit Gelassenheit zur Kenntnis nehmen, wissen sie doch genau, dass man in ihrer Heimat schon viele Probleme besser löste als anderswo, gerade weil man sich stets gegen Fremdbestimmung wehrte. Sachsens konservative Revolution dürfte die Republik noch lange in Atem halten. ■

Osterreiter in Wittichenau (bei Hoyerswerda): Hier beginnt und endet die größte und zugleich älteste Reiterprozession (seit 1541) in der sächsischen Lausitz. Der sorbische Brauch ist ein Charakteristikum der überwiegend katholischen Region und zeugt von besonderem Traditionsbewusstsein. Tausende Besucher von Nah und Fern kommen jedes Jahr am Ostersonntag, um die rund 1.500 betenden und singenden Osterreiter mit Zylinder und Gehrock zu bewundern. Foto: Daniell Pföhringer

_ Sven Reuth ist Fußball- und Gesellschaftskritiker und lebt in Sachsen. In COMPACT 10/2017 schrieb er über die Ultra-Bewegung.

Frust an der Wahlurne

_ Alexander Krauß im Gespräch mit Daniell Pföhringer

Der 24. September war für Sachsens CDU ein Desaster – sie verlor 16 Prozent, die AfD wurde im Freistaat stärkste Partei. Der frisch gewählte Bundestagsabgeordnete Alexander Krauß fordert deshalb einen Kurswechsel – nicht nur in der Asylpolitik. COMPACT hat sich mit dem Christdemokraten aus dem Erzgebirge unterhalten.

Herr Krauß, die CDU hat bei der Bundestagswahl in Sachsen erhebliche Verluste erlitten. Wie bewerten Sie das Ergebnis?
Das Ergebnis kann uns nicht zufriedenstellen. Es ist Ausdruck einer Protesthaltung, vor allem festgemacht am Thema Asyl. Deshalb sollten wir als CDU besonders bei diesem Thema nachdenken, was anders gemacht werden muss.

Sie haben schon 2015 Kritik an der Asylpolitik geübt und sind dafür vom politischen Gegner angezählt worden. Sehen Sie sich nun bestätigt?
In meiner Kritik von damals sehe ich mich bestätigt. Ich hatte kritisiert, dass viel zu viele ohne Passpapiere bei uns einreisen und bei der Beschaffung von Ersatzpässen nicht mithelfen. Es ist in anderen europäischen Ländern ganz selbstverständlich, dass man seinen Pass nicht einfach wegwerfen kann, wenn man Asyl beantragen möchte, und dann nicht mithilft bei der Identitätsfeststellung. Als die sogenannte Flüchtlingskrise Anfang 2015 begann, kamen in erster Linie Kosovaren, Serben und Albaner – und kaum Syrer. Dass diese Südeuropäer alles andere als politisch Verfolgte sind, musste jedem klar sein. Mittlerweile haben wir dieses Problem aber gut in den Griff bekommen. Unsere Behörden können für diese Länder Passersatzpapiere ausstellen, die in den Herkunftsländern anerkannt werden. Und die Zahl der Antragsteller ist drastisch gesunken.

Frau Merkel hat aber schon vor der Wahl gesagt, sie würde alles noch mal so machen.
Sie hat aber auch gesagt – und das stand auch in unserem Wahlprogramm: Das Jahr 2015 darf sich nicht wiederholen. Zugegebenermaßen passt die eine Aussage schlecht zur anderen. Ich sage ganz klar: 2015 war ein Fehler – als humanitäre Geste gut gemeint, aber dann aus dem Ruder gelaufen. Es gab einen Dammbruch. Oder um es mit Horst Seehofer zu sagen: Der Stöpsel war aus der Flasche und nicht so leicht wieder reinzubekommen. Diesen Dammbruch hat Angela Merkel sicher nicht vorausgesehen. Ich hätte mir gewünscht, sie hätte die Größe gehabt und gesagt: Wir haben einen Fehler gemacht – und der wird sich nicht wiederholen. Das wäre glaubwürdiger gewesen, und das hätten die Menschen auch akzeptiert.

Wahlkampfauftritte im Osten, wie hier am 6. September in Torgau, glichen für Angela Merkel einem Spießrutenlauf. Foto: picture alliance / Jochen Eckel

Kriminelle Tunesier

Was muss denn jetzt konkret anders gemacht werden? Sie gehen ja in sehr schwierige Koalitionsverhandlungen mit vielen Konfliktthemen zwischen den Parteien.
Man muss erst einmal die Punkte Zuwanderung und Asyl voneinander trennen. Wir brauchen einerseits Fachkräfte, zum Beispiel ausländische Ärzte, die schon heute die medizinische Versorgung sichern. Beim Thema Asyl gibt es hingegen einige brennende Punkte, etwa den Familiennachzug. Die potenziellen Koalitionspartner haben sehr unterschiedliche Ansichten, gerade was die Grünen betrifft. Da muss die Union hart bleiben und sagen: Es gibt keinen Familiennachzug.

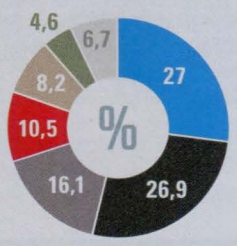
> Wir müssen sagen: Es gibt keinen Familiennachzug.

Alexander Krauß, im Hintergrund das malerische Schwarzenberg. Foto: alexander-krauss.com

Die CDU muss wieder konservativer werden.

Absturz in Sachsen

Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2017



Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Grafik: COMPACT

Das hat Frau Merkel aber offengelassen...
Merkel hat das offengelassen, aber Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat schon gesagt, dass er den Familiennachzug ablehnt. Wir haben nun eine gemeinsame Position von CDU und CSU, wo klar verankert ist, dass der Familiennachzug ausgesetzt bleiben soll. Daneben gibt es aber noch andere umstrittene Punkte wie die Anerkennung von sicheren Herkunftsstaaten wie Tunesien, Marokko und Algerien. In Tunesien gibt es keinerlei politische Verfolgung, wir haben aber gerade in Sachsen große Probleme mit Tunesiern, die überdurchschnittlich häufig in der Kriminalstatistik auftauchen. Da muss die Union bei ihrer Linie bleiben und weiterhin nach Mehrheiten im Bundesrat suchen. Außerdem müssen die Abschiebezahlen erhöht werden.

Das wäre aber Aufgabe Ihrer Landesregierung, die ist dafür zuständig.
Sachsen und die anderen Landesregierungen geben sich Mühe, aber es gibt noch erhebliche Defizite. Die gesetzlichen Grundlagen für einen Abschiebegewahrsam wurden in Sachsen kürzlich geschaffen. Jetzt muss er zügig eingerichtet werden. Ich glaube aber, dass selbst die rot-grün regierten Länder dazugelernt haben. Früher hatte Baden-Württemberg jede Abschiebung angekündigt – mit dem Effekt, dass man dann niemanden mehr angetroffen hat. Das hat sich geändert. Aber insgesamt ist die Zahl der Rückführungen immer noch viel zu niedrig.

Woran liegt das?
Das liegt häufig daran, dass man versucht, bei den Botschaften Passersatzpapiere zu beschaffen, aber Staaten wie Afghanistan oder Tunesien nur sehr begrenzt dafür zu begeistern sind, die eigenen Landsleute zurückzunehmen. Da müssen wir den Druck erhöhen, etwa über die Entwicklungshilfe.

Westdeutsche Arroganz

Nun war die Asylpolitik sicherlich nicht allein für das schlechte CDU-Ergebnis in Sachsen verantwortlich. Ihr Ex-Ministerpräsident Kurt Biedenkopf sieht auch einen Grund in der Person Stanislaw Tillich, der, wie er gegenüber der Zeit sagte, nie für das Amt des Regierungschefs vorgesehen gewesen sei und dem dazu auch die «Vorbildung» fehle. Wie bewerten Sie diese Aussagen?
Wenn jemand vom Chiemsee aus kluge Ratschläge nach Sachsen schickt, kann ich das nur als westdeutsche Arroganz bezeichnen. Kurt Biedenkopf hätte sich einen großen Gefallen getan, wenn er sich zurückgehalten hätte.

Aber warum ist denn gerade die CDU in Sachsen so abgestürzt – um fast 16 Prozent, gut doppelt so viel wie im Bund?
Wir haben hier eine spezielle Situation. In Sachsen hat einerseits der Bundestrend durchgeschlagen, es gab aber auch landespolitische Themen wie die Schulpolitik, die vom Wähler kritisiert worden ist. Hinzu kommen Sondereffekte. Pegida ist bekanntermaßen in Dresden beheimatet. Und im Gegensatz zu Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, wo sich schon bei den Landtagswahlen ein Ventil geöffnet hatte, konnten die Leute in Sachsen mit der Bundestagswahl zum ersten Mal seit der Flüchtlingskrise ihren Frust an der Wahlurne zeigen.

Die Union landete in Sachsen hinter der AfD auf Platz 2.
Die AfD hat sich ja schon wieder ein Stück weit entzaubert. Sachsen war bis zur Bundestagswahl das einzige Bundesland, wo die AfD-Fraktion im Landtag noch keine Austritte erlebt hatte. Gleich nach der Bundestagswahl hat Frau Petry die Segel gestrichen, und nun ist auch die Fraktion im Sächsischen Landtag zerbrochen.

Sie können ja nicht nur auf die Selbstzerstörung der AfD hoffen. Ministerpräsident Tillich hat angemahnt, dass die Union ihr konservatives Profil schärfen müsse. Sehen Sie das auch so?

Ja, die CDU muss wieder konservativer werden und sich fragen, was die Menschen im Lande wollen. Und Stanislaw Tillich hat recht, wenn er sagt, dass Deutschland Deutschland bleiben soll. Insofern ist eine Veränderung der Politik notwendig – und man muss natürlich die Dinge, die man verändert, auch kommunizieren.

Doch wieder GroKo?

Aber wie soll das ausgerechnet in einer Jamaika-Koalition funktionieren?
Das wird tatsächlich schwer, ist aber nicht unmöglich.

Also doch lieber Neuwahlen?
Das ist nie auszuschließen, aber die Grünen scheinen mir inzwischen doch recht kompromissbereit zu sein – was wohl auch mit Aussicht auf Ministerämter zusammenhängt. Die Koalitionsverhandlungen werden dennoch sehr schwierig und langwierig werden.

> «Die Leute wollen, dass Deutschland Deutschland bleibt.»
> Stanislaw Tillich

Die Schärfung des konservativen Profils ist das Eine, aber angesichts der Tatsache, dass die AfD vor allem bei Arbeitslosen und Einkommensschwachen punkten konnte, stellt sich natürlich auch die Frage, ob die Union noch eine Partei der kleinen Leute ist.
In der Tat muss die Union ihr soziales Profil schärfen. Wenn jemand sein Leben lang gearbeitet hat, braucht er auch eine Rente, von der er dann leben kann. Das ist eine Herausforderung, gerade bei mir im Erzgebirge, aber auch in Ostdeutschland insgesamt. Wir müssen einfach zeigen, dass wir gute Politik machen können, dass wir es besser machen als die anderen, und aufzeigen, dass Protest allein nicht reicht. Die Mehrzahl der Leute hat nicht AfD gewählt, weil die so gute Konzepte hatte, sondern aus Protest heraus. Gerade beim Thema Rente hatte die AfD überhaupt nichts zu bieten.

Hier stellt sich natürlich die Frage, wie man mit der FDP eine sozialere Politik durchsetzen will...
Es wird mit der FDP nicht einfacher, das stimmt. Aber ich bin zuversichtlich. Nehmen Sie als Beispiel die Lebensleistungsrente: Ich möchte nicht, dass am Lebensende jeder das Gleiche bekommt. Wer viel geleistet hat, soll auch mehr bekommen als der, der nie eine Schaufel in die Hand genommen hat. Ich denke, das ist auch der FDP vermittelbar – die ja immer für Leistungsgerechtigkeit eintritt.

Wann werden wir eine neue Regierung haben?
Nicht in diesem Jahr.

Etwas genauer vielleicht?
Ich schätze, im ersten Quartal 2018.

Da fließt ja noch reichlich Wasser die Elbe hinunter.
Wenn man mal in unsere Nachbarländer schaut, nach Belgien oder Holland, da dauert die Regierungsbildung 300 oder auch mal 800 Tage. Bei uns geht's schneller.

Und wenn es nicht klappt?
Ich sehe das nicht so pessimistisch und glaube nicht, dass es Neuwahlen gibt. Eher wird sich die SPD dann doch zu einem sehr guten Preis verkaufen und trotz ihrer vorherigen Ankündigungen eine Koalition eingehen.

Herr Krauß, ich bedanke mich für das Gespräch. ■

O Arzgebirg, wie bist du schie!

«O Arzgebirg, wie bist du schie, mit deine Wälder, ihr Wiesen, Barg on Tol, in Winter weiß, in Sommer grü. O Arzgebirg, wie bist du schie!» – so lauten die ersten Zeilen des wohl bekanntesten Liedes des beliebten erzgebirgischen Volksdichters Anton Günther (1876-1937). Kaum eine andere Region in Sachsen gilt als so traditionsverbunden und heimatbewusst wie der bergreiche Landstrich im deutsch-tschechischen Grenzgebiet mit seiner weltweit bekannten Holzschnitzkunst – wie den Schwibbögen, die in jeder guten Weihnachtsstube ihren festen Platz haben. Galt die Region politisch bislang als tiefschwarz, konnte die AfD bei der Bundestagswahl auch dort stark hinzugewinnen – und lag am Ende nur 1,8 Prozent hinter der CDU.

_ Alexander Krauß (*1975) studierte Politikwissenschaft, Kommunikations- und Medienwissenschaften sowie evangelische Theologie in Leipzig und Prag. Danach arbeitete er als freier Journalist und Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit bei der Stadtmission Zwickau. Seit 2004 sitzt der verheiratete Vater dreier Kinder für die CDU im Sächsischen Landtag. Seit 2008 ist der gläubige Christ und passionierte Ski-Langläufer Landesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) in Sachsen, seit 2011 stellvertretender CDA-Bundesvorsitzender. Am 24. September 2017 wurde Krauß als CDU-Direktkandidat im Wahlkreis Erzgebirge I mit 34,7 Prozent der Erststimmen in den Deutschen Bundestag gewählt.

Seit 1530 überreichen Dresdens Bäcker dem Landesherrn einen Weihnachtsstollen. Stanislaw Tillich scheint diese Tradition zu gefallen. Foto: picture alliance / ZB

Sachsen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker

_ von Bert Wawrzinek

Nicht erst seit der Bundestagswahl prügeln Politik und Medien auf die unbotmäßigen Sachsen ein. Das erzeugt Gegenwind: Getreu dem Motto ihres letzten Königs Friedrich August III. – «Dann macht doch Euern Dreck alleene» – gewinnt, gerade vor dem Hintergrund der Vorgänge in Katalonien, die Idee eines «Säxits» an Zuspruch.

In sechs Bundesländern wünscht schon jeder Fünfte, dass das eigene Bundesland die BRD verlässt.

Seit dem katalanischen Referendum vom 1. Oktober, bei dem 90 Prozent aller Teilnehmer für eine Trennung von Spanien votierten, erreichen uns aus Barcelona überwältigende Bilder und Berichte einer schier unaufhaltsamen Volksbewegung des «Independentismo». Während die Zentralregierung mit Polizeigewalt und Drohungen reagiert, befürchtet Brüssel einen Präzedenzfall für weitere Separationsbewegungen nicht nur in Schottland, Nordirland oder Südtirol. Ebenso könnten sich Basken, Korsen und Flamen in ihrem Eigensinn ermutigt fühlen.

Auch hierzulande ist die Diskussion über Katalonien entbrannt. Einige Beobachter sehen einen «Triumph der Volkssouveränität» über die «Supranationalität des Westens», andere wittern dunkle islamistische und marxistische Umtriebe, die den spanischen Nationalstaat zu destabilisieren suchen. Auch George Soros wird als Finanzier der Unabhängigkeitsbewegung genannt. Ganz sicher aber haben wir es mit einer Entwicklung zu tun, die mittelfristig auch bei uns eine inspirierende Wirkung auslösen könnte.

Trutzburg der Sachsen: Die Festung Königstein südlich von Dresden, hier um 1756, wurde niemals militärisch eingenommen. Foto: Bernardo Bellotto, Public domain, Wikimedia Commons

Freistaat Bayern

Seit Urgedenken kämpft die Bayernpartei (BP) für einen unabhängigen Staat. 1946 gegründet, zog sie drei Jahre später mit 17 Abgeordneten in den ersten Deutschen Bundestag ein. In ihrem Stammland holten die Traditionalisten damals 20,9 Prozent der Stimmen. Seither geht es bergab. Bei den Landtagswahlen 2013 erhielt die Partei noch 2,1 Prozent und ist derzeit mit einigen Dutzend Abgeordneten in Kommunalparlamenten vertreten.

Im Jahr 2009 kündigte die BP ein Volksbegehren an – Motto: «Freiheit für Bayern»: Bis 2020 sollte die weiß-blaue Eigenstaatlichkeit erreicht sein. Doch im Dezember 2016 wies das Bundesverfassungsgericht einen Kläger ab, der wegen «Nichtzulassung einer Volksabstimmung über den Austritt Bayerns aus der BRD» mit einer Verfassungsbeschwerde nach Karlsruhe gezogen war. «Für Sezessionsbestrebungen einzelner Länder ist unter dem Grundgesetz (...) kein Raum. Sie verstoßen gegen die verfassungsmäßige Ordnung», urteilten die Richter. Nicht anders argumentierte das spanische Verfassungsgericht, als es das katalonische Referendum für illegal erklärte.

Die Bayernpartei argumentiert nun, dass in genannter Urteilsbegründung die von der Bundesrepublik Deutschland anerkannte KSZE-Akte von Helsinki unberücksichtigt geblieben sei. Die aber sehe ausdrücklich ein «Selbstbestimmungsrecht der Völker» vor, wonach ein Volk das Recht habe, frei über seine politische Verfassung, seine Staats- und Regierungsform zu entscheiden. Dass die gegenwärtig 13 Millionen Bayern ein eigenes Volk sind und Bayern ein Staat und keine Berliner Provinz, steht für die BP außer Frage und wird der politischen Debatte auch weiterhin belebende Impulse liefern.

Doch die Sehnsucht nach mehr Eigenständigkeit beschränkt sich keineswegs auf die Bewohner des Bayernlandes. Auch anderswo wächst das Unbehagen, immer neuen Vorgaben aus Berlin und Brüssel hilflos ausgesetzt zu sein. Laut einer Umfrage des internationalen Meinungsforschungsinstituts YouGov vom Juli dieses Jahres wünscht sich in sechs deutschen Bundesländern schon jeder Fünfte, dass das eigene Bundesland die BRD verlässt. Nach Bayern, wo sogar jeder Dritte eine Unabhängigkeit befürwortet, folgen das Saarland und Thüringen mit

22 Prozent der Befragten. In Sachsen-Anhalt sind es noch 20, dazwischen liegen, mit 21 Prozent Zustimmung, Mecklenburg-Vorpommern – und der Freistaat Sachsen.

Freistaat Sachsen

Ein bisschen schrill klang das schon im Oktober 2015, jener Ruf nach einem «Säxit» anlässlich einer Pegida-Kundgebung in Dresden. Tatjana Festerling, damals noch Gallionsfigur der Islamkritiker, forderte unter tosendem Beifall, Sachsens Unabhängigkeit von Deutschland und der Europäischen Union mittels Volkentscheid herbeizuführen. Als Begründung nannte die Rednerin das aus ihrer Sicht gesetzwidrige Verhalten der Bundesregierung in der Asylfrage.

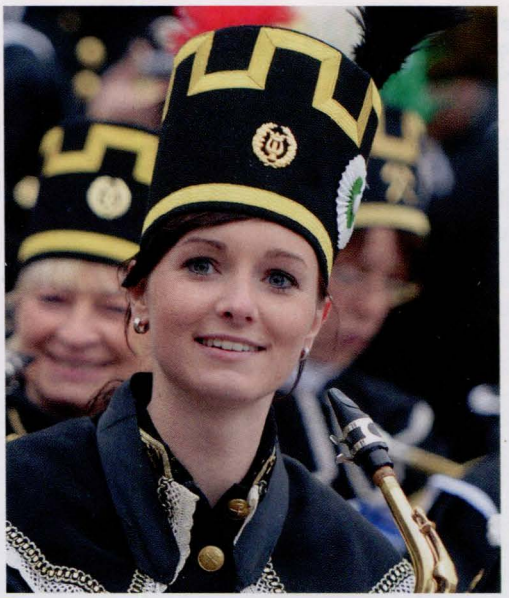
Obgleich mehr rhetorische Provokation, wurde damit deutlich, dass die Sachsen, die 1989 mit dem Schlachtruf «Wir sind das Volk» Mauer und Diktatur zum Einsturz gebracht hatten, 26 Jahre später selbstbewusst genug waren, jene Mauer symbolisch zurückzufordern, um sich gegen eine als Bedrohung empfundene illegale Migration und deren Befürworter zu wappnen. Auch die radikale Linke, die Antifa, forderte damals den «Säxit» – freilich andersherum: Die widerspenstigen Sachsen müssten aus der multikulturell gedachten BRD herausgeworfen werden.

Seitdem vergeht keine Woche, in der sich nicht ein Wust von Schmähungen in Politik und Medien über den Freistaat ergießt. Was zählen da schon ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum und der aktuelle Spitzenplatz im Ländervergleich der Bildungssysteme? Doch die Sachsen ließen sich den Schneid nicht abkaufen, blieben eigensinnig – und machten bei der Bundestagswahl im September ausgerechnet die AfD mit 27 Prozent zur stärksten politischen Kraft im Freistaat.

Tradition contra Zentralismus

Im Mai 1992 war in Dresden eine neue sächsische Landesverfassung beschlossen worden, welche in Artikel 5 ein «Volk des Freistaates Sachsen» benennt und dessen sorbischer Minderheit in Artikel 6 als «gleichberechtigtem Teil des Staatsvolkes» den Schutz von Identität, Sprache und Kultur garantiert. Niemand wird bezweifeln, dass die Sachsen – nicht weniger als ihre bayerischen Nachbarn – über eine unverwechselbare Eigenart verfügen, eine mehr als tausendjährige Geschichte und Kultur, deren Zeugnisse weltweit höchste Anerkennung finden.

Aus einer umkämpften Grenzmark entstand durch Innovationskraft und Leistungswillen von Generationen die einst höchstindustrialisierte Region der Erde. Dem obersächsischen Kulturkreis entstammen Bach,



Der Abbau etwa von Erz und Silber hat in Sachsen eine jahrhundertelange Tradition. Die Bergparaden zur Weihnachtszeit, hier 2013 in Chemnitz, sollen immaterielles Kulturerbe der Unesco werden. Foto: picture alliance / dpa

Händel, Schumann, Wagner, Lessing, Novalis und Nietzsche, von hier aus ging der Protestantismus in die Welt. Um wieviel ärmer wäre die Bundesrepublik ohne die kulturelle Mitgift Sachsens, die Barockschöpfungen des Augusteischen Zeitalters, die unschätzbaren Kostbarkeiten in Schlössern, Burgen und Sammlungen, die Musikstätten in Leipzig und Dresden, das Meißner Porzellan?

Die Sachsen lassen sich den Schneid nicht abkaufen und bleiben eigensinnig.

Nicht zuletzt bleibt die mitteldeutsche Erfolgsgeschichte untrennbar mit Sachsens vormaligem Königshaus, den Wettinern, verbunden. Über einen Zeitraum von mehr als 800 Jahren stellte die «erste Familie des Landes» (Claus Laske), eines der ältesten Fürstengeschlechter des Reiches, mit Markgrafen, Kurfürsten und Königen im Gebiet des heutigen Sachsens, in Teilen Thüringens und der Lausitz, die politischen Weichen. Demgegenüber macht der Zeitraum eingeschränkter staatlicher Souveränität – 1871 bis in unsere Tage – nur eine kurze Spanne aus.

Man muss es nicht auf die Spitze treiben, aber die Idee mit dem Selbstbestimmungsrecht könnte vor dem Hintergrund dieser stolzen Vergangenheit auch sächsische Politiker ermuntern, den Sirenenklängen des Berliner Zentralismus selbstbewusst zu widerstehen. Das Sachsenvolk würde es zu honorieren wissen. ■

Sachsens letzter König

Als im November 1918 die revolutionären Unruhen auf Dresden, Leipzig und Chemnitz übergriffen, untersagte der sächsische König Friedrich August III. die Niederschlagung der Aufstände mit Gewalt und verzichtete freiwillig auf den Thron. Bei seiner Abdankung soll er gesagt haben: «Nu, dann macht doch Euern Dreck alleene.» Als ihn nur zwei Jahre später wieder eine jubelnde Menschenmenge am Neustädter Bahnhof in Dresden empfing, konnte er sich die schelmische Bemerkung «Ihr seid mer ja scheene Demogradn!» nicht verkneifen. Bert Wawrzinek schreibt über Sachsens letzten Regenten: «Sachsen, seit der Reichseinigung vom Agrar- zum Industriestaat geworden, galt als das am dichtesten bevölkerte und am weitesten industrialisierte Land im Kaiserreich. Der junge König suchte den Ausgleich zwischen Tradition und Fortschritt und legte, wie seine Vorgänger, das Schwergewicht auf die Entfaltung der schöpferischen Kräfte von Wirtschaft und Kultur. Die Sachsen schätzten sein offenes natürliches Wesen, seine Güte und seinen schlagfertigen Humor. Friedrich August sprach die Sprache seines Volkes, das ihn verstand und liebte.» (*sachsendepesche.de*, 22.5.2016)

Friedrich August III. im Jahre 1914. Foto: Public domain, Wikimedia Commons

_ Bert Wawrzinek wurde 1959 in Leipzig geboren und lebt heute im Stolpener Land. Im ersten Leben Rockmusiker, betreibt er seit 25 Jahren ein Antiquariat im Dresdner Barockviertel.

Der Sachsensumpf

_von Karel Meissner

Brennpunkt Leipzig: Anfang der 1990er Jahre waren Juristen und Mafiosi in Immobilienspekulationen und Zwangsprostitution von Minderjährigen verstrickt. Die Urteile waren lächerlich, CDU und SPD wiegelten ab, die Opfer wurden alleingelassen.

Anklage gegen die Aufklärer

Derzeit stehen eine ehemalige Verfassungsschützerin und ein Kriminalbeamter in Dresden vor Gericht, die damals im Sachsensumpf ermittelt haben. «Hauptangeklagte ist Simone H., die drei Jahre lang, von 2003 bis 2006, im Dresdner Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) das Referat für Organisierte Kriminalität (OK) geleitet hatte. H. und ihre zwölf Mitarbeiter trugen damals zusammen, was sie von V-Leuten mit Decknamen wie Jaguar, Asterix oder Gemag über die OK im Freistaat und deren Verbindungen in Politik und Wirtschaft erfahren hatten. (...) Die Richter müssen (...) die Frage klären, ob die Ex-Verfassungsschützerin und der mitangeklagte Polizeibeamte Georg W. mit ihrer Arbeit dafür gesorgt haben, dass unbescholtene Bürger durch die Justiz verfolgt worden sind. (...) Die Angeklagten (...) können dabei darauf verweisen, dass die beiden Untersuchungsausschüsse keine solche Aktenmanipulation feststellen konnten. (...) Darüber hinaus stellt sich juristisch die Frage, ob der Verbrechensvorwurf der Verfolgung Unschuldiger gegen eine Verfassungsschützerin überhaupt angewendet werden kann. Schließlich ist sie ja aufgrund des Trennungsgebots von Polizei und Nachrichtendiensten gar keine Strafverfolgerin.» (*Berliner Zeitung*, 2.5.2017)

Im Jahr 2007 wurde der Freistaat von einem politischen Erdbeben erschüttert. *Die Sächsische Zeitung* schrieb von einer «mittleren Staatskrise». Und weiter: «Um ein Netzwerk aus Geschäftsleuten in der Immobilienbranche, Anwälten, Juristen im Staatsdienst, Polizisten und Leuten aus dem Rotlichtmilieu soll es sich dabei handeln.» Brisant war vor allem, dass die belastenden Erkenntnisse aus einwandfreien Quellen gekommen waren – es war das Landesamt für Verfassungsschutz beziehungsweise dessen Referat Organisierte Kriminalität gewesen, das sie zusammengestellt hatte. In Leipzig ging es unter anderem um dubiose Immobiliengeschäfte, aber auch Zwangsprostitution im Bordell Jasmin. Ein neuer Begriff war geboren: Sachsensumpf.

Der Investigativjournalist Jürgen Roth fasste zusammen: «Kern des Skandals: 1992 und 1993 mussten minderjährige Mädchen im Leipziger Bordell des Ex-Boxers Martin Kugler anschaffen. Nach eigenen Aussagen gezwungen durch Schläge, Vergewaltigungen und Einschüchterungen. Kugler wurde zu vier Jahren und zwei Monaten Freiheitsentzug verurteilt.»

«Das Urteil war ein großes Entgegenkommen, aber gerade noch vertretbar», sagte später Richter Jürgen Niemeyer. Doch genau diesen zu dem Brutalo-Zuhälter so milden Richter Niemeyer wollte die zur Tatzeit minderjährige Zwangsprostituierte Mandy Kopp als einen ihrer Freier wiedererkannt haben. Im Interview mit COMPACT führte sie weiter aus: «Wir haben ja damals, als wir befreit wurden, am 28. Januar 1993, Zeugenaussagen gemacht und sind im Endeffekt von Justiz, Polizei wie auch Jugendämtern komplett im Stich gelassen worden. Wir hatten keine psychologische Betreuung. Bei den Zeugenvernehmungen nach der Befreiung haben einige der Opfer Strafantrag wegen Vergewaltigung, schwerer Körperverletzung und so weiter gestellt – darauf ist nie eingegangen worden. (...) Und seit 28. Januar 2013 ist alles verjährt.»

Mandy Kopp im Interview für COMPACT 8/2013. Foto: SvM

Buttolos Brandrede

Und tatsächlich: Trotz zweier parlamentarischer Untersuchungsausschüsse ist Gras über den Sachsensumpf gewachsen. Dabei hatte sogar der damalige Innenminister Albrecht Buttolo (CDU) am 5. Juni 2007 in einer Sondersitzung des Landtags eine legendäre Brandrede gehalten. Nach seinen Worten sei die Mafia noch aktiv, «das perfide Netzwerk wird voraussichtlich zurückschlagen, weil wir es zerstören wollen», er erwarte Rufmordkampagnen und Drohungen gegen Ermittler. Allerdings ruderte er in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin *Focus* zwei Monate später zurück und behauptete, vom eigenen Verfassungsschutz mit unbewiesenen Gerüchten getäuscht worden zu sein.

> «Das perfide Netzwerk wird voraussichtlich zurückschlagen...»
> Innenminister Buttolo

Der Verfassungsschutz selbst aber beharrte auf seiner Einschätzung. Dessen ehemaliger Präsident Rainer Stock sagte 2013 im Untersuchungsausschuss: «Wir reagieren nicht auf der Grundlage von Gerüchten, sondern da müssen schon Anhaltspunkte da sein. Bei Abseits III [ein Unterkomplex des Sachsensumpfs] ergab sich aus dem, was wir als erste Hinweise erhalten hatten, schon ein Anhaltspunkt dafür, dass da ein Geflecht besteht, das auch auf öffentliche Entscheidungsträger eingewirkt hat.»

Vielleicht nicht ganz uninteressant: Während die polizeilichen Ermittlungen liefen, bekleidete Thomas de Maizière wichtige Ämter in der sächsischen Landesregierung: Von 1999 bis 2001 als Chef der Staatskanzlei, von 2002 bis 2004 als Justiz- und 2004/2005 als Innenminister. ■

Jagd auf die Zukunft

_ von Jonas Glaser

Drei Blockbuster starten in diesem Herbst: Es nach Stephen King, Blade Runner 2049 und Mord im Orient-Express. Aber kennen wir die nicht alle schon? Waren das nicht Filmhits der 1970er bis 1990er Jahre? Warum so viele Neuauflagen in so kurzer Zeit? Und weshalb gerade diese?

Remakes haben grundsätzlich einen schlechten Ruf. Aber was ist so schlimm am Nacherzählen beliebter Stories? Wie viele Dichter haben beispielsweise die Parzival-Legende bearbeitet: von Wolfram von Eschenbach bis Tankred Dorst. Wie oft wurde Shakespeares *Hamlet* seit seiner Uraufführung (um 1601) neu inszeniert? Unzählige Male. Was aber sind Remakes anderes als Nachdichtungen und Neuinszenierungen? Bleibt nur die Frage, warum diverse Stoffe zu einem bestimmten Zeitpunkt aus der Versenkung geholt werden. Weshalb gräbt Hollywood für diesen Herbst den *Blade Runner* aus und nicht den *Weißen Hai*? Welcher Zeitgeist wurde mit *Es* und *Mord im Orientexpress* getroffen? Denn dass er getroffen wurde, belegen die Kassenerfolge des Trios.

Die Rückkehr der Alpträume

Erinnern Sie sich noch an Halloween im vergangenen Jahr? Kaum waren erste PR-Fotos vom tödlichen Clown aus der neuen *Es*-Version publiziert, da rannten Menschen in den USA, England und Frankreich in gleicher Verkleidung umher und erschreckten Mitbürger. Eine Hysterie brach aus. Das erstarrte Grinsen und die gespielte Fröhlichkeit verleihen dieser Zirkusfigur ihre Unheimlichkeit, die schon von Regisseuren wie Fritz Lang (*Spione*, 1929) genutzt wurde. Inzwischen taugt starres Clown-Grinsen als Symbol des entfremdeten, aber vordergründig «hochmotivierten», lächelnden Sklaven des Neoliberalismus: ein flexibler Affe der Konzerninteressen. Je weniger ein Mensch zu solcher Anpassung befähigt ist, umso bedrohlicher, umso verwirrender wirkt diese Fratze, spiegelt sie doch ungeschönt eigene Zerrissenheit. Kein Zufall also, dass in *Es* nur Außenseiter von dem Horror-Clown bedroht sind: Ein Farbiger, ein Jude, ein Fettleibiger, ein Missbrauchsopfer und ein Muttersöhnchen hatten in US-Kleinstädten weder 1953 (Spielzeit der ersten Verfilmung) noch 1988 (Spielzeit der aktuellen Version) allzu rosige Perspektiven. Das Remake verschärft diesen Konflikt noch. So zeigt es den farbigen Jungen bei der Berufsausbildung in einer Schlachterei: Er soll ein Schaf per Bolzenschuss liquidieren. Der Junge kann es nicht, hat Mitleid. Der Meister ermahnt ihn: In der heutigen Welt habe er nur die Wahl, entweder Schlachter oder Schlachtvieh zu sein.

Das von Smog verseuchte Los Angeles ist Schauplatz in Blade Runner. Foto: Warner Bros. Entertainment

Entweder Schlachter oder Schlachtvieh sein – ist das eine Wahl?

Albtraum aller Kinder: Es mit Bill Skarsgard. Foto: Warner Bros. Entertainment

Eine Replikantin hat ein Kind geboren – den Erlöser?

Dieser Existenzdruck manifestiert sich im schrecklichen Clown Pennywise. Er ist die symbolische Projektion der Verängstigten. In der Erstverfilmung drohte er den Kindern: «Ich verkörpere all das, wovor Ihr jemals in Panik geraten seid!» Deshalb haben die Außenseiter-Kids nur eine Chance – indem sie zusammenhalten. Nur die Solidarität der Verdammten kann «das Böse» besiegen. Zumindest temporär, denn Pennywise kommt alle 27 Jahre wieder... Die Verschärfung des Sozialdarwinismus zeigt sich im Remake auch auf visueller Ebene: Die Kleinstadt ist düsterer als im Original, voller Gänge und Straßen, die in die Finsternis führen. Außerdem sind die Eltern derart fürchterlich, dass sie dem Horrorclown kaum nachstehen: die überfressene Gluckenmutter oder der Vater, der vor Geilheit stöhnt, wenn seine Tochter das Haus betritt.

Der Traum der Replikanten

Oft sind Sequels (Fortsetzungen) nur verkappte Remakes. Sie erzählen eine Variante des ersten Teils, aber die Charaktere, die Situationen und Abläufe sind weitgehend gleich. Egal, ob Indiana Jones die Bundeslade, einen Edelstein oder den Gral sucht, das Strickmuster bleibt das gleiche. Auch *Blade Runner 2049* ist ein Quasi-Remake, wiederholt Situationen und Themen des ersten Teils. Aber wieso auch nicht: Folgt nicht jede Generation dem gleichen «Drehbuch» wie die vorherige? Ist sie kein «Remake» der Elterngeneration – mit nur leicht veränderten Vorzeichen? Als Philip K. Dicks Roman *Träumen Androiden von elektrischen Schafen?* (1968) und dessen Verfilmung unter dem Titel *Blade Runner* (1982) die Frage stellten, ob Androiden tatsächlich empfinden können oder Emotion nur simulieren, schien das Thema noch Lichtjahre entfernt! Der Film floppte an der Kasse. Auch frühe Kritiken waren eher lauwarm.

Jetzt aber rückt dieses Thema in die Nähe von Tagesaktualität, rast wie ein riesiger Asteroid auf die Menschheit zu. Der Historiker Yuval N. Harari warnte in seinem Sachbuch-Bestseller *Homo Deus* (2016), dass Forscher wie Ray Kurzweil von der Materialität des Geistig-Seelischen überzeugt seien und dessen Prozesse auf Festplatten übertragen möchten. Gelänge dies, könne der Android ebenso denken und fühlen, Angst haben und Lust empfinden wie der Homo sapiens. Oder, um es drastischer zu sagen: Künftige Androiden würden es sogar besser können. Sie wären die nächste Stufe der Evolution und der IT-Forscher bloß Assistent der Natur. Sollte das zutreffen, ist unser Jahrtausende altes Menschenbild endgültig eliminiert. Karl Löwith erkannte vor Jahrzehnten, dass die Philosophie bald nicht mehr über Gott, Seele, Geist und Freiheit, sondern über Gene und Kybernetik reflektieren würde. Der Mensch: ein Bündel biochemischer Prozesse. Der Nihilismus wäre unbesiegbar...

Wie Teil eins erzählt auch *Blade Runner 2049* von Replikanten. Das sind gespiegelte, künstliche Menschen, die als Arbeitssklaven ins Weltall gesendet werden. Aber wie alle Herrscher fürchten auch künftige Machthaber ihre Unterdrückten: Nie dürfen Replikanten auf die Erde kommen. Wer es dennoch versucht, wird in «den Ruhestand» geschickt – ein anderes Wort für Liquidierung. Diese Drecksarbeit übernehmen auch im zweiten Teil die – ebenfalls androiden – «Blade Runner». Officer K ist einer von ihnen.

Anzeige

KAPITAL SICHERN.DE

ECHTE WERTE

- Gold und Silber als Münzen und Barren
- Strategische Metalle & Seltene Erden
- Einzigartiger Goldsparplan
- LV - Kündigung
- Beratung

www.KapitalSichern.de
Info@KapitalSichern.de
Telefon 07955 476583

Als der Profikiller einen Replikanten erschießt, verrät der ihm: «Dass Ihr uns töten könnt, liegt daran, weil Ihr das Wunder noch nicht kennt…» Welches Wunder, fragt sich K? Viel später wird er verstehen: Auch die Replikanten entwickelten sich, befinden sich im Evolutionsprozess: Eine Replikantin hatte vor Jahrzehnten ein Kind geboren. Aber dieses Kind ist verschwunden…

Officer Ks Vorgesetzte, Lieutenant Joshi, Chefin des weltbeherrschenden Konzerns LAPD, ahnt die Bedeutung dieser Geburt: Wenn Replikanten sich fortpflanzen, sind sie nicht länger von ihrem Schöpfer, dem Menschen, abhängig. Dann ist die Vorherrschaft des Homo sapiens beendet. So verstehen es auch die aufständischen Replikanten: Falls sie das Kind fänden, würde es ihr Anführer! Ihr Erlöser! Der Beweis ihrer Freiheit! – Das ist nicht nur christliche Mythologie! In westlicher Gegenwart, wo Kinder kaum mehr zählen und leerer Selbstverwirklichung weichen müssen, propagiert *Blade Runner 2049* die Fähigkeit zur Zeugung als Beweis von Freiheit. Noch schärfer kann man sich nicht gegen den Zeitgeist positionieren.

Mord im Orient-Express – eine Apologie von Lynchjustiz?

Das Reaktionsschema von König Herodes imitierend, befiehlt Joshi ihrem Officer die Aufspürung und Liquidierung des Kindes. Dessen Spur führt K vom düsteren Los Angeles – noch viel trostloser als im Teil eins – nach San Diego, das inzwischen zur riesigen Müllhalde mutiert ist. Kinder sortieren den dort angesammelten Digital-Schrott – eine krankmachende Tätigkeit, die der Westen derzeit afrikanischen Kindern aufbürdet. K findet Hinweise, die ihn vermuten lassen, selbst das gesuchte Kind zu sein… Das ist natürlich ein Irrtum: Im Jahre 2049 kann das Erlöserkind unmöglich männlichen Geschlechts sein…

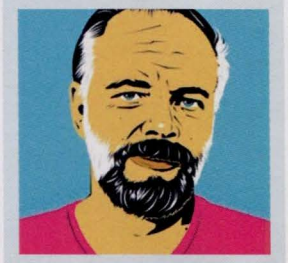
Letzte Station ist das menschenleere Las Vegas. Im Gegensatz zum düsteren Los Angeles, wo Androiden oder Cyborgs von Hologramm-Ladies befriedigt werden, ist im glühend-heißen Sündenbabel jeder Hedonismus ans Ende gelangt: Steinerne Pornoladies, gigantische Statuen: Ihnen spritzt aber kein Sperma, sondern heißer Wüstensand in die offenen Münder. Das Licht greller Fadensonnen, gelblichgrau, erinnert an Verseuchung. Ein verstrahltes Sodom am Ende der Welt. Menschenleer. Ausgebrannt in jeder Hinsicht. Ein Ort, der den letzten Menschen das Glück symbolisierte, wurde zu ihrem Friedhof.

Ridley Scott, Regisseur des ersten und Produzent des zweiten *Blade Runners*, fragte in seinen Alien-Filmen nach der Herkunft des Menschen. Hier zeigt er dessen Ende und Nachfolger. Die atomverseuchte Welt von *Blade Runner 2049*, die nicht von Politikern, sondern von einem Konzern beherrscht wird, ist ein Monument menschlichen Versagens. Deshalb setzt der Film die Hoffnung auf die Außenseiter, die Gejagten: auf die «humanen» Replikanten oder auf ein schwer krankes Mädchen, das Träume und Erinnerungen erstellt. Der Normal-Mensch hat auf der Erde keine Zukunft. Er flüchtet sich ins Weltall, um neue Planeten zu zerstören.

Das Rachekomplott

US-Pilot Charles A. Lindbergh erreichte 1927 mit dem Überflug des Atlantiks weltweite Popularität. Fünf Jahre später wurde die Entführung und Ermordung seines Kindes zur globalen Schreckensnachricht, zum Jahrhundertverbrechen erklärt. Kriminalautorin Agatha Christie schrieb, unmittelbar unter Einfluss des Geschehens, ihren Roman *Mord im Orient-Express* (1934): Auf der Fahrt von Istanbul nach London bleibt der legendäre Zug in einer Schneewehe stecken. Niemand kann aussteigen. Bald darauf wird ein Passagier mit 12 Messerstichen ermordet. Zufällig befindet sich auch Stardetektiv Hercule Poirot an Bord. Dessen Recherche deckt auf: Der Ermordete, ein Mr. Cassetti, hatte einst die kleine Daisy Armstrong entführen und ermorden lassen, konnte sich aber der Justiz entziehen. Poirot enthüllt weiterhin, dass alle Passagiere in irgendeiner Weise mit dem entführten Kind zu tun hatten. Deshalb hatten sie sich zu dieser Fahrt verabredet, um

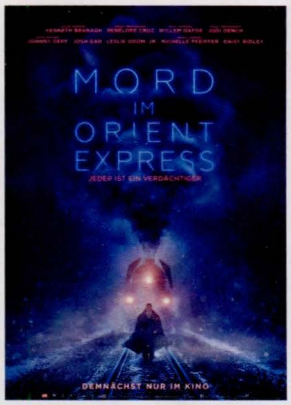
Schöpfer unserer Dystopien



Philip K. Dick (1928–1982), Autor der Buchvorlage zu *Blade Runner*, inspirierte auch andere Blockbuster. Der manische Schreiber von rund 120 Kurzgeschichten und über 40 Romanen gilt als Klassiker der Science Fiction und erhielt den Hugo Award für *The Man in the High Castle* (deutsch: Das Orakel vom Berge) aus dem Jahr 1962, der 2015 als Serie Furore machte. Auch die Hollywood-Produktionen *Matrix, eXistenZ, Total Recall, Screamers, Impostor, Minority Report, Paycheck, A Scanner Darkly, Next* und *Der Plan* beruhen auf Ideen des Amerikaners.

Philip K. Dick. Foto: Pete Welsch, CC BY-SA 2.0, Wikimedia Commons

Michelle Pfeiffer in Mord im Orient-Express. Foto: Twentieth Century Fox of Germany GmbH



Mord im Orient-Express war der 14. und vielleicht berühmteste Kriminalroman von Agatha Christie. Foto: Twentieth Century Fox of Germany GmbH

Die Protagonisten aller drei Filme gleichen sich.

Cassetti zu lynchen: Jeder mit einem Messerstich… Poirot beschließt, das Mordkollektiv nicht der Polizei auszuliefern, sondern die Schuld einem fiktiven «Unbekannten» anzuhängen.

Die Erstverfilmung (1974) inszenierte Sidney Lumet, seit *Die zwölf Geschworenen* (1957) und *The Sacco-Vanzetti Story: Part 1* (1960) für tiefgründige Gerichtsdramen bekannt. Lumet konzentrierte sich auf Verhörszenen zwischen Poirot und den Passagieren: Der Orient-Express als Gerichtssaal. Anders das aktuelle Remake. Dessen Regisseur, Kenneth Branagh, hat während der 1990er mit Shakespeare-Verfilmungen Ruhm erlangt. Seine Version des blutigen Rachedramas bezieht die durchfahrene Landschaft dramaturgisch mit ein, lässt den Zuschauer physische Gefahr erleben, etwa wenn der Orient-Express auf einer hohen Gebirgsbrücke ins Stocken kommt. Die Regie setzt aufs historische Detail, will das Publikum ins «goldene Zeitalter des Reisens» (Branagh) zurückversetzen, das sich heute, im totalen Globalismus, auf stressigen «Transport» reduziert – ohne Genuss und Zeit.

Freilich kann man *Mord im Orient-Express* als Apologie von Lynchjustiz lesen. (Wobei man eingestehen muss, dass Agatha Christies fiktive Selbstjustizler zumindest den wahren Entführer gekillt haben. In der Realität hingegen wurde der sächsische Einwanderer Bruno Hauptmann als Mörder des Lindbergh-Babies verurteilt und auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet – trotz Zweifel an seiner Schuld.)

Kinder an die Macht!

Aber die Story lässt auch eine weitere, abstraktere Deutung zu: Wieder muss eine Gruppe Geschädigter sich zusammenraufen, um den eigenen Alptraum zu überwinden. Darin sind die Protagonisten aller drei Filme gleich, mag die Bedrohung sich auch unterschiedlich symbolisieren: ob als Horror-Clown, als weltbeherrschender Konzern oder als Kidnapper. Wie in *Es* oder *Blade Runner 2049* sind die Passagiere im Orient-Express zur Selbsthilfe gezwungen gegenüber Mächten, die den Tod von Kindern herbeigeführt haben oder dies beabsichtigen. In Es werden Outsider-Kids, in *Blade Runner 2049* das Erlöser-Kind und im *Orient-Express* das Einzelkind Daisy Armstrong zu Opfern finanzieller Interessen. Das Ermorden von Kindern heißt aber, Zukunft zu verhindern. Präziser: Die Zukunft den Interessen der Gegenwart zu opfern. Darin sind sich Regierungen, Konzerne und Wirtschaftssysteme völlig gleich. Und dagegen propagieren alle drei Blockbuster den Widerstand. ■

Anzeige

alles roger?
DAS QUERFORMAT FÜR QUERDENKER
ist ein Magazin, das neugierig macht.
… ein Magazin, das niemanden kaltlässt.
… ein Magazin, das bewegt.

Jetzt Abo bestellen!
alle Infos unter: www.allesroger.at

Blitzkrieg-Pop unterm Hirschgeweih

_ von Daniell Pföhringer

Kaum eine andere Band hat so heftige Kontroversen ausgelöst wie Laibach – vor allem in Deutschland, wo es die größte Fangemeinde gibt. Im November stehen die Slowenen hierzulande wieder auf der Bühne. Diesmal würdigen sie Friedrich Nietzsche. Ein Porträt.

Zagreb, 23. April 1983: Auf der Bühne eines Jugendclubs stehen vier streng gescheitelte Männer in Uniform. Die Szenerie erinnert an Zeiten, in denen Wehrmachtssoldaten auf ihren olivgrünen Krads durch die Straßen Agrams donnerten. Agram, so nannten die Deutschen die kroatische Stadt Zagreb – und teutonisch sind auch die Worte, die zu militärischen Trommelrhythmen und hartem Industrial-Sounds durch den Raum hallen. Eine neue Avantgarde-Band aus Slowenien, gibt sich die Ehre: Laibach, der deutsche Name von Ljubljana, ist im kommunistischen Jugoslawien tabu – doch an diesem Abend will man es auf die Spitze treiben.

Auf einer Leinwand hinter den Musikern wird ein kommunistischer Propagandafilm – Die Zukunft geht weiter – abgespielt. Doch darüber projiziert man Szenen aus einem amerikanischen Hardcore-Porno. Als auf dem Gesicht des drei Jahre zuvor verstorbenen Staatschefs Josip Broz Tito ein erigierter Penis erscheint, greift die Staatsmacht ein. Die jugoslawische Militärpolizei stürmt die Bühne und bricht das Konzert unter lautstarkem Protest des Publikums ab. Politiker und Staatsmedien verurteilen die «beispiellose Provokation» aufs Schärfste. Der Konzertabend in Zagreb wird zum Urmythos der Band, die bis heute die politisch korrekten Tugendwächter auf den Plan ruft.

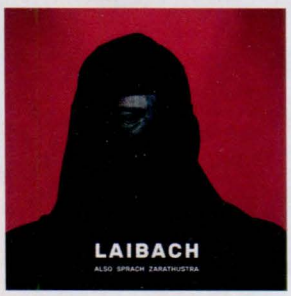
Totalitäre Bildsprache

Laibach sind der musikalische Arm des Künstlerkollektivs Neue Slowenische Kunst (NSK), das seinen Ursprung in der dortigen Punkszene der späten 1970er Jahre hat. In seinem Aufsatz «Slowenische Subversion», der in dem Sammelband *Populäre Musikkulturen im Film* (2016) erschienen ist, schreibt der Kultur- und Filmwissenschaftler Marcus Stiglegger: «In autonomen Gemeinschaften lebte man damals zusammen, diskutierte neue Strategien des kulturellen Widerstands gegen den herrschenden Totalitarismus unter Tito und bezog sich mitunter auf die Zeit der deutschen Besatzung während des Zweiten Weltkriegs, unter der die slowenische Bevölkerung zu leiden hatte.»

Laibachs retroavantgardistische Ästhetik ist elementarer Bestandteil ihres künstlerischen Gesamtkonzepts. Dabei greifen sie auch auf die Symbolsprache der Antike zurück, wie man hier sieht. Markenzeichen von Laibach-Frontmann Milan Fras ist seine eigentümliche Kopfbedeckung, die er seit Anfangstagen trägt, Sängerin und Keyboarderin Mina Spiler gehört seit dem Album Volk (2006) zum festen Lineup. Foto: Maya Nightingale

«Wir sind Faschisten, wie Hitler ein Maler war.» Milan Fras

«Wir nehmen von allem ein bisschen und schaffen etwas anderes in einer neuen Kombination. Das ist unser Eklektizismus», so Laibach in einem Interview mit dem Musikmagazin Subline. Während dies im Falle von kommunistischer Symbolik (siehe oben) niemanden stört, brachte die Adaption von NS-Elementen der Band Faschismusvorwürfe ein. Foto: Mute Records



Das aktuelle Album: Soundtrack für eine Theateradaption des gleichnamigen Nietzsche-Werks von Matjaz Berger (slowenischer Dramaturg). Fotos: Mute Records

Laibach sind Rammstein für Erwachsene.

Ikonografische Symbole totalitärer Herrschaft, Hammer und Sichel, Haken- und Balkenkreuz, Zahnrad und monumentale Plastiken spielten von Anfang an im Artwork von Laibach eine herausragende Rolle. Auf ihren collagierten Plattencovers, auf Fotos und in Filmen verwendeten sie die Bildsprache der Kommunisten, Nationalsozialisten und Faschisten – nicht ablehnend, sondern geradezu überaffirmativ, so dass man nicht sicher sein konnte, ob sich die Musiker damit gemein machen oder durch die Überspitzung ihre Distanz zum Ausdruck bringen wollen. Der linke Philosoph und Kulturkritiker Slavoj Zizek, ein bekennender Laibach-Fan, der sich schon in den 1980ern im Umfeld von NSK bewegte, bezeichnete die Kunst der Band als einen «Flirt mit der obszönen Dimension» des Faschismus.

Ein frühes Beispiel für die Visualisierung jener «faschistischen Ästhetik» ist der Videoclip zu «Life is Life» aus dem Jahr 1987. Bei dem Stück handelt es sich um eine Coverversion des gleichnamigen Partyhits der österreichischen Rockband Opus, der bei Laibach zu einer bombastisch-martialischen Hymne im Marschrhythmus mutiert. Am Anfang des Films sieht man eine junge, barbusige Frau, die einen Bogen spannt, danach, in gleicher Pose, einen Mann mit freiem Oberkörper. Ein Pfeil fliegt in Richtung einer hölzernen Tür in Form eines Balkenkreuzes, die sich öffnet und den Blick auf eine schneebedeckte Berglandschaft freigibt. Vier Männer in grün-grauer Montur, teils Trachten-, teils Jagd-, teils Militärkleidung, stehen mit stolzgeschwellter Brust in der urgewaltigen Naturlandschaft der Julischen Alpen. Ihre Haltung wirkt triumphal, ihre Hände haben sie entweder in die Hüfte gestemmt oder am Revers, akkurat frisiert, mit strenger Miene und erhobenen Hauptes singen sie inbrünstig den Chorus, später betreten sie im Gleichschritt eine kleine Kapelle am Fuße des Triglav-Berges. Hirsche mit prächtigen Geweihen, Edelweiß und rauschende Bäche unterstreichen das Heimatmotiv des Musikvideos, dessen beeindruckende Bilder im Gedächtnis haften bleiben.

Dekonstruktion des Faschismus?

Für die Medienwissenschaftlerin Jelena Jazo ist das bewusst gekünstelte «Heimattümelei». In ihrer vor wenigen Monaten erschienenen Studie Postnazismus und Populärkultur schreibt sie: «Mittels hysterischer Überzeichnung totalitärer Ästhetik, und hierin liegt die ultimativ subversive Haltung Laibachs begründet, betreiben sie in hohem Maße Ikonoklasmus. Laibach operieren gewissermaßen aus einem als antifaschistisch zu bewertenden Grundverständnis heraus, ohne dass sie auf ästhetischer Ebene dezidiert antifaschistische Statements liefern. Im Gegenteil: Die Selbstinszenierung Laibachs entspricht einer Mimese [Nachahmung] faschistoider respektive totalitärer Strukturen und Ästhetik.» Mit einer neuen Kontextualisierung von NS-Symbolik gelinge es ihnen, diese «gerade dadurch subkutan zu demontieren». In der «übertriebenen Bejahung» manifestiere sich ihr Widerstand, so die Popkultur-Forscherin.

Man ist erstaunt: Nachdem das Feuilleton ihnen jahrelang faschistische Tendenzen unterstellt hat, erkennt Jazo in Laibachs Performance eine besonders pfiffige Form des Antifaschismus. Doch das eine ist vermutlich so falsch wie das andere. In einem seiner raren Interviews hat Sänger Milan Fras zu den Nazi-Vorwürfen einmal gesagt: «Wir sind Faschisten, wie Hitler ein Maler war» – eine Aussage, die viel Raum für Interpretationen lässt. Genau das entspricht der Linie von Laibach: Man ironisiert, ist bestenfalls zweideutig.

In einem Porträt für die linke Tageszeitung *Junge Welt* bezeichnete der Musikjournalist Rados Riedel Laibach als «diabolische Dialektiker» und schrieb: «Ein Foto aus den 80ern zeigt Laibach vor der Karl-Marx-Büste auf dem Londoner Highgate-Friedhof; dies zu einer Zeit, als die ideologische Verortung der Band vielen Rezipienten nicht klar war und eventuell nicht sein konnte. Die nachvollziehbare Weigerung, sich zu erklären, tat ihr übriges: Laibachs militante Uniformierung, ihre totalitäre Choreographie und die auf schiere Überwältigung setzende Brachialität brachten der Band den Ruf ein, Teil der rechten Bewegung zu sein.» Dieses Kapitel sei aber «glücklicherweise abgehakt».

Der britische Kulturtheoretiker Alexei Monroe beschreibt das slowenische Gesamtkunstwerk in seinem 2014 erschienenen Porträt-Band *Laibach und NSK* als bilderstürmerisch, als Osteuropas Beitrag zur Avantgarde. Im Rahmen einer Performance 1992 in Moskau proklamierte das Künstlerkollektiv NSK: «Die Geschichte, Erfahrung und Zeit sowie der Raum der östlichen Länder des 20. Jahrhunderts können nicht vergessen, versteckt, verworfen oder unterdrückt werden. (...) Diese konkrete Geschichte, diese Erfahrung, diese Zeit und dieser Raum haben die Struktur für eine charakteristische Subjektivität geschaffen, die wir fortentwickeln, formen und reformieren wollen; eine Subjektivität, die Vergangenheit und Zukunft reflektiert.» Ähnlichkeiten mit Ljubomir Micics 1921 in Zagreb veröffentlichtem Manifest des Zentrismus, der serbischen Variante des Futurismus, sind nicht zufällig.

Gnadenlos deutsch

Die gezielte Verunsicherung der Öffentlichkeit hat – bis heute – Methode, ob es nun um das ambivalente Spiel mit Symbolen, von Laibach als «Retroavantgarde» bezeichnet, oder auch nur die Verwendung eines betont hart und prononciert ausgesprochenen Deutsch in ihren Texten geht. «Wir lieben die deutsche Sprache. Sie ist stark und militant, sexy und romantisch», ließ die Band verlautbaren. Und sie erklärten: «Laibach sind Rammstein für Erwachsene.» Tatsächlich wirkt die dunkle, kehlige Stimme von Milan Fras weitaus bedrohlicher als das Organ Till Lindemanns, er rollt das «R» noch eindrucksvoller, und während sich die Texte von Rammstein um Sadomaso-Sex, Nekrophilie und irre Mörder drehen, befassen sich Laibach – ohne eine explizit politische Band zu sein – auch mit politischen Themen wie Krieg, den Konfliktpotenzialen in Europa oder den Auswüchsen des westlichen Kapitalismus. Laut NSK haben Faschismus, Kommunismus, Kapital und Konsum eine Gemeinsamkeit: Sie seien allesamt Totalitarismen.

Absoluter Höhepunkt ihrer kulturellen Subversion waren die Auftritte in Nordkoreas Hauptstadt Pjöngjang im August 2015: Laibach absolvierten ein gut 45-minütiges Set, vornehmlich mit Coverversionen von Stücken aus dem kitschigen US-Musical Sound of Music im Synthwave- und Industrial-Stil. Erstmals durfte eine europäische Band in dem abgeschotteten Land in Fernost auftreten – eine bessere Kulisse für ihre Kunst kann es kaum geben.

> «Wir lieben die deutsche Sprache. Sie ist stark und militant, sexy und romantisch.» Laibach

Auf ihrem aktuellen Album *Also sprach Zarathustra* präsentieren die Slowenen zwölf Stücke, die sie für eine Theateradaption des gleichnamigen Werks von Friedrich Nietzsche geschrieben haben. Anders als der Vorgänger *Spectre* (2014) mit seinen eingängigen Elektropop-Stücken ist die wagnereske *Zarathustra*-Scheibe musikalisch schwerer verdaulich. Laibach gehen back to the roots, lassen Anklänge an ihr Frühwerk vernehmen, bieten düsteren Industrial, während Fras lakonisch und scheinbar emotionslos Nietzsche-Zitate in deutscher Sprache ausspuckt. Dreimal steht die slowenische Kultband mit dem Programm im November auf deutschen Bühnen (siehe Infobox). Höchste Zeit, das Schwarzhemd zu bügeln und die Stiefel zu putzen. ■

Deutschland-Konzerte

In einem Interview mit dem *Deutschlandfunk* sagte Laibach-Bandbiograf Alexei Monroe zum Auftritt in Pjöngjang: «Laibach beschäftigt sich seit 1980 pausenlos mit Fragen der Ideologie und Macht, und die Band hat seitdem eine extreme Sprache entwickelt, in der sie totalitäre Aussagen von Stalin, Hitler, Mussolini und Tito aufgreift. Ideologie ist absolut zentral für Laibach. (...) Ich verstehe schon, dass einige Leute jetzt verunsichert auf Laibachs Konzerte in Nordkorea reagieren, aber es ist völlig klar, dass Laibach nicht Laibach wären, wenn sie sich diese Chance entgehen ließen.» Nicht entgehen lassen sollte man sich auch die nächsten Deutschland-Konzerte von Laibach: Am 20.11. treten sie im Berliner Kesselhaus auf, am 21.11. in der Dresdner Reithalle und am 22.11. in der Bochumer Christuskirche. Weitere Informationen und Tickets unter *laibach.org*.

Laibach im März 2015 live in Dresden. Foto: Autor

Anzeige

COMPACT Club GOLD

Werden Sie goldenes Clubmitglied bei COMPACT und unterstützen Sie das stärkste Oppositionsmedium in Deutschland. Die Jahresmitgliedschaft kostet 500 EUR, ist jeweils ein Jahr gültig und verlängert sich automatisch.

Als goldenes Clubmitglied genießen Sie folgende Clubvorteile:

- **Sie erhalten jede COMPACT-Neuerscheinung frei Haus**
- **Ein gemeinsames Essen aller Club-Mitglieder mit Redaktion und Geschäftsführung**
- **Kostenlose Teilnahme an unseren Veranstaltungen und Konferenzen**
- **Exklusive COMPACT-Goldkarte mit Namen und persönlicher Mitgliedsnummer**

Die Jahresmitgliedschaft im COMPACT-Club lohnt sich!

Buchen Sie Ihre Goldkarte unter **club.compact-online.de**

COMPACTClub ©

Deutschland sucht das Superkopftuch

_ von Akif Pirinçci

Eine neue TV-Show für Buntland: Muslimas wetteifern um den Diskriminierungspokal. Die Verursacher ihres Elends sind natürlich nie die Väter, Gatten und Brüder, die sie zur Verhüllung zwingen – sondern die vermeintlichen Nazis, die sich darüber aufregen.

Das Kopftuch ist zum Symbol der Islamisierung Europas geworden. Foto: Michele Paccione, shutterstock.com

Es geht nur um Sex beziehungsweise um die Verhinderung von Sex.

Heute morgen gebar ich eine, wie ich glaubte, Spitzenidee für eine TV-Show: Ähnlich wie bei *Das Supertalent* von RTL, in dem sich Leute mit einer besonderen oder eingebildeten Gabe vor eine Jury stellen, um groß rauszukommen, könnten die heimlichen Stars des gegenwärtigen Polit-Diskurses, nämlich die Diskriminierten, auf die Bühne gehen. Da würde vielleicht ein Schwarzer auftreten und unter Tränen seine demütigenden Alltagserfahrungen unter Weißen zum Besten geben, etwa wie er auf Schritt und Tritt als «Neger» und «Bimbo» beleidigt wird. Danach erschiene ein Mann in Frauenkleidern und mit grotesk geschminktem Gesicht und klagte, dass er aufgrund des allgegenwärtigen Schwulenhasses schon Magengeschwüre bekommen habe und sich vor lauter Angst gar nicht mehr auf die Straße traue. Und wer am Ende für Jury und Zuschauer seine Diskriminierung am eindringlichsten dargestellt hätte, wäre der «Superdiskriminierte» und würde eine hochdotierte Festanstellung bei der Bundeszentrale für politische Bildung, zumindest bei der Amadeu-Antonio-Stiftung erhalten.

Auftritt der K-Tante

Ein paar Stunden später hielt ich die Idee nicht mehr für so genial, weil ich dabei etwas übersehen hatte: All diese Casting-Shows erzeugen ja ihre Spannung und Faszination durch das Ungewisse, durch das Mitfiebern des Publikums mit den Kandidaten und der Frage, wer am Schluss wohl die oberste Stufe des Siegertreppchens erklimmt. Dagegen stünde der Gewinner bei den «Superdiskriminierten» von vornherein fest: Es wäre eine Kopftuchtante!

Gut, man könnte vielleicht verschiedene Kopftuchtanten gegeneinander antreten lassen und in einem beinharten Wettbewerb der jeweiligen Diskriminierungserfahrungen durch Islam- bzw. Kopftuchhass der Nazi-Deutschen die schlimmstmöglich Diskriminierte zur Siegerin erklären. Doch ob das so spannend wäre? In Sachen Kopftuch-Diskriminierung ist die Bandbreite des Darstellungsspektrums sehr eng. Diese wird nämlich von den deutschen Kartellmedien über die Jahre vorgegeben und ist bis heute gleichgeblieben, konkret auf die Schablone eines einzigen und ziemlich unglaubwürdigen K-Tanten-Typus festgelegt. Beispielhaft sei hier auf einen angeblichen Erfahrungsbericht einer gewissen Zahra, 29 Jahre alt, vom 3. Oktober auf *Zeit Online* verwiesen.

«Ich lebte mit zwei Identitäten: Mit Kopftuch wurde Zahra bei Bewerbungen immer abgelehnt. Deshalb arbeitete sie neun Jahre lang ohne. Dann hat sie sich selbständig gemacht.»

Frau ohne Unterleib

Wie bei sämtlichen Texten, in denen es um die berufliche Diskriminierung von Kopftuchtanten geht, werden auch in diesem Fall zwei rhetorische Tricks angewandt. Der eine ist das Weglassen, der andere die Suggestion von Absurdität als Normalität. Das Weglassen besteht darin, dass an keiner Stelle erwähnt wird, warum Zahra überhaupt ein Kopftuch trägt. Sie selbst und die *Zeit*-Heinis würden mit dem Religionsargument um die Ecke kommen und darauf hinweisen, dass es nun mal islamischer Brauch sei wie bei den Christen das Tragen eines Kreuzes an der Halskette und bei den Juden die Kippa auf

dem Kopf. Bloß dass die letztgenannten Symbole beim Betrachter in der Tat religiöse Assoziationen wecken, es sich beim Kopftuch jedoch nur um Sex dreht beziehungsweise um die Verhinderung von Sex, jedenfalls um die zwanghafte Beschäftigung von Männern mit dem Untenrum der Frau.

Das Kopftuch ist in Wahrheit ebensowenig ein religiöses Symbol wie der Stringtanga, denn wie dieser, nur andersrum, reflektiert es mitnichten die spirituelle Seite des Menschen, sondern etwas sehr Weltliches, das sexuell aufgeladen ist: Männer, insbesondere muslimische Männer, die sich offenbar nonstop mit Titten und Muschi beschäftigen, sollen davon abgehalten werden, eine Frau auf der Stelle zu vergewaltigen, wenn sie ihr Haar offen trägt und in Moslem-Lesart dadurch zu verstehen gibt: «Fick mich, ich bin eine Hure!» Tatsächlich betrachtet eine überwältigende Anzahl muslimischer Männer eine normal, gar freizügig gekleidete Frau bloß als so etwas wie Vieh zur Triebabfuhr. Die bekopftuchte und verschleierte Frau auch, doch die signalisiert wenigstens, dass sie grad nicht vergewaltigt werden möchte, wogegen die westliche Schlampe in Hot Pants und mit offenem Haar im muslimischen Denken geradezu danach bettelt.

Als Muslima im Fitnessstudio

Das alles erwähnt Zahra nicht, und auch die *Zeit* lässt jeden Hinweis darauf weg. Stattdessen darf Zahra lamentieren: «Lange hatte ich nur so ein Gefühl, warum ich mit meinen Bewerbungen für einen Nebenjob keinen Erfolg hatte. Mein Gefühl war: Es lag am Kopftuch (...). Oft bekam ich gar keine Antwort auf Bewerbungen oder die Nachricht, dass eine Stelle nun schon vergeben sei. Im Nachhinein habe ich manchmal gesehen, dass das Unternehmen doch noch jemanden sucht.»

Ja, Zahra, weshalb sollte sich ein Unternehmen mit Deinem vormittelalterlichen Erscheinungsbild Ärger zuziehen wollen? Es sucht Arbeitskräfte und nicht Irre, die dem Kunden permanent irgendwelchen geschlechtlichen Mist unter die Nase reiben wollen. Ich persönlich jedenfalls würde mich niemals von einer Kopftuchtante bedienen lassen, und ich fordere alle Leser auf, es auch nicht zu tun.

Das Kopftuch ist in Wahrheit ebensowenig ein religiöses Symbol wie der Stringtanga.

Doch Zahra, nicht dumm, bewirbt sich in einem Fitnessstudio als «Sport- und Fitnesskauffrau» ohne Kopftuch – und wird diesmal prompt eingestellt: «Meine Arbeit wurde geschätzt. Neun Jahre arbeitete ich im Fitnessstudio, und in der ganzen Zeit verschwieg ich meinen Kollegen, dass ich, sobald ich das Fitnessstudio verlasse, mein Kopftuch anziehe. Aus religiösen Gründen war es für mich in Ordnung, während der Arbeit kein Kopftuch zu tragen, da es ein reines Frauensportstudio war.»

Da ist es wieder, das Kopftuch-Paradoxon: Obwohl bei dem Sachverhalt angeblich «religiöse Gründe» eine Rolle spielen, geht es tatsächlich um Diesseitiges, wie es diesseitiger nicht sein könnte – ob die Menschen um einen herum mit einem Pipimann oder Mumuloch rumlaufen. Abgesehen von

Erhältlich auch auf compact-shop.de. Foto: Verlag Antaios

_ Akif Pirinçci (*1959) kam 1969 aus der Türkei nach Deutschland. Sein erstes Buch Tränen sind immer das Ende erschien 1980. Bekanntheit erlangte er mit seinem sogenannten Katzenkrimi Felidae (1989). Seit 2012 betätigt sich Pirinçci vor allem als gesellschaftspolitischer Essayist und Kritiker.

Foto unten links: Riad? Kabul? Nein: Berlins Szeneviertel Prenzlauer Berg. Foto: 360b / Shutterstock.com

Foto unten rechts: ...und wer sie dann nicht einstellt, zahlt sofort Schadenersatz wegen Diskriminierung. Foto: opposition24.com

Die Kopftuch-Heldinnen

«Der Streit um das Kopftuch [am Arbeitsplatz] könnte ein Anlass sein, zu fragen, wie viel von unserer Individualität Arbeitgeber eigentlich für sich vereinnahmen können, und wo wir deren Ansprüche berechtigterweise zurückweisen können. Muslimische Frauen, die am Arbeitsplatz ein Kopftuch tragen möchten, sind momentan ja fast die einzigen, die diese Frage überhaupt noch stellen. Die bereit sind, für ihre Kleidungsfreiheit auch Konflikte einzugehen. Die darauf bestehen, dass sie als Arbeitnehmerinnen ihren eigenen Kopf, ihre eigenen Vorstellungen, ihre persönlichen Vorlieben haben dürfen, und die auf ihr Recht pochen, sich nicht vollständig den Ansprüchen des Jobs unterordnen zu müssen.» (*Zeit Online*, 17.3.2017)

In acht Bundesländern dürfen moslemische Lehrerinnen bereits Kopftuch tragen. Foto: ra2studio, shutterstock.com

der Irritation, weshalb jemand, der solche Probleme mit der Geschlechtlichkeit hat, sich ausgerechnet einen Job aussucht, bei dem der menschliche Körper so sehr im Vordergrund steht, erinnert das an den Pfaffen, der sich nach der Sonntagsmesse mit der zur Keuschheit mahnenden Predigt Pornos reinzieht.

Kopftuch und Schleier sind Eroberungsflaggen des Islam.

«Je länger ich dort ohne Kopftuch arbeitete, desto mehr lebte ich mit zwei Identitäten. Ich wollte nicht mehr schauspielern und erzählte davon. Ich begann, mit Kopftuch zur Arbeit zu kommen (...). Erst wollten meine Kollegen mir gar nicht glauben, und meine Chefin verhielt sich komisch. Immer wieder wurde ich gefragt: Warum machst Du das? Wurdest Du dazu gezwungen? (...) Nach einiger Zeit haben sie mein Kopftuch dann akzeptiert, aber mir war die Lust vergangen, weiter dort zu arbeiten.»

Weiblich, ledig, Single sucht...

Spätestens an dieser Stelle greift der zweite rhetorische Trick, der bei solcherlei Coming-Outs die Regel ist: Eine leicht durchschaubare Sinnwidrigkeit wird dem Leser als Normalität, ja, als etwas ihm Vertrautes verkauft. Das geht so: Über Zahras Hintergrund erfahren wir nichts. Man bekommt den Eindruck, dass es sich bei ihr eigentlich um eine stinknormale Single-Frau handle, nur eben mit dieser Kopftuchmacke. Vielleicht verbringt sie ja ihre Nächte auf Rave-Partys und vögelt sich jede Woche mit einem anderen Kerl um den Verstand. Sie scheint als Person nur aus ihrer Arbeit zu bestehen, ohne Familie, ohne einen Mann, ohne ein spezifizierbares Milieu. Sämtliche Artikel und TV-Berichte über die Kopftuchfrage schicken eine Gallionsfigur vor, die unheimlich feministisch, klassenkämpferisch, selbstbewusst und als Geschwätzwissenschaften studierendes Junghuhn daherkommt und, würde sie nicht diesen Lappen auf dem Kopf tragen, auch als eine dieser nervigen Sozialpädagogik- und Irgendwas-mit-Medien-Studentinnen durchgehen könnte.

Wenn man sich aber in den ausländerisierten Straßen Deutschlands so umschaut, sieht die Sache freilich etwas anders aus. Die bekopftuchten und verschleierten Weiberhorden – im Gegensatz zu den Muslimas im Fernsehen und in der Zeitung zumeist mindestens fünfmal so fett – sind in Wahrheit wandelnde Litfasssäulen zu Propagierung der Islamisierung, Orientalisierung oder kurz: Verhässlichung und Vernichtung unseres Landes. Kopftuch und Schleier sind Eroberungsflaggen des Islam, das weiß und spürt jeder, der seine sieben Sinne noch beisammen hat. In der Camouflage des penetranten Diskriminierungsgefasels soll nun diese Totenflagge Einzug in die gesellschaftliche Mitte halten. Wir sollen etwas tolerieren, das mit Toleranz soviel gemein hat wie eine Guillotine mit Resozialisierung.

Zahra weiter: »Diese Last, mich zu beweisen, das hängt auch damit zusammen, dass uns Frauen, die wir Kopftuch tragen, nicht immer die Möglichkeit gegeben wird, das Kopftuch auch beim Arbeiten zu tragen.»

Die Hoffnung stirbt zuletzt. Deshalb hoffe ich inbrünstig, dass das, was Du da bedauerst, Zahra, noch für lange Zeit so bleiben möge. Lasst auf ewig schöne Frauen mit offenem wundervollem Haar um mich sein – und keine Kaputtnixe wie Du. ■

Anzeige

Dresdner Bürger helfen Dresdner Obdachlosen und Bedürftigen e.V.

Wir helfen, wo staatliche Hilfe nicht ausreicht!

Als Dresdner Bürger zeigen wir unsere Solidarität mit den Bedürftigen und Obdachlosen unserer Stadt und helfen, deren Lage ein wenig zu verbessern. Niemand soll im Abseits stehen müssen. Wir sehen nicht weg. Wir handeln. Jetzt. Finanziell und aktiv. Dafür benötigen wir Ihre Unterstützung.

Wir freuen uns über Geld- und Sachspenden von engagierten Bürgern!

Unsere Projekte werden nicht mit öffentlichen Mitteln unterstützt. Unser Verein finanziert seine Hilfsangebote nur aus Spenden und aus privater Hand. Er wird bereits von namhaften Unternehmen und Privatpersonen unterstützt. Die Arbeit des Vereins erfolgt ehrenamtlich ohne jegliche Aufwandsentschädigung. Jeder gespendete Cent landet beim Bedürftigen!

Spendenkonto
Commerzbank Dresden
IBAN: DE 82 8504 0000 0141 7427 00
BIC: COBADEFFXXX

Post und Sachspenden an:
Wiener Str. 73, 01219 Dresden
info@obdachlosenhilfe-dd.de
www.obdachlosenhilfe-dresden.de

Sellners Revolution _ Der Strache-Effekt

In Österreich ist Erntezeit. Was patriotische Kräfte jahrelang vorbereitet und gesät haben, ist bis zur Nationalratswahl am 15. Oktober reif geworden. Das gesellschaftliche Klima im Land hat sich radikal geändert. Es hat sich fast eine 60-Prozent-Mehrheit für die national-konservativen Parteien ÖVP und FPÖ ergeben.

Jetzt steht bei uns eine Revolution bevor. Viele fühlen sich an den Wahlsieg Viktor Orbans in Ungarn 2010 erinnert, der eine absolute Mehrheit für die Konservativen einfuhr. Während der sogenannten Flüchtlingskrise blickten Millionen Österreicher neidvoll auf das sicher umgrenzte Nachbarland.

Die Masseneinwanderung der letzten Jahre hat – zusammen mit dem Widerstand der Patrioten auf der Straße und im Parlament – die öffentliche Meinung zum Kippen gebracht. Doch warum ist die FPÖ immer noch nicht die stärkste Partei? Die Antwort darauf ist einfach: Ich nenne dieses Phänomen nach dem Vorsitzenden der Freiheitlichen den Strache-Effekt.

Das Wachstum einer oppositionellen Partei, die die Meinungsführerschaft bei brennenden Fragen wie Identität, Einwanderung und Islamisierung hält, bringt die Etablierten in Bedrängnis. Denn es gibt auch in ihren Reihen viele Wähler, die in diesen Fragen die Meinung von FPÖ und AfD teilen. 51 Prozent der Wähler der CDU/CSU, 42 Prozent der Linken, 39 Prozent der SPD und sogar 29 Prozent der Grünen-Wähler gaben in einer aktuellen Umfrage an, «in einer Volksabstimmung für eine Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland» zu stimmen. Genau dieses Potential sickert nun unaufhaltsam in Richtung blaue Opposition. Dieser Druck führt zu innerparteilichen Veränderungen. Die Altparteien rücken nach rechts, um das Thema nicht den Rechten zu überlassen. Sie tun das, was Sebastian Kurz – der neue ÖVP-Chef, der seiner Partei eine Rundumerneuerung verpasste – tat: um Strache als Kanzler zu verhindern, wurde er selbst zum Strache...

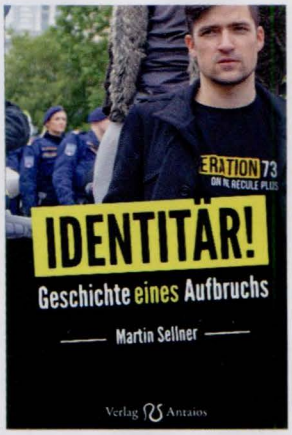
Um Strache zu verhindern, wurde Kurz selbst zum Strache.

Doch diese kurzfristigen Verrenkungen nützen langfristig nur dem Original. Da die Etablierten weder willens noch in der Lage sind, die versprochenen Veränderungen umzusetzen, ist ihr Erfolg ein Strohfeuer. Am Ende landen die Leute dann wieder bei den bewährten Themenführern. Mit ihrer verbalen Zustimmung machen die Etablierten unsere Thesen jedoch salonfähig und erweitern den Rahmen der Political Correctness. Es sind langsame aber tiefgreifende Veränderungen, die das Meinungsklima irgendwann schlagartig zum Kippen bringen. In Österreich ist es soweit: Der Stopp der illegalen Migration und die Einwanderungskritik insgesamt sind Mainstream geworden. In allen TV-Debatten erlebten wir ein regelrechtes «Wettrennen nach rechts» aller Kandidaten. Keiner wollte mehr Fan von «Refugees welcome» gewesen sein. Alle beteuerten, die Einwanderung unbedingt bremsen zu wollen. Diese ihre eigenen Worte müssen wir ihnen in Zukunft um die Ohren hauen. Und auf diesen metapolitischen Erfolgen müssen wir aufbauen: Nachdem Einwanderungsstopp Mainstream geworden ist, müssen wir die Remigration fordern. Sobald Stopp der Islamisierung anerkanntes Ziel geworden ist, fordern wir die Deislamisierung.

Heinz-Christian Strache und seine Ehefrau Philippa während eines Wahlkampfauftritts in Wels. Foto: pa/KEYSTONE

Alexander Gauland hat mit der Losung «Wir werden Frau Merkel jagen» genau den richtigen Ton getroffen. Dank Strache-Effekt und der Zustimmung der schweigenden Mehrheit zu unseren Zielen können wir die Etablierten vor uns hertreiben. Sollte es in Österreich zu einer schwarz-blauen Koalition kommen, werden Identitäre die Rolle des Jagdhundes übernehmen und dafür Sorge tragen, dass die Versprechungen der Politiker eingehalten werden. Wir werden die «Wächter der Wende» sein. ■

_ Martin Sellner ist Vordenker der Identitären Bewegung Österreich (IBÖ). Vor Kurzem erschien sein Buch Identitär! Geschichte eines Aufbruchs (16 Euro, compact-shop.de).



Zeigen Sie Mut zur Wahrheit

COMPACTShop©

Unsere COMPACT-Empfehlungen...

Thorsten Schulte: Kontrollverlust

Wie unsere Eliten unsere persönliche und finanzielle Freiheit zerstören, und was wir dagegen tun können.

€ 19,95*

R. P. Sieferle: Finis Germania

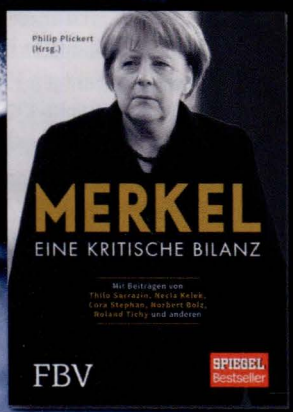
Die Rede ist von Schuldkult und geistiger Okkupation, mangelndem Widerstandsmut und Selbstverachtung. Ein bemerkenswertes Vermächtnis – vom Spiegel aus der Bestsellerliste zensiert.

€ 8,50*

F. Wilhelm Engdahl: Geheimakte NGOs

Die NGOs machen heutzutage den „Job", den vor 25 Jahren noch die CIA und Konsorten verdeckt erledigten.

€ 22,95*



Philip Plickert: Eine kritische Bilanz

Sämtliche Mythen werden zerstört. Weder denkt Merkel vom Ende her, noch ist ihr Handeln durchdacht: Merkel – eine Gefahr für Deutschland.

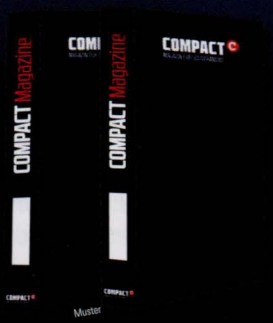
€ 19,99*

COMPACT-Sammelordner

Wir helfen Ihnen beim Sammeln. Unser neuer Sammelordner fasst jeweils 12 Ausgaben. Im schmucken COMPACT-Design kann COMPACT jetzt jede Bücherwand verschönern. Ein Sammelordner kostet:

€ 19,95*

Lieferbar ab 13.11.2017



COMPACT-Schreiber

€ 4,99*

COMPACT-Edition 5 «NSU»

Nach einem Mammutprozess soll Beate Zschäpe in Kürze verurteilt werden, ohne jeden Beweis! Hier die Akten zum Nachlesen.

84 Seiten **€ 8,80***

COMPACT-Geschichte Nr. 1 «1000 Jahre Deutsches Reich»

Unsere Debüt-Ausgabe «1000 Jahre Deutsches Reich» übertrifft alle Erwartungen. Jetzt bestellen, bevor das Heft ausverkauft ist!

84 Seiten **€ 8,80***

COMPACT-Spezial Nr. 12 «Nie wieder Grüne»

Rothfront marschiert: Wahljahr 2017 – Die Grünen auf dem Weg zur Macht.

84 Seiten **€ 8,80***

Viele weitere gute Angebote finden Sie in unserem Shop: compact-shop.de

Hartlages BRD-Sprech _ Wir

Angela Merkels Diktum «Wir schaffen das» – nämlich die Aufnahme und Integration von Millionen Einwanderern, die pauschal als «Flüchtlinge» bezeichnet werden und für die es nicht einmal eine Obergrenze geben soll, und läge sie noch so hoch – ist zum Slogan geworden, der exemplarisch den Missbrauch des Wortes «wir» durch die politische Klasse illustriert. In einem brillanten Aufsatz für die *Sezession* hat Thor von Waldstein den sozialpsychologischen Hintergrund dieses Missbrauchs aufgespießt:

«Diese stillschweigende Vereinnahmung des Bürgers für Positionen, die er häufig noch nicht einmal richtig kennt, geschweige denn befürwortet, kann als außerordentlich geschickte Politikstrategie bewertet werden. Sie nutzt (...) die Gefühlswelt einer Massengesellschaft aus, die (...) immer mehr von den egomanischen Fliehkräften der Moderne gekennzeichnet ist, sich aber in ihren seelischen Tiefenschichten noch nicht von ihren gemeinschaftsorientierten Strukturen verabschiedet hat. (...) Wenn eine solch anorganisch-zentrifugale Elementarteilchenrepublik wie die BRD (...) von einem harmonisch-sympathischen Wir-Kostüm ummantelt werden soll, ist der Gipfel politischer Desinformation erreicht.»

Zum Zwecke der Abschaffung der Nation werden ausgerechnet nationalistische Gefühle angezapft.

Der Missbrauch liegt nicht zuletzt darin, dass jedes «Wir» die Existenz eines «Sie» der nicht Dazugehörenden voraussetzt, das als solches zu benennen aber als Todsünde gilt. «Wir» – das können ja nur die Deutschen sein, also ein Volk, das nach Ansicht der ideologieproduzierenden Industrie unseres Landes als solches gar nicht existiert und nach dem Willen der politischen Klasse zugunsten einer «Bevölkerung» abgewickelt werden soll, innerhalb derer unsere eigenen Kinder und Enkel bloß eine Minderheit darstellen.

Merkel und ihre Politikerkollegen appellieren aber nicht nur an dieses abzuschaffende «Wir», sondern auch an dessen tief verankertes Selbstbild, eine Nation zu sein, die, wenn sie in die Hände spuckt, alles «schafft», notfalls auch das Unmögliche. Die perfide Kehrseite dieses Slogans besteht darin, den Zweifler oder Gegner von vornherein als kleinmütigen Feigling abzustempeln, der «uns», also seinem eigenen Volk, nichts zutraut.

Zum Zwecke der Abschaffung der Nation ausgerechnet nationalistische Gefühle anzuzapfen, ist eine Perversion, die dieser Klasse würdig ist. Erst recht sieht es ihr ähnlich, sich von der Verantwortung für ihre eigenen Fehlentscheidungen dadurch freizuzeichnen, dass sie sie dem nie gefragten, verachteten Volk in die Schuhe schiebt:

«Wir» – nicht etwa eine profitgierige Industrie oder eine gegenüber amerikanischen Interessen servile Regierung –, meinte einst Schäuble, hätten in den 1960er Jahren türkische Arbeitskräfte ins Land gerufen und müssten deshalb immer neue Einwandererwellen «integrieren».

Und Angela Merkel fand, «wir» müssten Syrer und Iraker aufnehmen, weil «unsere Länder» – die europäischen – Islamisten hervorgebracht hätten, die dort Terroranschläge begingen. Dass die Existenz solcher Islamisten in Europa das Ergebnis einer katastrophalen Einwanderungspolitik ist, wird nicht erwähnt. Unter den Tisch fällt auch, dass es diese Politik nicht gegeben hätte, wenn das Volk darüber hätte abstimmen dürfen, dass also allein die politische Klasse dafür die Verantwortung trägt; und dass diese Klasse die Verantwortung für diese ihre eigene Politik nicht nur von sich weg- und dem Volk unterschiebt, sondern aus ihren desaströsen Folgen noch Argumente für ihre Fortsetzung und Verschärfung saugt. ■

_ Manfred Kleine-Hartlage ist Publizist und Diplom-Sozialwissenschaftler. Die Serie ist an sein Buch Die Sprache der BRD angelehnt. Verlag Antaios, 240 Seiten, gebunden, 22,00 Euro (Bestellung über compact-shop.de).

Ob sie das «Wir» wohl findet?
Foto: Miriam Doerr Martin Frommherz, shutterstock.com

Bartels Schmäh _ Brezel im Pott

_ Peter Bartels ist seit 50 Jahren Journalist und war 17 Jahre bei Bild. Von 1989 bis 1991 war er zusammen mit Hans-Hermann Tiedje Chefredakteur von Bild. Im Frühjahr 2016 ist sein Buch Bild – Ex-Chefredakteur enthüllt die Wahrheit über den Niedergang einer einst großen Zeitung erschienen.

Man stelle sich vor, der HSV kriegt Leo Messi geschenkt. Aber der Trainer sagt: Du störst meine Strategie. Ersatzbank. Zum Saisonende krebst der HSV wie immer in der Abstiegszone rum. Messi schießt längst wieder Tore am Fließband… für Werder Bremen.

So bescheuert wäre nicht mal der HSV-Trainer, klar. AfD-Landeschef Marcus Pretzell war so bescheuert. Er verbannte bei der Landtags- und (!) Bundestagswahl den AfD-«Messi» Guido Reil auf die Ersatzbank, Listenplatz 26. In der «Kreisklasse» (Essen) schoss der dann trotzdem als Direktkandidat 15 beziehungsweise 24 «Tore» (Prozent) – während AfD-«Trainer» Pretzell mit seinen Liberallalas in der NRW-Landesliga spielte wie «Flasche leer»: mal sieben, mal neun Abstaubertreffer (Prozent). Und so schmiss er auch gleich danach hin: Ich habe fertig! Natürlich nahm Pretzell die Mandate und Diäten mit. Die satte Euroleague-Penunse sowieso.

Dieser Mann hat alles, was zwischen Bochum und Wanne-Eickel ankommt.

Wenn einer wie Petr Bystron in Bayern, der rechten Herzkammer Deutschlands, den CSU-Amigos mit 12,4 Prozent die absolute Mehrheit zertrümmert, müsste die AfD in der Arbeiter-Herzkammer NRW mindestens 20 Prozent holen. Aber dort gab AfD-Kandidat Pretzell nur die Brezel: Aufgebrezelt im engen Schickimicki-Jäckchen, stellte er sich in einem schweineteuren Wahlwerbefilm vor eine stillgelegte Zeche, guckte – Lirum Larum Löffelstiel – elegisch über Wald und Wiesen. Und holte 7,4 Prozent. Autschen!

Dabei hatte die Heilige Barbara, Schutzpatronin im Pütt, genau da, wo die Augen der Männer schwarzgerändert vom Kohlenstaub waren, das Herz aber immer rot schlug, offensichtlich die Blauen in ihr Herz geschlossen. Genau hier, wo einst Willy Brandt im Silberrahmen in der Gelsenkirchner Barockvitrine der Hausaltar war, bekam die AfD mit Guido Reil eine Art Messi, oder besser: Stan Libuda, geschenkt: Reil war 26 Jahre in der SPD, in der Gewerkschaft, sogar im Essener Stadtrat.

Dieser gut aussehende Typ verließ «seine» SPD, weil sie nichts mehr mit den Arbeitern am Hut hat. Weil sie längst von Lehrern oder abgebrochenen Studierern geführt wird. Weil sie NRW von Duisburg bis tief in den Pott mit bis heute (offiziell!) 2,5 Millionen Ausländern übervollgestopft hat. Obwohl die Kumpels in ihren verrußten Reihenhäusern ihre Töchter und Frauen längst nicht mehr alleine zu Karstadt oder in die Kirche lassen können. Obwohl der Slalom mit ihrem Opel um die riesigen Asphaltlöcher oft länger dauert als das Spiel Schalleke gegen Dottmund.

Und – dieser Guido Reil ist auch noch Bergmann! Einer, der sich, wie viele im Pott, nach oben malocht und gepaukt hat. Bis zum Steiger (Bergbau-Ingenieur)! Und das war und ist, neben dem Hauer im Gedinge (Akkord), immer noch das Symbol an der Ruhr. Dieser Kumpel flüchtete also zur AfD. Und sofort geht ein Raunen durch die Republik. Rundfunk, Fernsehen, Presse – alle ahnen, was da passiert. Nur einer nicht: Pretzell. Gut, er ist von Beruf bloß Immobilienanwalt, darf angeblich nicht mal mehr als Anwalt arbeiten, warum auch immer.

Dass aber keiner von Pretzells Paladinen kapierte, wer ihnen da in den Schoß fiel, ist erstaunlich. Dass sie offenbar auch noch beim Pilsken dösten, als der Neue in Essen ein Traumtor nach dem anderen versenkte, macht fassungslos. Denn dieser Mann hat alles, was zwischen Bochum und Wanne-Eickel ankommt: etwa den Zugenschlag von Jürgen von Manger, und dass er immer noch tagtäglich in die Grube fährt – für den Wahlkampf musste er sich drei Monate unbezahlten Urlaub nehmen! Reil ist der Pott, ist NRW. Wenn die AfD das begreift, kann der rheinische CDU-Büttenredner Armin Laschet einpacken. Glückauf – der Steiger kommt! ■

Guido Reil. Seine Autobiographie Wahrheit statt Ideologie gibt's für 19,80 Euro unter compact-shop.de. Foto: Guido Reil

Anzeige

KOPP Report

Ihr Portal zu den Nachrichten ohne Tabus

JETZT NEU!

Nichts verpassen.
Gleich reinschauen!

www.kopp-report.de

25. 11. 2017
LEIPZIG
ab 12:30 Uhr

COMPACT Konferenz ©

6. Konferenz für Souveränität | 2017

Opposition heißt Widerstand!

COMPACT-Konferenz nach der Wahl

Referenten:

Björn Höcke, Martin Reichardt (MdB), Oliver Hilburger (Betriebsrat bei Daimler), Martin Sellner (Identitäre), Lutz Bachmann (Pegida), Jürgen Elsässer

Die AfD ist in den Bundestag eingezogen – ein historischer Durchbruch! Trotzdem müssen wir uns der traurigen Realität stellen, dass Angela Merkel weiterregiert und die Altparteien eine solide Mehrheit haben. Was bedeutet Widerstand unter diesen Bedingungen?

Auf der 6. COMPACT-Souveränitätskonferenz diskutieren prominente Vertreter der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition. Karten: 40,- EUR für Normalzahler bzw. 20,- EUR für Abonnenten.

Jetzt anmelden: konferenz.compact-online.de